

Preußische Allgemeine

Nr. 48 · 3. Dezember 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Vor dem Abgang

In wenigen Tagen endet die Amtszeit Angela Merkels. Anmerkungen zur ersten „Kanzlerinnenschaft“ der deutschen Geschichte **Seite 3**

Plexit Hintergründe zum dramatischen Mangel an Pflegekräften **Seite 2**

Geschichte Aussig erinnert an die deutschen Vertriebenen **Seite 10**

FOTOS: THOMAS TRUTSCHEL/IMAGO/PHOTOTEK/IMAGO/FUTURE IMAGE, PA

AUFGEFALLEN

Der Stellenwert der Kultur

Am Ende also Claudia Roth. Von allen Nominierungen der künftigen Bundesregierung war die angekündigte Berufung der Grünen-Politikerin zur neuen Kulturstatsministerin die überraschendste. Und zugleich ein Skandal.

Dies jedoch nicht wegen der Politikerin selbst, obwohl man durchaus fragen kann, was genau sie zur obersten Sachwalterin der Kultur befähigt. Doch wie jeder Neuling hat auch Roth eine Chance verdient. Zudem gilt noch immer: Wem der Herrgott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand dazu.

Der Skandal liegt vielmehr in den Umständen der Berufung Roths. Denn diese ist nicht Folge strategischer Überlegungen über den Stellenwert der Kultur und der Frage, wer dieses Schlüsselressort am besten besetzen könne, sondern einfach nur das Ergebnis parteitaktischer Rochaden, vor allem des Umstands, dass mit dem Regierungsbildung eine weitere Amtszeit Frank-Walter Steinmeiers als Bundespräsident als gesichert gilt, sodass die Grüne Katrin Göring-Eckardt, die bislang auf das höchste Staatsamt spekulierte, ihre Träume begraben muss. „Entschädigt“ wurde sie mit dem Posten der Vizepräsidentin des Bundestags – wofür wiederum Claudia Roth, die bislang für ihre Partei im Präsidium des Parlaments saß, ebenfalls entschädigt werden musste.

Als Gerhard Schröder 1998 das Amt des Kulturstatsministers schuf, sollte dies die besondere Stellung der Kultur für die deutsche Nation herausstellen. Daraus geworden ist nun ein Job, der am Ende langer Postenverschiebungen übrig bleibt. *neh*

GRUNDSATZURTEIL

Karlsruhe stärkt die Regierung und schwächt die Grundrechte

In seinem Urteil zur „Bundesnotbremse“ erklärt das Bundesverfassungsgericht die massiven Einschränkungen des Frühjahrs für verfassungskonform

VON RENÉ NEHRING

Überraschend ist das Urteil nicht. Schon im Mai hatte das Bundesverfassungsgericht Eilanträge gegen die „Bundesnotbremse“ zur Bekämpfung der Coronapandemie abgelehnt. Am Dienstag nun hat das höchste deutsche Gericht mehrere Verfassungsbeschwerden zurückgewiesen und somit die im Frühjahr verhängten massiven Eingriffe in die Grundrechte der Bundesbürger, darunter Kontaktbeschränkungen im Alltag, nächtliche Ausgangssperren und Schulschließungen, für mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt.

Zur Begründung führte das Gericht unter anderem an, dass das In- und Außerkrafttreten der Maßnahmen an konkret messbare Faktoren wie die Sieben-Tage-Inzidenz geknüpft und zudem zeitlich begrenzt war. Insbesondere dienten die vielfältigen Kontaktbeschränkungen dem Lebens- und Gesundheitsschutz sowie der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems – und somit „verfassungsrechtlich legitimen Zwecken, die der Gesetzgeber in Erfüllung grundrechtlicher Schutzpflichten erreichen wollte“.

So weit, so gut: Bedenklich ist jedoch, dass die Karlsruher Richter dem Gesetzgeber, also der Regierung und den Mehrheitsfraktionen im Parlament, bei der Wahl ihrer Mittel zur Erreichung der deklarierten Ziele nahezu uneingeschränkte

Freiräume einräumen. So verweist das Gericht unter anderem auf die Sachverständigenanhörungen im zuständigen Ausschuss des Bundestags und auf die öffentlichen Debatten sowie die dabei geäußerten unterschiedlichen Einschätzungen zur Gefährdungslage, um dann zu erklären: „Belastbare Erkenntnisse, wonach nur geringe oder keine Gefahren für Leben und Gesundheit durch eine Infektion oder nur geringe oder keine Gefahren auch durch Überlastung des Gesundheitssystems vorlägen, waren jedoch nicht vorhanden.“

Alle Kompetenz der Regierung

Damit kehren ausgerechnet die obersten Hüter der verfassungsmäßigen Grundrechte die Beweislast um. Nicht die Exekutive, die einen massiven Eingriff in die Grundrechte der Bürger beschließen will, muss „belastbare Erkenntnisse“ für die von ihr behauptete Gefährdung der allgemeinen Gesundheitslage vorlegen, sondern diejenigen, die diese Gefährdung anzweifeln und deshalb ihre Grundrechte keineswegs eingeschränkt sehen wollen.

Einen ähnlich großen Freiraum räumen die Richter der Regierung auch bei der Bewertung der Frage ein, ob die „angeordneten Beschränkungen von Kontakten im privaten und öffentlichen Raum (...) geeignet (waren), die Gesetzeszwecke zu erreichen“. „Bei der Beurteilung der Eignung einer Regelung“, so die Richter, „steht dem Gesetzgeber ein Spiel-

raum zu, der sich auf die Einschätzung und Bewertung der tatsächlichen Verhältnisse, auf die etwa erforderliche Prognose und auf die Wahl der Mittel bezieht, um die Ziele des Gesetzes zu erreichen.“

Zwar halten die Verfassungsrichter auch fest, „dass bei schwerwiegenden Grundrechtseingriffen tatsächliche Unsicherheiten grundsätzlich nicht ohne Weiteres zulasten der Grundrechtsträger gehen dürfen“, doch billigen sie letztendlich im Zweifel stets dem Gesetzgeber zu, über die Beurteilung der Lage das entscheidende Wort sprechen und die Wahl der geeigneten Mittel selbst entscheiden zu dürfen – selbst bei Eingriffen in die Grundrechte der Bürger.

Damit hat niemand geringeres als die obersten Hüter der Verfassung selbst entschieden, dass die im Grundgesetz verankerten Grundrechte, die bislang als unveränderlich und unverletzlich galten und insbesondere die Allmacht der Staatsgewalt gegenüber den Bürgern binden sollten, nicht mehr bedingungslos gelten. Vielmehr hat Karlsruhe – das ist die nüchterne Erkenntnis des Urteils in Sachen „Bundesnotbremse“ – entschieden, dass der Gesetzgeber diese Rechte bei Bedarf einschränken darf. Ob der Bedarf tatsächlich vorliegt, liegt dabei ebenso im Ermessen des Gesetzgebers wie die Frage, ob die gewählten Mittel dem verkündeten Zweck überhaupt dienen. Rücksicht nehmen muss er jedenfalls auf niemanden mehr.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Berlin fühlen sich viele Unternehmen als Helfer der Politik missbraucht **Seite 5**

Kultur

Ein niederländisches Gericht und der Politkrimi um den Skythen-Schatz von der Krim **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Im Kreis Lyck wurde bei Straßenbauarbeiten ein alter Friedhof zerstört **Seite 13**

Lebensstil

In der Schweiz bleiben die Weihnachtsmärkte trotz Corona weiterhin geöffnet **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404 48
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Plexit Die Abwanderung von Fachkräften aus den Intensivstationen resultiert in wesentlichem Maße aus dem Unvermögen oder Unwillen der Politik, die Kliniken zu einer angemessenen Personalausstattung zu zwingen

Nicht an Pflegebetten, an Personal mangelt es

In Deutschland kommen auf eine Pflegefachkraft tagsüber zwei und nachts gar drei Intensivpatienten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Zuge der aktuellen Diskussion um die Notwendigkeit der „Nachschärfung“ bei den Corona-Maßnahmen sowie der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht spielt die Situation auf den derzeit vorhandenen 1700 Intensivstationen (ITS) eine zentrale Rolle. Dabei mangelt es Deutschland keineswegs an Intensivbetten. Rund 44 davon kommen derzeit auf 100.000 Einwohner. In Norwegen, Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden sind es hingegen nur zwischen sechs und acht.

Wenn die ITS der Bundesrepublik trotzdem schon vor Beginn der Corona-Pandemie regelmäßig zu rund 80 Prozent belegt waren, wie ein Gutachten des Deutschen Krankenhausinstitutes (DKI) in Düsseldorf vom Juni 2017 besagt, dann kann dies nur bedeuten, dass in Deutschland mehr Menschen auf die ITS müssen als in anderen hochentwickelten Industriestaaten. Das spricht entweder für eine ungewöhnlich stark angegriffene Volksgesundheit oder aber für ein Streben der Kliniken nach Gewinnoptimierung, denn die Krankenhäuser verdienen mit Intensivbehandlungen deutlich mehr Geld als mit der Hospitalisierung von Patienten auf Normalstationen.

Den Mangel gab's schon vor Corona

Aus einer im „Deutschen Ärzteblatt“ veröffentlichten aktuellen Studie der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin (DGI-IN) sowie der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) geht hervor, dass inzwischen 59 Prozent aller Intensivbetten dauerhaft oder „nahezu täglich“ gesperrt sind, weil entsprechende Fachkräfte auf Station fehlen. Bei einer „Blitzumfrage“ des DKI vom Oktober antworteten 86 Prozent der Kliniken, sie könnten ihre ITS mangels geeigneter Mitarbeiter nicht mehr „voll umfänglich betreiben“. Insgesamt sollen nach Schätzungen des ehemaligen DIVI-Präsidenten Uwe Janssens bundesweit zwischen 3500 und 4000 ITS-Pfleger fehlen.

Derzeit wird nahezu unisono suggeriert, der Mangel resultiere aus einer Kündigungswelle infolge der seit dem Frühjahr 2020 anhaltenden Dauerbelastung des Personals durch die Versorgung von Covid-19-Patienten. Während der aktuellen vierten Corona-Welle liegt die durchschnittliche Belegung der verfügbaren ITS-Plätze aber unter 90 Prozent und damit nicht dramatisch über dem Mittel-

wert in Vorpandemiezeiten. Zudem waren im Vorjahr nur vier Prozent der ITS-Patienten wegen einer Infektion mit SARS-CoV-2 in Intensivpflege.

Gewinnstreben der Kliniken

Der Blick auf frühere Studien zeigt, dass die derzeit zu beobachtende Abwanderung von ITS-Fachkräften in der Größenordnung von knapp zehn Prozent des Per-

sonalbestandes seit Beginn dieses Jahres kein echtes Novum ist. Wie das DKI 2017 feststellte, hatte sich der Anteil der Kliniken mit einer problematischen Zahl von Kündigungen unter ITS-Mitarbeitern zwischen 2009 und 2016 mehr als verdoppelt. Allein 2015 gab jede elfte Pflegekraft in den Intensivstationen der Bundesrepublik ihren Job auf. Dadurch blieben Ende 2016 bereits 3150 Vollzeitstellen auf den

ITS unbesetzt. Das führte teilweise zu skandalösen Zuständen, über die Medien wie der Norddeutsche Rundfunk ab 2014 immer wieder im Detail berichteten, ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen zeitigte.

Größtes Ärgernis war dabei schon damals das bis heute bestehende Verhältnis zwischen Pflegefachkräften und Intensivpatienten von tagsüber Eins zu Zwei und nachts Eins zu Drei. Zum Vergleich: In den Niederlanden, Norwegen oder Schweden liegt dieses bei Eins zu Eins.

Falsches Klinikfinanzierungssystem

Der unablässige Weggang von Fachkräften aus den Intensivstationen resultiert in wesentlichem Maße aus dem anhaltenden Unvermögen oder Unwillen der Politik, die Kliniken zu einer angemessenen Personalausstattung zu zwingen. Das derzeitige deutsche Krankenhausfinanzierungssystem verleitet dazu, möglichst viele Patienten durch möglichst wenige Mitarbeiter versorgen zu lassen. Gleichzeitig wird die Fortbildung der durchaus vorhandenen qualifizierungsbereiten Pfleger zu ITS-Fachkräften schon des Längeren auf Sparflamme betrieben, weil diese sowohl Kosten verursacht als auch Freistellungen vom Dienst erfordert, die angesichts der allgemein zu dünnen Personaldecke unerwünscht sind.

Um zu verhindern, dass künftig noch mehr ITS-Mitarbeiter aus dem Beruf aussteigen, fordern Organisationen wie die DIVI und die Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste (DGF) grundlegende Verbesserungen, wie realistischere Personalschlüssel, mehr psychische Unterstützung für die latent vom Burnout bedrohten Pfleger, modernere Arbeitszeitmodelle und eine bessere Vergütung. Dabei scheint die Entlohnung keineswegs der Hauptgrund für den derzeit zu beobachtenden Plexit, sprich den Ausstieg aus dem Pflegeberuf, zu sein. Immerhin zahlen manche große Kliniken dem nichtärztlichen ITS-Personal bereits bis zu 5600 Euro brutto. Aber gerade in diesen Häusern ist die Abwanderungsquote am höchsten, weil das Arbeitsklima besonders stark zu wünschen übrig lässt.



Die Unzufriedenheit unter den Pflegekräften in Deutschland ist groß: Demonstration in Köln

Foto: imago/Future image

INTENSIVSTATIONEN

Viele fühlen sich emotional erpresst und von Angst geplagt

Die Misere liegt nicht immer an schlechter Bezahlung oder Arbeitsverdichtung infolge eines prekären Personalschlüssels

Dass eine Pflegefachkraft nicht länger auf der Intensivstation arbeiten will, kann viele Ursachen haben und resultiert oft weder aus finanziellen Gründen noch aus der schon vor der Corona-Pandemie zu beobachtenden Arbeitsverdichtung infolge eines prekären Personalschlüssels.

Zum Ersten wäre da die permanente Präsenz des Todes aus allen nur möglichen medizinischen Gründen, welche zu erheblichen psychischen Belastungen führt, denen die Arbeitgeber aber in der Regel nicht ausreichend Rechnung tragen. In Kombination mit den zumeist großen körperlichen Anforderungen führt das dazu, dass kaum jemand über das 50. Lebensjahr hinaus als ITS-Pfleger zu arbeiten vermag. Darüber hinaus scheiden weibliche Beschäftigte vielfach wegen Schwangerschaft oder der Unvereinbarkeit der ITS-Dienste mit der Betreuung des Nachwuchses aus.

Ein großes Problem stellen jedoch auch die unzureichende Arbeitsorganisation beziehungsweise das schlechte Arbeitsklima in etlichen Kliniken dar. Dazu kommen Mängel bei der apparativen und sonstigen Ausstattung. Gemeinsam mit den vielfach kaum existenten Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten führen die genannten Faktoren fast zwangsläufig zur Fluktuation aufgrund einer völligen Entfremdung vom Arbeitgeber. Hierfür ist keine Pandemie mit „volllaufenden“ Intensivstationen nötig, wie die Untersuchungen des Deutschen Krankenhausinstitutes Düsseldorf (DKI) aus dem Jahre 2017 zeigen. Allerdings hat die Situation seit Anfang 2020 die Neigung zu einem individuellen Plexit auch nicht gerade gedämpft.

Viele ITS-Fachkräfte fühlen sich von ihren Arbeitgebern emotional erpresst, zu-

gunsten des Patientenwohls weiterhin unter unzumutbaren Bedingungen zu arbeiten, wozu die Angst kommt, sich selbst mit dem Corona-Virus zu infizieren. Das gilt insbesondere für diejenigen Beschäftigten auf Intensivstationen, welche dort nicht aus freien Stücken arbeiten, sondern zur Unterstützung auf die ITS abdelegiert wurden. Außerdem wäre da noch der Ärger über „Fangprämien“ von bis zu 5000 Euro. Denn die fließen nur in die Taschen der neu Eingestellten, wohingegen das Stammpersonal leer ausgeht.

Konfliktpotential entsteht des Weiteren durch die zunehmende Einbindung von Zeitarbeitskräften oder im Ausland Angeworbenen, deren Integration in den Stationsalltag mit zusätzlichem Arbeitsaufwand verbunden ist. Eine Rolle spielt ansonsten auch das Mobbing gegen all jene, die auf eine Immunisierung gegen

SARS-CoV-2 mittels der Verimpfung von in den Augen von Kritikern nebenwirkungsträchtigen Vakzinen verzichten wollen. Ebenso lösen die Überlegungen der Ampelkoalitionäre Sorge aus, die zulässigen Höchstarbeitszeiten zu entgrenzen, wovon die Kliniken sicher Gebrauch machen werden, sobald sie vom Gesetzgeber Grünes Licht dazu erhalten.

Die Gegenwart auf den Intensivstationen ist also vielfach sehr frustrierend, und die Zukunftsaussichten bleiben ebenfalls trübe. Daran ändern die verschwommenen Absichtserklärungen aus der Politik, dem einen oder anderen Übel abhelfen zu wollen, keinen Deut. Und was das Schlimmste ist: Im Gegensatz zur Epoche vor der Pandemie bietet die Freizeit mittlerweile auch nur noch stark eingeschränkte Erholungsmöglichkeiten, was dem Burnout zusätzlich Vorschub leistet.

Vieles von dem, was Spaß macht und der Seele Entlastung verschaffen könnte, ist schwierig geworden oder gar verboten. Eine ITS-Fachkraft lässt sich aber noch sehr viel schlechter zur bloßen „Arbeitsameise“ umfunktionieren als jemand, der im Berufsleben keine ständigen emotionalen Ausnahmezustände erlebt.

Um in dieser Situation einen Arbeitgeber zu haben, der seinem Personal wenigstens die Wertschätzung erweist, die im Rahmen des Möglichen liegt, wechseln viele Frustrierte jetzt das Krankenhaus. So kam es beispielsweise an der Universitätsklinik Marburg zu Massenkündigungen, die in der Branche für Aufsehen sorgten. Hilfreich bei der Arbeitssuche dürfte dabei die neue Internetplattform Dienstzimmer.com sein, auf der die Pflegenden ihre Arbeitgeber nun ganz anonym bewerten können. W.K.

Ende einer „alternativlosen“ Ära

Nach 16 Jahren geht die Amtszeit Angela Merkels in wenigen Tagen zu Ende. Wie die erste „Kanzlerinnenschaft“ der Geschichte dereinst von den Historikern bewertet wird, weiß niemand. Dennoch ist es Zeit für eine erste – ironisch-polemische – Bilanz

VON CORA STEPHAN

Die Frage, als was die langgediente Bundeskanzlerin Angela Merkel in die Geschichtsbücher eingehen wird, ist noch nicht beantwortet. Als „Friedensstifterin“ und „Klimaretterin“? Oder als Abrissbeauftragte einer einst erfolgreichen Volkswirtschaft und Spalterin einer ehemals halbwegs entspannten und zivilen Gesellschaft?

Wohin auch immer die Waage sich neigt: Ganz gewiss kann man ihr nicht nachsagen, dass ihr in den 16 Jahren ihrer Kanzlerschaft nichts gelungen wäre. Ihr Verdienst um das Abwracken der CDU kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Die einstige Volkspartei der Mitte liegt entmannt und entkernt am Wegesrand und wirkt mittlerweile so geschwächt, dass man zweifeln darf, ob sie sich so bald wieder aufzurappeln vermag. Das hat vor Merkel noch keiner geschafft! (Ende der Ironie)

Die erste Frau im Kanzleramt

Auch den Feminismus hat sie erledigt. Es gilt ja als feministischer Schlachtruf, dass die Frauschaft erst dann gesiegt hat, wenn genauso viele unfähige Frauen Spitzenpositionen besetzen wie Männer. Der Nachweis ist jedoch dank der Kanzlerin so nachhaltig erbracht, dass Frauen, die es ohne Merkel oder die Quote zu etwas gebracht haben, schamrot in den Boden versinken. So schlimm hatten wir es uns nicht vorgestellt, Schwestern, oder?

Alles Kalkül. Angela Merkel hat schnell begriffen, dass sich zur Entfernung der übriggebliebenen machtlustigen Männer in der CDU nichts besser eignet als die Frauensache. Von Frauen, die von ihr abhängig und ihr unterlegen waren, hatte sie nichts zu befürchten. Mehr Frauen in die Politik? Danke, das bisherige Ergebnis hat nicht überzeugt. Und das wiederum haben wir einer Frau zu verdanken.

Und dann der Bundestag! Das größte Parlament weltweit, also fast. Doch außer unfähigen Zwischenrufen, wenn jemand aus der AfD-Fraktion spricht, hatten die Abgeordneten in all den Jahren wenig bis nichts zu sagen oder gar zu entscheiden. Die Kanzlerin erledigte das Nötige im Schweinsgalopp und später in Kugelrunden mit den Ministerpräsidenten. Sogar das Budgetrecht ließ sich das Parlament nehmen – als es das „Euro-Stabilisierungsgesetz“, das die No-Bail-out-Klausel aus dem Maastricht-Vertrag zur Makulatur machte, 2010 im Eilverfahren durchwinkte. Auch die Verwandlung des Target-Systems in ein Instrument der Haftungsunion wurde im Bundestag nicht debattiert.

Warum denn auch, wenn etwas „alternativlos“ ist? Das Parlament hat gelernt, Konsens zu demonstrieren, was übrigens umso besser gelingt, seit man sich gemeinsam von der einzigen spürbaren Opposition abgrenzen kann, der Schwefelpartei AfD. Dass in der AfD viele von der Merkel-CDU frustrierte Konservative sitzen, die nichts Schlimmeres vertreten als das, was in der CDU vor 2005 Parteilinie war – geschenkt.

Längst vergessene Anfänge

Tatsächlich gab es ja auch bei Angela Merkel einst bedenkliche AfD-Anklänge. Sie gab sich reformfreudig und geradezu marktradikal. Mit der westdeutschen Frauenbewegung hatte sie nichts am Hut, deren Kampf gegen das Patriarchat hielt sie für ein Luxusproblem, in der DDR waren die Frauen schließlich bereits emanzipiert. Legendar war ihr Auftritt 2003 auf dem Leipziger Parteitag, vom dem man in der CDU schon lange nichts mehr wissen will. Oder ihr Auftritt in Düsseldorf ein Jahr später, wo sie Multikulti für gescheitert erklärte und eine deutsche Leitkultur empfahl.

Doch als sie Paul Kirchhof als Schattenfinanzminister ins Spiel brachte, hatte ihr Konkurrent, der gewiefte Wahlkämpfer Gerhard



Symbol einer Amtszeit: Die zur Raute geformten Hände der Bundeskanzlerin Angela Merkel

Foto: imago/Emmanuele Contini

Schröder, genug Munition gesammelt und brachte sie mit seiner Aktion „Wärmestrom“ 2005 an den Rand der Niederlage. Merkel sei gefühllos, ihr Steuerexperte und Schattenfinanzminister Paul Kirchhof ein zahlenversessener „Professor aus Heidelberg“. Dessen Pläne für eine Steuerreform seien „kalt, un-solidarisch und damit auch unmenschlich“. Das saß. So etwas kommt in einer Gesellschaft nicht an, die Wolfgang Streeck einst „substanzentleert und deshalb sentimentalierungsbedürftig“ genannt hat.

Erfolgreiche Moralisierung von Politik

Angela Merkel lernte schnell, auch wenn sie die Sache mit den Gefühlen ein wenig üben musste. Und sie nahm Rache – an Gerhard Schröder und der SPD. Am Wahlabend 2005 bezeichnete ein sichtlich unter Einfluss stehender Gerhard Schröder Angela Merkel als „eindeutigen Verlierer“. Allerdings fuhr seine Partei 34,2 Prozent ein (ein Minus von 4,3), während die CDU mit 35,2 Prozentpunkten knapp vorne lag (ein Minus von 3,3). Wir wissen, wer gesiegt hat. Und wem es bis fast zuletzt gelungen ist, die SPD durch geschickte Anverwandlung zu marginalisieren.

Vor allem aber hat Angela Merkel gelernt, wie hervorragend die Moralisierung von Politik funktioniert. Für Volkes Wohl, das sie in ihrem Amtseid zu vertreten versprach, hat der Ersatz von Politik durch Moral allerdings ungute Folgen. 2011 kündigte sie die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke – weil im fernen Japan ein Tsunami das Kühlsystem eines AKW ausfallen ließ. Die Logik dahinter erschließt sich nicht – es gibt ja auch keine, es handelte sich wohl um den Versuch, sich den Wählern der Grünen anzudienen, schließlich stand damals die Wahl in Baden-Württemberg an. Genützt hat's nichts. Dafür kreist der Wahnsinn der sogenannten Energiewende. Bis zum Blackout dauert es nicht mehr lange.

2015 war es wohl die Angst vor hässlichen Bildern, die Angela Merkel entscheiden ließ, die Grenzen gegen einen unkontrollierten Zustrom von Migranten nicht schließen zu lassen. Es ging ja um Höheres: um Menschlichkeit! Dass diese Menschlichkeit an der Leistungsfähigkeit unseres Sozialsystems scheitern könnte – und dass den vielen jun-

gen Männern, die sich eingeladen fühlten (und fühlen), nicht geholfen ist, gut alimentiert zu sein, aber keine Aufgabe zu haben, geschweigen denn eine Bindung ans Land – was zählt das schon. Doch darüber spricht man besser nicht. Denn auch der „Kampf gegen rechts“ ist unter Merkel zum einsamen Höhepunkt gelangt, er richtet sich mittlerweile gegen alles, was nicht auf ihrer Linie ist.

Kann man tatsächlich die Grenzen nicht schließen? Dann kann man sie womöglich im Krisenfall auch nicht schützen? Wäre das nicht aber die eigentliche Aufgabe eines Staates – die innere und äußere Sicherheit zu wahren?

Weibliche Menschlichkeit hat den Frauen in unserem Land nichts Gutes beschert. Auch die Verteidigungsbereitschaft des Landes nach außen unterliegt mittlerweile weiblicher Fürsorge. Ursula von der Leyen wollte einst Uniformen und Schützenpanzer den Bedürfnissen schwangerer Soldatinnen anpassen. Warum? Wollte die Ministerin ernstlich Schwangere in eine militärische Auseinandersetzung schicken? Oder hatte sie längst aufgehört, diesen Notfall auch nur in Erwägung zu ziehen? Letzteres dürfte der Fall sein. Die Bundesrepublik überlässt es anderen, für Schutz vor äußeren Bedrohungen zu sorgen – sofern man sich überhaupt noch dafür interessiert.

Bilanz weiblicher Menschlichkeit

Doch plötzlich ist alles wie verwandelt. Staat und Regierung spielen sich als größte Schutzmacht überhaupt auf. Zwar rollen keine Schützenpanzer, aber die Luftwaffe fliegt bereits. Ja, es ist Krieg, Krieg gegen einen „Erreger“, ein Virus. Grenzen werden geschlossen, die man doch angeblich nicht schließen konnte, aber jetzt sind es Grenzen um jedes einzelne Individuum: Lockdown. Mit aller repressiven Macht kämpft der Staat und trifft damit nicht vor allem den Erreger, sondern seinen möglichen Wirt. Die Panikpandemie hat das Wunder vollbracht, von allem abzulenken, was unter Merkels Ägide in diesem Land schiefge-lauten ist. Der Staat schützt? Jedenfalls nicht vor dem, wovon sich mehr und mehr Bürger fürchten: vor den Folgen einer kurzfristigen Migrations- und Energiepolitik.

Doch was sind schon die Interessen des Landes und seiner Bewohner gegen all die

Vor allem aber hat Angela Merkel gelernt, wie hervorragend die Moralisierung von Politik funktioniert. Für Volkes Wohl, das sie in ihrem Amtseid zu vertreten versprach, hat der Ersatz von Politik durch Moral allerdings ungute Folgen

anderen großen Dinge, denen Angela Merkel sich verschrieben hat, die Rettung der ganzen Welt beziehungsweise des Klimas? Dafür ist zwar eine Bundeskanzlerin schlechterdings nicht zuständig, aber es macht so schön unangreifbar. Wenn es um die Rettung der Welt geht – oder um den Krieg gegen ein Virus – müssen alle zusammenstehen, da gibt es keine Parteien mehr. Oder gar kleinliche Einwände. Und wenn „die Wissenschaft“ spricht, hat die Politik stille zu sein. Das ist alternativlos.

Oder auch: totalitär. Ferdinand Knauf nennt das in seiner hervorragenden Analyse von Merkels Regierungsstil „unpolitische Politik“: Merkel verwische die kategorischen Unterschiede zwischen Politik und privater Moral. Es geht nicht mehr um „richtig“ oder „falsch“, sondern um „gut“ oder „böse“. Gegenrede ist also immer des Teufels.

Aufkommende Re-Politisierung

Bleibt also nichts Gutes von der Ära Merkel? Doch. Die spätestens 2015 wieder einsetzende Politisierung des großen Lümmels Volk. Man wird sehen, ob die neue Ampel-Regierung, die viele fatale Entscheidungen der letzten Jahre fortschreibt, es nicht bald mit Bürgern zu tun bekommt, die nicht Merkel abgewählt haben, um sie durch die Hintertür zurückzubekommen.

Andererseits: Wozu sonst bekommt die Ex-Kanzlerin neun Mitarbeiter, für die – hört, hört – Stellen im Verteidigungsministerium eingespart werden? Das wird teuer. Mit Personalkosten von schätzungsweise 500.000 Euro im Jahr ist zu rechnen – nicht gerechnet Merkels Pension und die Kosten für ihr Büro. Ein veritables Schattenkanzleramt.

Denn, so lautet die Begründung: „Die künftige Bundeskanzlerin a.D. wird nach ihrer Kanzlerschaft im Bundesinteresse liegende Aufgaben wahrnehmen, die aus fortwirkenden amtlichen Pflichten resultieren.“

Fortwirkend? Hilfe!

● Dr. Cora Stephan ist Publizistin und Schriftstellerin. Zuletzt erschien „Lob des Normalen. Vom Glück des Bewährten“ (FinanzBuch Verlag 2021). www.cora-stephan.de

● MELDUNGEN

Streit um
Blaulicht

Berlin – Eine bereits im Juli beschlossene Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung stößt bei Rettungskräften und dem Deutschen Feuerwehrverband (DFV) auf scharfe Kritik. Laut der neuen Verordnung dürfen Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr maximal nur noch je ein Paar Blaulichtleuchten an Front und Heck haben. Diese sollen ihr Licht zudem nur noch in eine „Hauptabstrahlrichtung“ werfen. Nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums soll die Änderung einer „Übersignalisierung“ entgegenwirken und verhindern, dass andere Verkehrsteilnehmer geblendet und verunsichert werden. Nun hat der DFV beim Verkehrsministerium einen Vorschlag zur sofortigen Nachbesserung eingereicht. Aus Sicht des Verbandes haben die Verkehrsdichte und auch der Schallschutz der Fahrzeuge stetig zugenommen, so dass eine gute Erkennbarkeit von Einsatzfahrzeugen entsprechend gewährleistet werden müsse. *N.H.*

Bergner stellt
Studie vor

Erfurt – Die Thüringer Landtagsabgeordnete Ute Bergner (Bürger für Thüringen) hat eine wissenschaftliche Untersuchung mit dem Titel „Studie zur Übersterblichkeit in Deutschland“ vorgestellt, in der die Statistiker Rolf Steyer und Gregor Kappler zu dem Ergebnis kommen, dass die Übersterblichkeit in Deutschland in einem engen Zusammenhang mit der Quote der Covid-Impfungen stehe. Basierend auf Daten des Statistischen Bundesamtes und des Robert Koch-Instituts haben die beiden Wissenschaftler für die 16 Bundesländer die Sterbefallzahlen von der 36. bis zur 40. Kalenderwoche des Jahres 2021 mit dem Mittelwert der Vergleichszeiträume der Jahre 2016 bis 2020 verglichen. Laut der Untersuchung wiesen Sachsen und Thüringen sowohl die niedrigsten Impfquoten als auch die niedrigste Übersterblichkeit auf. *N.H.*

Doch kein
Bismarck

Bautzen – Das Vorhaben, das 1950 zerstörte Bismarck-Denkmal auf dem Gipfel des Czorneboh bei Bautzen wiederzuerrichten, wird nicht realisiert. Zunächst hatte der Hauptausschuss des Stadtrats zugestimmt. Die Initiative war vom Verein „Bautzener Liedertafel“ ausgegangen, der die Finanzierung übernommen hätte. Nachdem sich mehrere Einrichtungen, etwa das Sorbische Institut, die sorbische „Domowina“ oder das „Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde“, dagegen positioniert hatten, beschloss der Stadtrat die erneute Diskussion (die PAZ berichtete). Nun wurde der Wiederaufbau endgültig abgelehnt, auf Antrag der Grünen und der Linken. Zwölf Abgeordnete stimmten gegen das Denkmal, neun dafür, drei enthielten sich. Oberbürgermeister Alexander Ahrens (SPD), der ursprünglich für das Denkmal war und die Einwände als „Hysterie“ bezeichnet hatte, erklärte jetzt, ihm habe die gründliche Diskussion gefallen, beide Lager hätten daraus etwas mitnehmen können, das sei „schon ein Gewinn“. *E.L.*



Die AfD ist uneins, wie sie sich gegenüber ihnen positionieren soll: Querdenker, hier bei einer Demonstration in Hamburg

Foto: imago/Hanno Bode

CORONA

„Das ist kein Gewinnerthema für uns“

Der AfD fehlt zur Pandemie eine Position, die in der Partei und der Bevölkerung mehrheitsfähig wäre

VON PETER ENTINGER

Neidisch schielt die AfD nach Österreich, wo die Schwesterpartei FPÖ von dem um sich greifenden Corona-Unmut profitiert. Es gibt Demos mit mehreren Zehntausend Demonstranten und das Bürgertum läuft mit. In der Bundesrepublik ist Corona kein Gewinnerthema. Die Mehrheit der Bundesbürger ist mit den bisherigen Maßnahmen zufrieden. Und die, die nicht zufrieden sind, die wählen entweder bereits die AfD oder fühlen sich eher von der FDP vertreten.

Zudem hat die Partei ein weiteres Problem. Im derzeit um sich greifenden 2G-Modus ist es alles andere als sicher, dass sie wie geplant im Dezember ihren Bundesparteitag durchführen kann. Etwa die Hälfte der Delegierten sei nicht geimpft, heißt es in der Partei.

Bundesparteitag in Gefahr

Und nun auch noch das. Eine Studie der Universität Jena soll belegen, dass die Inzidenzen dort besonders hoch seien, wo die AfD besonders stark ist. „Es ist er-

staunlich, dass mit dem früheren Wahlverhalten hier ein Faktor relevant wird, der im Verhältnis zu vielen anderen demografischen Merkmalen, die wir geprüft haben, einen relativ hohen Einfluss auf das Pandemiegeschehen zu haben scheint“, kommentierte Co-Autor Matthias Wjst vom Helmholtz Institut München das Ergebnis: „Ähnliche Zusammenhänge wie zwischen AfD-Wahlergebnissen und Inzidenzen in den Regionen lassen sich für keine der anderen im Bundestag vertretenen Parteien finden.“

Jörg Meuthen, der im Dezember, sollte der Parteitag stattfinden, als Vorsitzender aus dem Amt scheiden wird, hat vor dieser Entwicklung gewarnt. Er fühlt sich auch bestätigt. „Wir bedienen die Befindlichkeiten der eigenen Blase. Auf Dauer wird das nicht reichen“, sagt der Abgeordnete des EU-Parlaments. Die Partei hat das Problem, dass sie kein schlüssiges Konzept gegen die Krise hat. Sie ist gegen einen Lockdown, hat aber keine Antwort darauf, wie der Personal-mangel beim Pflegepersonal behoben werden soll. Sie ist gegen eine Impfpflicht, weiß aber nicht, wie die Inzidenzen runtergehen sollen.

Die AfD kritisierte die Ergebnisse der Studie. Die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel hatte zuvor auf Twitter eine 3G-Regelung im öffentlichen Nahverkehr als „völlig unsinnig“ bezeichnet. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach antwortete deftig. „Solcher Unsinn erklärt, weshalb in Regionen mit mehr AfD-Wählern mehr Menschen an COVID sterben“, antwortete der SPD-Politiker auf Twitter. Ihm täten die betroffenen Menschen trotz allem Leid: „Niemand verdient es, an politischer Manipulation zu versterben.“

Weidel kritisiert Maßnahmen

Die Positionierung der AfD mag im Osten verfangen, doch im Westen wenden sich die Wähler mehr und mehr ab. In Bayern würden nur noch sechs Prozent der Befragten die Rechtspartei wählen.

Doch eine Kurskorrektur ist nicht in Sicht. „Die Ampelkoalitionäre haben vollmundig angekündigt, die ‚epidemische Lage‘ auslaufen zu lassen“, sagte Weidel in der vergangenen Woche. Durch die nun von SPD, Grünen und FDP beschlossenen Maßnahmen werde dies aber komplett untergraben. „Statt den Bürgern wieder die Eigenverantwortung zurückzugeben,

greifen auch Rot-Grün-Gelb zu überzogenen Maßnahmen, wie willkürliche Kontaktbeschränkungen und eine Impfpflicht durch die Hintertür.“ Alternativvorschläge machte sie allerdings keine.

Auch Anhänger sind gespalten

„Wir werden nicht als die Alternative wahrgenommen, als die wir hätten wahrgenommen werden können“, sagt die Bundestagsabgeordnete Joana Cotar, die als Anhängerin Meuthens gilt. Zu stark habe die Partei schon bei der Bundestagswahl auf das Thema Corona gesetzt – dabei sei auch die AfD-Wählerschaft bei vielen Corona-Themen gespalten. Die andere Hälfte beispielsweise sei geimpft, die andere nicht. „Das ist kein Gewinnerthema für uns.“

Hinzu kommt, dass die Partei Mühe hat sich von Ausschreitungen auf Anti-Corona-Demos zu distanzieren. Nach Einschätzung von Thüringens Innenminister Georg Maier trägt der AfD-Landesverband im Freistaat eine Mitschuld für die Radikalisierung der Corona-Proteste. Der Thüringer AfD sei eine „herausragende Rolle“ im Zusammenhang mit den Corona-Protesten zugekommen.

JENS SPAHN

Das Gesicht des Niedergangs

Machtoptionen hat der 41-jährige Noch-Gesundheitsminister, obwohl jung an Jahren, nicht mehr

„Die Corona-Krise hat den Minister entzaubert. Nach Lage der Dinge kann Spahn im Moment froh sein, wenn er bald Fraktionsvize seiner Partei im Bundestag wird. Es gibt in der Opposition ja nicht mehr allzu viel zu verteilen“, schrieb das Portal t-online.de in der vergangenen Woche. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ nannte ihn den „Absteiger“. Und die sonst eher betuliche Wochenzeitung „Die Zeit“ unterstellte ihm ein „legendäres Chaos.“ Noch auf den letzten Metern hat er mit dem Debakel um den Biontech-Impfstoff viel Porzellan zerschlagen. Da nutzte auch

sein Entschuldigungsschreiben an die Ärzte nichts, das er in der vergangenen Woche verschicken ließ.

Der Noch-Gesundheitsminister, so heißt es in Berlin, sei das Gesicht des Niedergangs. „Als Krisenmanager macht Jens Spahn abermals eine katastrophale Figur, in der Partei reichen sie ihn nach unten durch“, kommentierte der „Spiegel“. Immerhin sei Spahn clever genug gewesen, auf eine Kandidatur als Parteichef zu verzichten. So scheint er immer noch auf eine Restchance zu hoffen, der siegreiche Kandidat könnte ihn doch noch für den

Stellvertreter-Posten vorschlagen, den er bisher innehatte. Am ehesten könnte dies bei Friedrich Merz der Fall sein, doch ausgemachte Sache ist dies keineswegs. Sollte Norbert Röttgen das Rennen machen, wird er sich kaum mit Spahn belasten wollen, und das Verhältnis des Gesundheitsministers zum dritten Kandidaten, dem bisherigen Kanzleramtschef Helge Braun, gilt ohnehin als nicht gut.

Spahn war nachgesagt worden, er hätte Ambitionen auf den Fraktionsvorsitz gehabt. Doch Amtsinhaber Ralph Brinkhaus, der Spahn schon bei der Listenauf-

stellung zur Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen einen Strich durch die Rechnung machte, setzte sich durch. Machtoptionen hat der 41-Jährige trotz seines geringen Lebensalters nicht mehr. Dass er sich wie Röttgen in der zweiten Reihe einreicht und sich als Fachpolitiker in der Fraktion wieder hocharbeitet, glauben nur wenige. „Wir werden in ein paar Monaten einander wahrscheinlich viel verzeihen müssen“, hat Spahn zu Beginn der Pandemie gesagt. Nun sieht es so aus, als würden ihm seine Parteifreunde nichts verzeihen. *P.E.*

CORONA-REGELN

Die Wirtschaft als Hilfspolizei

„Die ganzen Konfrontationen mit Kunden aushalten“: Unternehmen fühlen sich von der Politik missbraucht

VON NORMAN HANERT

Brandenburgs rot-schwarz-grüne Landesregierung hat seit dem 24. November die Pandemie-Regeln wieder verschärft. Wie in Berlin gilt nun an Arbeitsplätzen die sogenannte 3G-Regel, die von den Arbeitgebern täglich kontrolliert und dokumentiert werden soll. Mit Ausnahme von Supermärkten und anderen Läden, die der Grundversorgung dienen, dürfen Geschäfte überdies nicht mehr von Personen, die weder geimpft noch genesen sind.

Die damit verbundenen Kontrollen der Kunden stellt Ladenbetreiber und Mitarbeiter offenbar vor erhebliche Probleme. Der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg, Nils Busch-Petersen, wies auf „wahnsinnige“ Zusatzkosten hin, da die Geschäfte es gar nicht schafften, zu beraten, zu verkaufen und gleichzeitig die Einhaltung der 2G-Regel zu kontrollieren.

Vorschriften kaum umsetzbar

Busch-Petersen kritisiert, dass die Händler „als Hilfspolizei des Staates“ sowohl auf den Kosten sitzen blieben, als auch „die ganzen Konfrontationen mit Kunden aushalten“ müssten. Gegenüber dem rbb-Hörfunk sagte der Hauptgeschäftsführer, nach Angaben des Robert Koch-Instituts habe der Einzelhandel am Infektionsgeschehen einen Anteil von unter einem Prozent. Nachdem die Politik „in ihrer Hilflosigkeit alles an die Wand gefahren“ habe, werde jetzt, statt „gezielt Brandnester zu bekämpfen, der ganze Wald geflutet, egal, wer dabei ertrinkt“.

Auch die Handwerkskammer Potsdam wies inzwischen auf die Auswirkungen der 3G-Regel im Alltag der Unternehmen hin. Der Geschäftsführer der Kammer, Tilo Jänsch, erinnert daran, dass beispielsweise Gebäudereiniger oft schon sehr früh morgens oder spät abends zu den Kunden kommen. Bauhandwerkern führen üblicherweise von zu Hause direkt zu den jeweiligen Baustellen. Eine Umsetzung der 3G-Regel ist aus Sicht der Handwerkskammer daher in manchen Branchen kaum umsetzbar.

Die Landesregierung hat im Zuge der verschärften Pandemie-Regeln auch entschieden, die bereits geöffneten Weihnachtsmärkte wieder zu schließen bezie-



„Alles an die Wand gefahren“: Einlasskontrolle am Berliner Gendarmenmarkt

Foto: pa

ungsweise die Öffnung erst gar nicht zu erlauben. Diese Regelung soll zunächst bis zum 15. Dezember gelten. Auch bei dieser Entscheidung zeigten sich die Betroffenen, Schausteller und Händler, überrascht und frustriert: „Es war komplett unvorbereitet, damit haben wir nicht gerechnet. Es gab vorab strenge Vorschriften, die haben wir alle erfüllt“, so Christoph Meyer vom Brandenburgischen Schaustellerverband Sanssouci. Meyer warnte zudem: „Wenn keine Hilfen kommen sollten, brauchen wir uns im nächsten Jahr nicht mehr über Weihnachtsmärkte zu unterhalten, die gibt es dann nämlich nicht mehr.“

Auch Carsten Christ, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern, kritisierte die Entscheidung der Landesregierung scharf: „Die kurzfristige und damit unverhältnismäßige Absage der Weihnachtsmärkte zeugt von mangelnder Weitsicht der Politik.“ Zum Agieren der Politik sagte

der Verbandssprecher, die dramatisch steigenden Infektionszahlen und auch die Prognosen der Fachleute seien seit Anfang November bekannt gewesen.

Wenig Verständnis von den Grünen

Für ganz spezielle Probleme sorgt die 3G-Pflicht im öffentlichen Personennahverkehr. Mit dem neuen Infektionsschutzgesetz des Bundes gilt seit dem 24. November auch in Brandenburg die Pflicht, dass Fahrgäste von Bussen und Bahnen geimpft, genesen oder tagesaktuell getestet sein müssen. Auf Antrag der AfD-Fraktion im Potsdamer Landtag ist am 25. November der Infrastrukturausschuss zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Dabei ging es speziell um die Frage, wie die 3G-Regelung für Busse und Bahnen im ländlichen Raum Brandenburgs umgesetzt werden solle.

Die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Birgit Bessin wies mit Blick auf die 3G-Regel an Arbeitsplätzen und in

öffentlichen Bussen und Bahnen auf fehlende Testmöglichkeiten hin: „Gerade die ländlichen Regionen, kleine Dörfer mit ein paar Hundert Einwohnern, haben einfach keine Testmöglichkeiten jetzt“, so Bessin. Für Arbeitnehmer, Auszubildende oder Rentner ohne eigenes Fahrzeug können die fehlenden Testeinrichtungen in ländlichen Regionen faktisch einen Zwang zum Impfen darstellen, da sie von ihrem Wohnort sonst gar nicht mehr wegkommen.

Ebenfalls in einer Sondersitzung, diesmal des Gesundheitsausschusses des Landtages, erklärte Brandenburgs Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) am 25. November, seit Ende Juli hätten Impfwillige genug Gelegenheit gehabt, sich impfen zu lassen. Die Politikerin sagte weiter, nachdem diese Impfangebote monatelang nicht in Anspruch genommen worden seien, gehe es ihr „einfach zu weit, jedem Impfverweigerer die Tests irgendwie aufs Dorf zu fahren“.

KRISENMANAGEMENT

„Hin und Her“ bei der Corona-Politik an Schulen

Brandenburgs Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) gerät zunehmend in die Kritik

Im Umgang mit Corona an den Schulen beschreiten Berlin und Brandenburg unterschiedliche Wege. In Brandenburg ist die Ehefrau des vermutlich kommenden Bundeskanzlers, Olaf Scholz, Britta Ernst (SPD), als Ministerin für die Schulbildung verantwortlich.

Nachdem Ernst noch am Vortag auf einer Präsenzpflcht von Schülern während des Unterrichts bestanden und entsprechende Briefe versandt hatte, nahm sie vorvergangenen Dienstag von dieser Position schon wieder Abstand mit der Begründung, es sei „der Wunsch vieler Eltern, dass sie ihre Kinder nicht in die Schule schicken, die Schulen können einen Beitrag zur Kontaktreduzierung leisten“. Gleichzeitig versicherte Ernst den Eltern, die ihre Kinder weiterhin zur Schule schicken: „Die Schule ist ein ziem-

lich sicheres Umfeld ... Die Eltern sollten selbst entscheiden können, ob sie ihre Kinder in die Schule schicken.“ Des Weiteren will die Ministerin die Schulkinder drei Tage früher, am 20. Dezember, in die Weihnachtsferien schicken: „Der 14-tägige unterrichtsfreie Block soll dazu beitragen, die Kontakte zu reduzieren.“ Gleichzeitig hob sie die eben noch beschworene Präsenzpflcht wieder auf.

„Schulschwänzen leicht gemacht“

In den Augen vieler Eltern laufen Ernsts Aktionen schlicht darauf hinaus, dass Schulschwänzen leicht gemacht wird. Vom Brandenburger Landeselternrat kommt weitere Kritik. Der Vorsitzende René Mertens bemängelt, dass es nach wie vor keine oder zu wenig Luftfilter gebe und dass die Konzepte für digitalen Unterricht nach wie

vor unzureichend seien. Dies alles hätte im vergangenen Sommer schon angegangen werden können, aber die Politik habe nicht auf die Vorschläge der Eltern hören wollen. Indes besteht in den brandenburgischen Schulen die Pflicht zum Tragen einer Maske. Weiter sollen sich die Schüler dreimal pro Woche selbst testen. Bei Abschluss- und Übergangsklassen besteht weiter Präsenzpflcht.

Die AfD-Opposition bringt sich ebenfalls in Stellung. Fraktionschef Hans-Christoph Berndt wirft der rot-schwarz-grünen Landesregierung Panikmache und ein Scheitern ihrer Corona-Politik vor. „Corona ist eine ernst zu nehmende Erkrankung, aber weder die Pest noch die Spanische Grippe ... Schluss mit 2G oder 3G, Schluss mit der unsinnigen Maskenpflicht. (...) Es bringt einfach nichts.“ Die

Linkspartei unterstützt zwar die Aufhebung der Präsenzpflcht, kritisiert aber das „Hin und Her“: „Es ist völlig unklar, warum drei Tage längere Weihnachtsferien die Lösung sein sollen.“ Entweder bekomme Ernst eine Strategie hin, „oder sie ist falsch auf ihrem Platz“.

In Berlin läuft der Schulunterricht hingegen ganz normal weiter. SPD-Bildungssenatorin Sandra Scheeres: „Wir wollen an der Präsenzpflcht so lange wie möglich festhalten. Dafür hatten auch die Schulleitverbände geworben.“ Die Aufhebung der Präsenzpflcht wird in Berlin als Freibrief fürs Blaumachen betrachtet. Aus der Bildungsverwaltung heißt es, die Corona-Lage in der Hauptstadt sei nur bedingt mit der in Brandenburg zu vergleichen. „Wir sind zum Glück noch nicht auf demselben Level.“ Frank Bücker

KOLUMNE

Freiwild

VON THEO MAASS

Julia Przylebska ist in Berlin offenbar Freiwild von linken Feministen. Sie ist die Ehefrau des polnischen Botschafters Andrzej Przylebski. Aktivisten unter Führung der seit 2018 in Deutschland lebenden polnischen Staatsbürgerin Agnieszka Glapa veranstalten sogar Aufmärsche vor der Residenz des Botschafters – also dessen Wohnsitz. Der Botschafter rief die Berliner Polizei zu Hilfe, um sich gegen diese Belästigungen zu wehren.

Die Beamten erschienen zwar, griffen aber nicht ein. „Das sei Demokratie“, sollen die Uniformierten gesagt haben. Glapa erklärte in einem Interview, dass es ihr Ziel sei, dass Przylebska „kein ruhiges Leben haben wird ... Wir werden deutlich und laut sagen, dass es uns reicht. Genug ist genug.“ Damit aber eben nicht genug: Glapa und ihre Anhänger haben nach eigenen Bekunden sogar den Friseur, die Kosmetikerin und andere Dienstleister aufgesucht, um diese über Frau Przylebska „aufzuklären“.

Auslöser der Attacken: Die Frau des Botschafters ist Vorsitzende des polnischen Verfassungsgerichts. Insbesondere das reformierte polnische Abtreibungsrecht missfällt den Demonstranten. Zudem wundert sich Glapa, dass die polnische Verfassungsrichterin in Berlin wohnt und nicht am Ort des Verfassungsgerichts in Warschau. Der polnische Botschafter will im Januar 2022 nach Polen zurückkehren.

Ganz im Jargon der Antifa protzten die Aktivisten damit, sie hätten das Ehepaar Przylebski „verjagt“: „Wir haben ihr gezeigt, dass wir wissen, wo sie wohnt ...“ Sieht so im rot-rot-grünen Berlin der Schutz ausländischer Diplomaten aus? Von Innensenator Andreas Geisel und Bundesaußenminister Heiko Maas (beide SPD) war kein Wort des Bedauerns und der Entschuldigung zu hören.

MELDUNG

Senatorin ehrt zweifelhaften Aktivisten

Berlin – Der 36-jährige Sozialarbeiter Mohammed Jouni, der sich gegen die Abschiebung abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber engagiert, ist im November mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linkspartei) bezeichnete Jouni in ihrer Laudatio als „ein Vorbild“ und als einen „Kämpfer“. Ausgezeichnet wurde der gebürtige Libanese unter anderem für seine politische Arbeit mit der Organisation „Jugendliche ohne Grenzen“. Die von Jouni mitbegründete Initiative engagiert sich gegen die Abschiebung abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber. Nach eigener Auskunft setzt der Verein sich auch gegen „Rassismus, Faschismus & antimuslimischen Rassismus“ ein. Anlässlich der Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz hatte Jouni im Interview mit der „taz“ erklärt, er müsse sich nicht in eine „rassistisch strukturierte Gesellschaft einfügen, sie akzeptieren und reproduzieren“. N.H.

● MELDUNGEN

Deutscher Bürgermeister

Tondern – Die Schleswigsche Partei (SP) konnte bei den diesjährigen Kommunalwahlen ihre Mandatszahl von zwei auf vier verdoppeln. Aber nicht nur das: Die beiden „großen“ Parteien, die Sozialdemokraten und die Liberale Partei, einigten sich auf Jørgen Popp Petersen (SP) als neuen Bürgermeister von Tondern. Nach der Abtrennung Nordschleswigs von Deutschland hatte Tondern von 1920 bis 1937 einen deutschen Bürgermeister. Insgesamt sechs Parteien einigten sich diesmal auf den Vertreter der Deutschen Minderheit als neuen Bürgermeister. Der bisherige Bürgermeister, Henrik Frandsen von der Tønder Listen, gewann zwar Stimmen hinzu, verlor aber sein Amt an Petersen, weil sich im 31-köpfigen Kommunalparlament 21 Abgeordnete auf Petersen als neuen „Chef“ verständigten. Neben der Tønder Listen kündigte auch die Sozialistische Volkspartei an, in die Opposition gehen zu wollen. *F.B.*

55 Jahre für Bearbeitung

Washington – Die Arzneimittelbehörde Food & Drug Administration (FDA) hat am 15. November den Richter eines US-Bundesgerichts gebeten, für die vollständige Veröffentlichung von Daten zum Covid-Impfstoff des Herstellers Pfizer, bis zum Jahr 2076 Zeit eingeräumt zu bekommen. Als Grund für die lange Bearbeitungszeit von 55 Jahren gaben Anwälte der Arzneimittelbehörde Personalmangel an. Die FDA schlug vor, pro Monat 500 Seiten der insgesamt 329.000 Seiten umfassende Dokumentation freizugeben. Auf der Grundlage des „Freedom of Information Act“ hatten im September mehr als 30 Wissenschaftler, unter anderem von den Universitäten Yale und Harvard, die Freigabe der Dokumente beantragt, die der Hersteller Pfizer bei der FDA zur Lizenzierung seines Covid-19-Impfstoffs vorgelegt hatte. Für die Zulassung des Impfstoffes von Biontec/Pfizer hatte die FDA nach Angaben des Anwaltes Aaron Siri lediglich 108 Tage benötigt. *N.H.*

Indiens „Klima-Lockdown“

Neu-Delhi – Indiens Hauptstadt fährt wegen der Luftverschmutzung das öffentliche Leben herunter. Nachdem die Feinstaubwerte in der 20-Millionen-Metropole um ein Vielfaches über den von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Grenzwerten lagen, verfügte die Regionalregierung unter anderem eine Schließung der Schulen. Zudem schickte sie einen Teil der Beamten in Heimarbeit. Die Regierung des Unionsterritoriums Delhi reagierte damit teilweise auf die Aufforderung des Obersten Gerichtshofs, der wegen der Luftverschmutzung Notfallmaßnahmen gefordert hatte. Als Reaktion auf das „Klimaurteil“ des Bundesverfassungsgerichts sind in Deutschland Forderungen laut geworden, ähnlich wie bei Corona auch zum sogenannten Klimaschutz das öffentliche Leben herunterzufahren. Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach hatte sich bereits vergangenes Jahr für Beschränkungen zum „Klimaschutz“ ausgesprochen. *N.H.*

GROSSBRITANNIEN

Eine Krise folgt der nächsten

Ärger mit Immigranten, den Franzosen und ihrem Premier Boris Johnson macht den Briten zu schaffen

VON CLAUDIA HANSEN

Nach einem schweren Bootsunglück, bei dem mindestens 27 Migranten im Ärmelkanal ertrunken sind, beherrscht die Asylkrise nun wieder die Schlagzeilen in Großbritannien und führt auch zu diplomatischen Verstimmungen zwischen London und Paris. Die Migrationskrise am Ärmelkanal hat sich dieses Jahr deutlich verschärft. Nach offiziellen Schätzungen sind schon mehr als 27.500 Menschen über das Meer nach England gekommen, etwa dreimal so viele wie im Vorjahr.

Das Unglück von vergangener Woche war das schwerste, seit Zuwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika in kleinen Schlauchbooten das Meer zu überqueren versuchen. „Es war ein extrem fragiles Boot, und als die Retter ankamen, war es zusammengefallen wie ein aufblasbarer Gartenpool“, erklärte Frankreichs Innenminister Gerald Darmanin. Das Boot kenterte nur wenige Kilometer von der fran-

zösischen Küste entfernt bei Calais. Zwei Drittel der Insassen waren Männer. Eine Frau aus dem kurdischen Teil des Irak wurde bislang identifiziert. Die französische Polizei hat mehrere Menschen schmuggler festgenommen. Auch eine Person in Deutschland soll beim Kauf des Schlauchbootes beteiligt gewesen sein.

Macron war „not amused“

Der Ärmelkanal ist an der engsten Stelle nur etwas über 27 Kilometer breit, doch ist die Route in den kleinen Booten, die meist in der Nacht losfahren und oft völlig überfüllt sind, sehr gefährlich. Die Bootsmigranten zahlen den Schleppern laut eigenen Aussagen etwa 2500 Euro für die Überfahrt. Für die gesamte Reise etwa vom Irak bis England verlangen Schlepper bis zu 15.000 Euro pro Person – es sind also nicht die Ärmsten der Armen, die sich dies leisten können.

In Nordfrankreich angekommen, schlafen sie in Zelten an den Stränden, bevor sie im Schutz der Dunkelheit Boote

besteigen. Die Asylbewerber aus Ländern wie dem Irak und Afghanistan, dem Iran, Syrien, dem Sudan, Äthiopien, Mali, dem Tschad oder Niger betrachten England, wo teils schon Verwandte oder Freunde leben, als das gelobte Land. Die britische Presse bezeichnet sie meist nicht als Flüchtlinge, sondern als Migranten, denn immerhin kommen sie aus einem sicheren EU-Land, bevor sie die riskante Boots-fahrt antreten.

Premierminister Boris Johnson hat nach dem jüngsten Unglück geschworen, alles zu tun, um den Menschenhändlern das Handwerk zu legen. „Wir werden das Geschäftsmodell dieser kriminellen Banden zerbrechen.“

Der starke Anstieg der Migrantenzahlen führt zunehmend zu Spannungen zwischen London und Paris. Die britische Regierung wirft Frankreich unterschwellig vor, die Küste nicht ausreichend zu bewachen. Nach dem jüngsten Bootsunglück veröffentlichte Johnson einen Brief an „Dear Emmanuel“ Macron mit einem

Plan für gemeinsame Patrouillen französischer Grenzpolizei und britischer Sicherheitskräfte. Frankreich solle außerdem illegale Migranten zurücknehmen, die es über den Kanal schaffen.

Macron reagierte äußerst ungehalten darauf, dass der Brief auf Twitter gepostet wurde. Der Präsident, der nächstes Jahr eine schwierige Wahl zu bestehen hat, interpretierte dies als Affront. Am nächsten Morgen wurde die britische Innenministerin Priti Patel von einer gemeinsamen Besprechung mit ihrem Amtskollegen Darmanin wieder ausgeduldet.

Johnsons „Peppa Pig“-Ausrutscher

Für Johnsons Tory-Partei zählt die Zuwandererkrise zu den Themen, die sie besonders bewegen. Zum Brexit hatte man den Wählern versprochen, die Kontrolle über die Grenzen wiederzugewinnen. Das gelingt aber derzeit nicht. Zunehmend frustriert zeigen sich die Beamten im Regierungssitz Downing Street 10 über das Agieren von Innenministerin Patel. Die gibt den Hardliner und fällt immer wieder mit scharfen Ansagen und teils gewagten Ideen auf, wie man die Bootsmigranten abschrecken könnte.

Jüngst wurde die Ideen eines Abkommens mit Albanien ventiliert, wohin man Asylbewerber schicken könnte, bis ihr Antrag bearbeitet sei – was Tirana sofort dementierte. Die meisten Ideen Patels scheitern an der Realität. In der Tory-Parteizentrale geht die Angst um, dass die ungelöste Migrationskrise ihnen bei den nächsten Wahlen auf die Füße fallen wird.

Sinkende Umfragewerte hat Johnson in jüngster Zeit aber vor allem selbst zu verantworten. Eine völlig verunglückte Rede vor dem Industrieverband CBI, in der Johnson entgeisterte Wirtschafts-bosse mit Witzeleien und Erzählungen aus einem „Peppa Pig“-Themenpark überraschte, hat die Riege seiner Gegner darin bestärkt, dass der 58-Jährige nicht der richtige Mann für ernste Zeiten sei. Zuvor hatten Filz- und Lobbyismus-Vorwürfe der Tory-Partei zugesetzt.

Johnson selbst sagte nach der Rede, er habe „das Auto geschrottet“. Seine Beliebtheitswerte sind im Keller. Erstmals seit dem Höhenflug wegen der Corona-Impferfolge liegt die Tory-Partei in Umfragen knapp hinter Labour.



Ablenkung bei Peppa Pig: Während im Ärmelkanal die Krise wächst, vergnügt sich Englands Premier Johnson im Freizeitpark

UKRAINE

Kiew sichert Grenze zu Weißrussland

Furcht vor Migrantenflut aus dem Norden – Armee, Nationalgarde und Polizei im Einsatz

Sie überwachen alle größeren Straßen entlang der Grenze zu Weißrussland, kontrollieren Busse und Bahnen, errichten Kontrollpunkte: 8500 ukrainische Sicherheitskräfte sind bei der Aktion „Polesje“ (Polesien) im Einsatz. Polesien ist die Bezeichnung für einen Streifen Tiefland, der sich zwischen den Flussgebieten des Bugs und Pripjats bis nach Russland ausdehnt. Aus Furcht vor einem Durchbruch illegaler Migranten, die derzeit an der polnisch-weißrussischen Grenze versuchen, auf EU-Territorium zu gelangen, hat Kiew neben der Armee die Nationalgarde und Polizisten zur Sicherung der Grenze zum nördlichen Nachbarn entsandt.

An kilometerlangen Grenzzäunen, die der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko im Juli aufstellen ließ, weil er sich vom Westen, dem sich die Ukraine angeschlossen hat, bedroht fühlt, sind nun Zeltlager der ukrainischen Soldaten zu se-

hen, die mit Schutzschilden das Zurückdrängen Illegaler üben. Daneben finden Militärübungen zur Panzerabwehr statt. Flugzeuge und unbemannte Drohnen sind im Einsatz. Die Grenzlinie zwischen der Ukraine und Weißrussland ist 1084 Kilometer lang, und vor allem die Sumpfgebiete des Pripjat sind schwer zu kontrollieren. Wo früher nur unberührte Natur zu sehen war, stecken nun Dutzende Grenzpfosten das Terrain ab.

Besonders über das 100-Seelendorf Salejse im Dreiländereck Weißrussland-Polen-Ukraine befürchtet Kiew einen Durchbruch der illegalen Migranten. Weißrussische Behörden beziffern die Zahl der Asylsucher, die sich derzeit in Weißrussland befinden, mit zirka 7000, von denen sich 2000 an der Grenze zu Polen aufhalten sollen. Die EU schätzt aber, dass es bis zu 15.000 Migranten sind. 7500 illegale sollen seit Beginn dieses Jahres über Polen,

Litauen und Lettland in die EU eingeschickt sein.

Ukraine riskiert Zweifrontenkrieg

Die Ukraine und Russland beschuldigen sich gegenseitig, Krieg führen zu wollen. Kiew befürchtet, dass die Grenze zu Weißrussland von Moskau für einen Militärschlag genutzt werden könnte. Seit zwei Wochen unterstützt Russland seinen Verbündeten im Westen mit einer gemeinsamen Militärübung nahe der ukrainischen Grenze.

Im Osten der Ukraine bereitet die Konzentration russischer Truppen in Grenz-nähe Kiew Sorgen. Westliche Medien kündigen bereits einen bevorstehenden Angriff auf die Ukraine an. Sämtliche Dementis der Russen sowie Erklärungen, dass es sich um eine Antwort auf die zunehmende Bewaffnung der Ukraine und die Bedrohung Russlands durch die Anwesenheit von

NATO-Einheiten nahe der russischen Grenze handelte, stoßen bei den Westverbündeten auf taube Ohren.

Kiew riskiert, in einen Zweifrontenkrieg hineingezogen zu werden. Im Norden stationiert sie an der weißrussischen Grenze ihre Einheiten, im Osten hat sich die Lage wieder verschlechtert. Die gelten-de Waffenruhe wird fast täglich verletzt.

Das Verhältnis zwischen Minsk und Kiew hat sich drastisch verschlechtert, seit Lukaschenko sich nach der umstrittenen Präsidentenwahl 2020 als Wahlsieger ausrufen ließ. Wie die EU, erkennt Kiew die Wahl nicht an und hat sich EU-Sanktionen gegen Minsk angeschlossen. Kiew sieht Weißrussland nicht mehr als neutralen Verhandlungspartner an. Die ukrainische Führung denkt gar daran, die Minsker Verhandlungen zur Beilegung der Donbass-Krise künftig in eine andere europäische Stadt zu verlegen. *M. Rosenthal-Kappi*

EURO

Der unterschätzte Treibsatz der Inflation

Die Erzeugerpreise steigen rapide – ein Ende ist nicht abzusehen. Was EZB-Chefin Lagarde verschweigt

VON KONRAD BADENHEUER

Diese Zahl ging vielen unter die Haut: 5,2 Prozent Inflation vergangenen Monat. Dabei verdichten sich die Hinweise, dass die Preise bald noch viel schneller steigen könnten. Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, übt sich noch in Zweckoptimismus, hat aber vorsichtig ihre Tonlage angepasst. Ein möglicher Treibsatz der Inflation wird merkwürdigerweise immer noch übersehen.

„... nach und nach anpassen ...“

Notenbankchefs müssen ihre Worte sorgfältig abwägen. Ein einziger unbedachter Satz kann an den Finanzmärkten Turbulenzen auslösen. Weil das so ist, muss man die Äußerungen von Notenbankern genau lesen – beispielsweise das lange Interview, das Lagarde nun der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ („FAZ“) gegeben hat. „Wir haben in den vergangenen Quartalen unsere Inflationsprognosen nach und nach anpassen müssen“, gab sie offen zu, und weiter: „Ich würde sagen, wir haben daraus gelernt: Wir müssen unser Basisszenario immer wieder prüfen und es gegebenenfalls anpassen.“

Leider ließ die EZB-Chefin offen, worin das jetzige „Basisszenario“ der EZB besteht. Naheliegender ist, dass die Verantwortlichen für den Euro einfach meinen, sie könnten die Geldmenge auch langfristig schneller wachsen lassen als das Güterangebot, ohne dass die Preise steigen.

Eine „Anpassung“ des Szenarios bestünde dann schlicht und einfach in der Rückkehr zu dem, was seit Generationen bis ins 21. Jahrhundert hinein Konsens der Ökonomen war: Wächst die Geldmenge schneller als die Wirtschaftsleistung, dann steigen gleichsam mit Naturnotwendigkeit die Preise. Es kann zwar Umstände geben, unter denen diese Reaktion erst mit jahrelanger Verzögerung eintritt, doch dann ist die Anpassung umso heftiger.

Dass wir diesen Punkt erreicht haben, dafür spricht eine Zahl, die das Statisti-



Übt sich noch in Zweckoptimismus: EZB-Präsidentin Christine Lagarde

Foto: imago image/Nicolo Campo

sche Bundesamt vor zwei Wochen bekanntgegeben hat. Um sage und schreibe 18,4 Prozent lagen die Erzeugerpreise im Oktober höher als ein Jahr zuvor. Gegenüber der PAZ erklärt der Münchner Ökonom Gerald Mann den Zusammenhang so: „Langfristig entwickeln sich die Verbraucherpreise fast genau parallel zu den Erzeugerpreisen.“ Einen dämpfenden Effekt könnten allenfalls sinkende Importpreise haben, aber davon sei nun am allerwenigsten zu sehen: „Mit einer Jahresrate von zuletzt 21,7 Prozent sind die-

se sogar noch stärker gestiegen als die inländischen Erzeugerpreise.“ Deswegen, so Mann, wären in naher Zukunft noch deutlich höhere Inflationsraten keine Überraschung.

Die gefürchtete Eigendynamik

Zu den wenigen Top-Ökonomen, die schon seit längerem auf Inflationsgefahren hinweisen, gehört der frühere Chef des Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn. Aktuell befürchtet er, dass steigende Inflationserwartungen zu einer selbsterfüllen-

den Prophezeiung werden können. „Die Leute bekommen Angst, dass es teurer wird. In Erwartung von Preissteigerungen in der Zukunft kaufen sie vorher“, warnte Sinn jetzt in der „Welt“ vor zusätzlicher Nachfrage nach „Autos, Waschmaschinen, Kühlschränken, deren Kauf man vorzieht, oder auch Häusern und Wohnungen. Die höhere Nachfrage treibt dann die Preise von Neuem.“

Was Sinn bei Waschmaschinen und Autos befürchtet, ist bei einigen Rohstoffen schon Realität. Die Unternehmen re-

agieren auf Knappheit bei Vorprodukten, indem sie versuchen, Lager aufzubauen. Die direkte Folge: Noch mehr Knappheit am Markt und steigende Preise.

Ein Wort, das Sinn in dem oben zitierten Interview so wenig in den Mund nahm wie wenige Tage nach ihm Lagarde, lautet „Umlaufgeschwindigkeit des Geldes“. Tatsächlich ist es genau die Variable, die bei stabilen Preisen den Unterschied zwischen Geldmengen- und Wirtschaftswachstum ausmacht. Wenn im Laufe mehrerer Jahre sich die Geldmenge vervierfacht, die Wirtschaftsleistung aber nur verdoppelt und dennoch die Preise nicht gestiegen sind, dann impliziert das mit mathematischer Notwendigkeit einen Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit um genau die Hälfte. Es macht eben für die Preise einen großen Unterschied, ob Geld auf Konten ruht oder ob es eilig „Jagd auf Güter“ macht.

Die Problematik bei der Sache: Bei sinkenden Inflationsraten und Zinsen verlangsamt sich die Umlaufgeschwindigkeit, bei steigenden Preisen, aber auch bei hohen oder steigenden Zinsen nimmt sie wieder zu. Sind die Zinsen nahe Null und die Preise steigen kaum, dann kann man ohne viel zu verlieren Geld einfach auf dem Konto liegen lassen oder größere Summen langfristig zu Minizinsen festlegen. Ein ähnliches Phänomen: In den Industrieländern sparen Hunderte Millionen Menschen, um angesichts der Schieflage der Rentensysteme im Alter ihren Lebensstandard halten zu können. Sinken die Zinsen, dann sparen sie sogar eher noch mehr, um bis zum Rentenanstritt dennoch ein bestimmtes Sparziel zu erreichen. Auch dieses Verhalten hat die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes auf historische Tiefststände fallen lassen.

Ohne diesen Effekt ist nicht zu erklären, warum die Politik des Gelddruckens seit der Finanzkrise von 2009 nicht längst zu höheren Preisen geführt hat. Die große Problematik, an sich Grundwissen aller Ökonomen: Dieser Effekt wirkt auch in der umgekehrten Richtung und kann dann zum eigentlichen Treibsatz der Inflation werden.

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich verschenke** für ein Jahr befristet die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Zahlung per: ☐ Lastschrift ☐ Rechnung

Empfänger des Abos ist:

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____

Der **Geschenkgutschein** soll geschickt werden an:
☐ den Schenkenden ☐ den Empfänger des Abos

Bitte den Bestellschein einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Verschenken Sie Lesefreude

Die PAZ als Jahresabo für Ihre Lieben

40 Euro
Prämie
für Sie



Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
oder online
www.paz.de/abo
bestellen!



Zeitung für Deutschland
www.paz.de

KOMMENTAR

Überraschende Akzente

RICHARD DREXL

Der Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien zieht eine Menge Kritik auf sich. FDP, Grüne und SPD servieren Konservativen insbesondere mit Blick auf deren Pläne in der Gesellschaftspolitik, bei Fragen von Migration und Integration schwer verdauliche Kost. Die Wellen schlagen hoch, die Kritik geht ans Eingemachte. Die geplante Möglichkeit, mit einer Versicherung an Eides statt die Identität von Zuwanderern klären zu können, öffne „Straftätern und Identitätsverweigerern Tür und Tor“. So beispielsweise der CSU-Bundestagsabgeordnete Michael Frieser in den „Nürnberger Nachrichten“ vom 29. November. Bei einem Vertragswerk von 177 Seiten ist jedoch anzunehmen, dass etablierte Parteien darin nicht nur Schlechtigkeiten zu bieten haben. Das nach eigenem Bekunden „mehr Fortschritt wagende“ und selbst ernannte „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ setzt im Koalitionsvertrag denn auch einige überraschend positive Akzente. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik gehört dazu die wiederholte Betonung des Ziels einer „strategischen Souveränität der Europäischen Union“. Ein halbes Dutzend Mal taucht dieser Ausdruck auf, die EU soll als „starker Akteur in einer von Unsicherheit und Systemkonkurrenz geprägten Welt“ wahrgenommen werden.

Erstaunliche Ziele

Wenn das keine neuen Zeichen am europäischen Sternenhimmel sind? Wir erinnern uns: Der französische Präsident Emmanuel Macron forderte in den letzten Jahren wiederholt mehr eigenständige Handlungsfähigkeit der EU. Allein US-Präsident Donald Trump gab dazu mehrfach Veranlassung. Die deutsche Kanzlerin hielt es nicht mal für nötig, Macron zu antworten und überließ es Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, diesem eine harsche Absage zu erteilen. Dass die strategische Souveränität der Europäer ein fernes Ziel auf einer kurvenreichen Hindernisbahn darstellt, liegt dabei auf der Hand. Wer hätte auch gedacht, dass bei grüner Beteiligung „das transatlantische Bündnis (als) zentraler Pfeiler und die NATO (als) unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit“ bezeichnet wird. Als noch erstaunlicher darf gelten, dass die

kommende Koalition ein Nachfolgesystem für das Kampfflugzeug Tornado beschaffen und gar „den Beschaffungs- und Zertifizierungsprozess mit Blick auf die nukleare Teilhabe Deutschlands (...) sachlich und gewissenhaft begleiten“ will. Nochmal: Die Grünen begleiten sachlich und gewissenhaft die Beschaffung eines nuklearfähigen deutschen Waffensystems! Selbst die SPD-Linke um den Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich haderte bekanntlich bislang mit der nuklearen Abschreckung – und dann das. Die gleichzeitige Betonung nuklearer Abrüstung ist nicht mehr als eine Beruhigungsspielle für linke Pazifisten. Wer hätte sich noch vor ein paar Wochen bei diesen Beteiligten derartige Sätze vorstellen können? Kundige Beobachter reiben sich die Augen.

Da fällt schon gar nicht mehr groß auf, dass im Koalitionsvertrag nun auch noch der Bundeswehr die Bewaffnung von Drohnen ermöglicht werden soll. Dies unter „verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten“. Wohltönende Begleitmusik, nachdem das Bundesministerium der Verteidigung bereits seit Jahren entsprechende Auflagen festgeschrieben hat. Dass bewaffnete Drohnen den Schutz von Soldaten im Auslandseinsatz erhöhen können, ist Allgemeingut bei unparteiischen Fachleuten. Kampfdrohnen gehören heutzutage in das Inventar jeder halbwegs modernen Streitkraft, wie am Kaukasuskrieg zwischen Armenien und Aserbaidschan vor Jahresfrist zu beobachten war. Kritik sollte sich aber insbesondere daran entzünden, dass die SPD sich diese Einsichten erst mit dem gewonnenen Bundestagswahlkampf zu eigen machen konnte. Dem Wahlbürger wurde anderes suggeriert.

Diese Akzente sind überraschend, im Ergebnis sehr erfreulich. Dass nun selbst die Spitzen der Grünen den Einsatz eines Bundeswehrgenerals als Leiter des Corona-Krisenstabes beklatschen, passt ins neue Bild. Mal sehen, was die rote und grüne Parteibasis dazu sagt.

● **Richard Drex**l ist Oberst a.D. der Luftwaffe, Kommunalpolitiker (Freie Wähler) und Autor (mit Josef Kraus: „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr in der Krise“). Seit 2014 ist er Präsident des Bayerischen Soldatenbundes 1874 e.V. www.m-vg.de



„Feminist Foreign Policy“ ist ihre Mission: Die designierte Außenministerin Annalena Baerbock Foto: action press

KOMMENTAR

Vom Zweck zum Mittel

HANS HECKEL

Was in der öffentlichen Debatte bislang nur wenig Wellen schlug: Auch außenpolitisch wollen die Ampel-Koalitionäre neue Akzente setzen. So findet sich auf Seite 144 des 177-seitigen Koalitionsvertrages folgender Satz: „Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir im Sinne einer Feminist Foreign Policy Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit stärken und gesellschaftliche Diversität fördern.“

Warum Rot, Grün und Gelb von „Feminist Foreign Policy“ statt auf Deutsch von „Feministischer Außenpolitik“ sprechen, sollen sie selbst erklären. Doch was hier wie an etlichen anderen Stellen des Vertrages aufscheint, ist eine konsequente Ideologisierung der bundesrepublikanischen Außenpolitik, wie es sie in dieser Ausprägung noch nicht gegeben hat.

Es ist mehr als nur weltanschauliches Gerede. Das Grundmuster, das hier sichtbar wird, kann Deutschland einigen Schaden zufügen, der weit über das Detail der

feministischen Festlegung hinausreicht. Denn hier – wie auch an anderen Stellen, welche die künftige außenpolitische Ausrichtung betreffen – wird die klassische Schwerpunktsetzung außenpolitischer Ziele und Aktivitäten gleichsam auf den Kopf gestellt.

In der Außenpolitik der Ampel werden Ziele und Aktivitäten auf den Kopf gestellt

Diese klassische Schwerpunktsetzung betrifft die Zuordnung von Mittel und Zweck. Der erste Zweck klassischer Außenpolitik ist die nationale Wohlfahrt, die Stärke und der Erfolg des eigenen Staates. Das schließt Werteorientierung keinesfalls aus. Doch im Vordergrund aller internationalen Verträge, Bündnisse und Handlungen steht das Interesse der eige-

nen Nation. Alle internationalen Beziehungen sind in letzter Konsequenz nur das Mittel, das dem Zweck der nationalen Wohlfahrt zu dienen hat.

Für die kommende Bundesregierung verhält es sich offenbar genau umgekehrt: Es ist ausschließlich von hohen Zielen der Menschheitsbeglückung als Zweck der Außenpolitik die Rede. Deutschland mit seiner Leistungskraft, seinem Einfluss und also seinen Möglichkeiten erscheint lediglich als „Werkzeug“, als das Mittel, welches zur Erreichung dieses globalen Zwecks einzusetzen ist.

In einer Welt aber, in der praktisch alle übrigen Staaten – selbst innerhalb der Europäischen Union – strikt ihre nationalen Interessen in den Vordergrund ihrer Außenpolitik stellen, kann Deutschland mit dieser Strategie nur verlieren.

Zu allem Überflus schlummert in dem auf Weltbeglückung zielenden Außenpolitik-Konzept der künftigen Regierung noch eine gehörige Portion Selbstüberschätzung. Die Frauen in Afghanistan wissen heute, was sie von der „Werteorientierung“ schon der bisherigen deutschen Außenpolitik zu halten haben.

PORTRÄT

Grünes Familien-Oberhaupt

Anton Hofreiter kann sich noch Hoffnungen machen. Nachdem er beim Postengeschacher um grün geführte Bundesministerien übergangen wurde, könnte er Gewehr bei Fuß stehen, wenn es im Bundesfamilienministerium zum frühen Amtswechsel kommen könnte. Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass die designierte Ministerin **Anne Spiegel** ihre Koffer packen muss, kaum, dass sie diese geöffnet hat.

Die grüne Politikerin wird von einer Vergangenheit eingeholt, die noch vielen in Erinnerung ist: das Ahr-Hochwasser. In Mainz muss sie vor einem Untersuchungsausschuss erklären, warum das rheinlandpfälzische Umweltministerium, das sie seit Anfang dieses Jahres neben dem Familienministerium mitleitet, im Sommer davon sprach, es drohe kein Extremhochwasser, als es bereits in Strömen regnete.

Dass ihr Ministerium keine Flut-Warnung aussprach, könnte der Frau zum

Verhängnis werden, die innerhalb von zehn Jahren bei den Grünen eine steile Karriere hingelegt hat. 2011 zog die Sprachtrainerin mit italienischen Wurzeln, die Politik, Philosophie und Psychologie studiert hat, in den Mainzer Landtag ein. Nur fünf Jahre später leitete sie in ihrer ersten Ampelkoalition das Familienministerium. Als Spitzenkandidatin der Grünen verdoppelte Spiegel im März die-



Anne Spiegel Foto: pa

ses Jahres bei den Landtagswahlen den Stimmenanteil ihrer Partei. Jetzt folgte der Ritterschlag der vierfachen Mutter, die am 15. Dezember ihren 41. Geburtstag feiert, als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Dabei kann man auf ihren laxen Umgang in Sachen Integration gefasst sein, der ihr in Mainz schon im Mordfall Kandel viel Kritik eingebracht hat. Die links orientierte Spiegel, die als Landesministerin eine viermonatige Babypause einlegte und ihre Tochter mit in den Bundesrat nahm, wird dabei als Erstes die im Koalitionsvertrag von den Grünen festgelegte Kindergrundsicherung durchsetzen wollen. Sollte sie als Ministerin scheitern, kann sich ihr Parteifreund Hofreiter schon die Hände reiben – und die Fingernägel lackieren. Denn der Quote halber muss er als Frau durchgehen. Die langen Haare dafür hat er ja schon. *H. Tews*

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Politkrimi um den Krim-Schatz

Ein niederländisches Gericht entschied im Streit zwischen Russland und der Ukraine um das Skythen-Gold

VON BODO BOST

Ein niederländisches Gericht hat nach sechs Jahren Rechtsstreit die Rückgabe von archäologischen Schätzen der Krim an die Ukraine angeordnet. Kurz bevor Russland die Halbinsel im Jahr 2014 annektiert hatte, hatten vier Museen auf der damals noch unter ukrainischer Kontrolle stehenden Krim die Sammlung des berühmten Skythen-Goldes für eine Sonderausstellung nach Amsterdam ausgeliehen.

Ein Amsterdamer Berufungsgericht hat das Allard Pierson Museum jetzt dazu verurteilt, die „Krim-Schätze“ an den ukrainischen Staat zu übergeben. „Obwohl die Museumsstücke auf der Krim entstanden sind und in dieser Hinsicht als Teil des Erbes der Krim angesehen werden können, gehören sie zum kulturellen Erbe des ukrainischen Staates, da dieser seit 1991 als unabhängiger Staat existiert“, entschied das Gericht.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij begrüßte einen „lang erwarteten Sieg“. Auf Twitter erklärte der Staatschef, er sei „dankbar“ für die „gerechte Entscheidung“. „Nach dem ‚Skythen-Gold‘ werden wir die Krim zurückbekommen“, versprach er.

Die vier Krim-Museen, denen die Schätze eigentlich gehören, sind jedoch „sehr traurig“, so der sie vertretende Rechtsanwalt Rob Meijer. Diese Schätze „gehörten nie zu den Museen in Kiew“ und „müssen auf die Krim zurückgebracht werden“, meinte er. Die russischen Senatoren Wladimir Dschabarow und Andrej Klischas bedauerten das Urteil ebenfalls und warnten, dass Russland diese „voreingenommene Entscheidung“ nicht „unbeantwortet“ lassen werde. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow lehnte es jedoch ab, sich offiziell zu dem Urteil zu äußern, obwohl er im September betont hatte, dass die russischen Behörden „es natürlich begrüßen würden, wenn die Sammlung in ihre Heimat zurückkehrt“.

Im November 2014 hatten vier Krim-Museen eine gemeinsame Klage eingereicht, um das nach dem niederländischen



Raubkunst aus russischer Sicht? Das Skythen-Gold in der Ausstellung im Amsterdamer Allard Pierson Museum

Foto: imago/epd

Theologen und Kunsthistoriker Allard Pierson benannte archäologische Museum der Universität Amsterdam zur Rückgabe der Werke an sie zu zwingen. Die Sammlung war für die Ausstellung „Krim: Gold und Geheimnisse des Schwarzen Meeres“ nach international üblichen Verträgen ausgeliehen worden. Bereits im Jahr 2016 hatte ein niederländisches Gericht entschieden, dass diese archäologischen Schätze an die Ukraine zurückgegeben werden sollten, mit der Begründung, dass die Krim nicht als autonomer Staat betrachtet werde.

Museen „in der Zwickmühle“

Die Krim-Museen hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt und argumentiert, das Gold gehöre der Region. Im Jahr 2019 hatte das Amsterdamer Berufungsgericht betont, dass es mehr Zeit für seine Entschei-

dung benötige. In der Zwischenzeit waren die Schätze vom Allard Pierson Museum an einem „sicheren Ort“ aufbewahrt worden. Die reichhaltige Sammlung von Artefakten aus dem zweiten Jahrhundert n. Chr. bis zum frühen Mittelalter wurde dem Museum weniger als einen Monat vor der Besetzung der Krim durch Russland zur Verfügung gestellt.

Hin- und hergerissen zwischen der Ukraine und der Krim, die beide die Rückgabe der Objekte forderten, habe sich das Allard-Pierson-Museum „in einer Zwickmühle“ befunden, urteilte das niederländische Gericht 2016. Die Entscheidung hatte Moskau verärgert und den damaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko erfreut. Ihm zufolge bedeutete die Entscheidung, dass „nicht nur das skythische Gold ukrainisch ist, sondern auch die Krim ukrainisch ist“.

Es war daher Sache des Amsterdamer Appellationsgerichts, darüber zu entscheiden. Da der Fall offenbar weder unter niederländisches oder europäisches Recht fällt noch mit dem Welterbe im Sinne der UNESCO in Zusammenhang stehe, geht es nun darum, „zu entscheiden, wer die stärkeren Rechte hat“, so das Gericht. Andrej Malgin, Direktor des Tavrida-Museums in Simferopol, eine der vier Krim-Institutionen, welche die Klage angestrengt hatten, beschuldigte das niederländische Gericht, den Fall in die Länge zu ziehen.

„Wir bergen nicht nur Museumsstücke“, sondern auch „Relikte unserer tausendjährigen Geschichte“, kommentierte dagegen der Leiter der ukrainischen Diplomatie, Dmytro Kuleba, in einem Video. Der Prozess sei für Russland eine schwere Niederlage.

MUSICAL

Harry Potters Zauberlehrling

Die Romanidole der Millennium-Jugend zaubern auf der Bühne – Die eigene Jugend konnten sie sich nicht zurückzaubern

Vor über 20 Jahren löste auch in Deutschland das erste Buch über den jungen Zauberlehrling Harry Potter unter Jugendlichen eine wahre Euphoriewelle aus. Nach Abschluss der siebenbändigen Romanreihe und deren Verfilmungen findet die Geschichte auf der Bühne ihre Fortsetzung als deutschsprachige Musical-Version.

Im Hamburger Mehr!-Theater kämpft jetzt der wohl berühmteste Zauberschüler der Welt um den Sieg – diesmal jedoch nicht etwa über die dunklen Mächte, sondern über das Coronavirus. Gleich dreimal musste die anfangs im Frühjahr 2020 geplante Premiere wegen behördlicher Auflagen abgesagt werden. Am Ende dauerte es knapp 19 Monate, bis im Mehr!-Theater die Proben wieder aufgenommen werden konnten. Trotz der langen Wartezeit steht am Ende nahezu die komplette Originalbesetzung erneut auf der Bühne.

Natürlich gibt es auch ein Wiedersehen mit allen bekannten Romanfiguren.

Nur sind sie inzwischen gealtert. Harry ist jetzt ein erwachsener Mann von 37 Jahren, hat Rons Schwester Ginny geheiratet und ist gestresst vom Job im Zaubereiministerium. Das wahre Problem aber ist ein

anderes: Harrys Sohn Albus hadert mit dem Erbe seiner Familie, stiehlt einen Zeitumkehrer, erlebt die Abenteuer seiner Eltern rund um die Zauberschule Hogwarts und richtet dabei großes Chaos an.

Der lang umkämpfte Frieden des Landes ist in Gefahr, doch mithilfe dunkler Zauberkünste verbindet sich die Hoffnung, dass sich alles zum Guten wendet.

Das Musical „Harry Potter und das verwunschene Kind“ wurde 2016 am Londoner Westend uraufgeführt und spielt seitdem – nur durch die Pandemie unterbrochen – vor ausverkauftem Haus. Darüber hinaus hat es Ableger auch in New York, San Francisco und Melbourne gefunden. Wie schon im englischsprachigen Raum soll es auch in Hamburg in zwei Teilen aufgeführt werden. Zuschauer können beide Vorstellungen entweder am selben Abend oder an zwei aufeinanderfolgenden Tagen besuchen.

Die Darsteller sind dabei selbst zu Hexenkünstlern geworden. Für ihren spektakulären Hokusfokus haben sie extra Zauberkurse belegt. Zusätzliche Licht- und Klangeffekte machen die Illusion perfekt. „In der Show wird geschauspielert,

gezaubert, getanzt, geflogen – so viele Elemente funktionieren nur, wenn alles perfekt aufeinander abgestimmt ist“, sagt der Produzent der ersten nicht-englischsprachigen Inszenierung des Schauspiels, Maik Klokow.

42 Millionen Euro hat der Produzent investiert, um in Hamburg das Musical aufführen zu können. Um einen Gewinn einzuspielen, muss die Show drei Jahre lang laufen. „Wir werden Rekorde brechen“, ist sich Klokow sicher. Mit mehr als 300.000 bereits vor der Premiere verkauften Tickets stehen die Zeichen nicht schlecht. Wenn bloß nicht ein weiterer Lockdown dazwischenkommt, denn diesen würde selbst Harry Potter nicht hinwegzaubern können. *Andreas Guballa*

● Eintrittskarten ab 49,95 Euro pro Musical-Teil und ab 99,90 Euro für beide Teile in ausgewählten Vorverkaufsstellen sowie unter www.harry-potter-theater.de



Ein Teenageridol im gereiften Alter: Harry Potter, gespielt von Markus Schöttl

„UNSERE DEUTSCHEN“

Premiere in Aussig

Erstmals erinnert in Tschechien eine Dauerausstellung an die nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Deutschböhmen

VON BODO BOST

Bereits vor ihrer offiziellen Eröffnung hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei seinem Tschecheibesuch vom 25. bis 27. August die Möglichkeit erhalten, einen Blick in die Schau „Unsere Deutschen“ im Stadtmuseum in Aussig an der Elbe [Usti nad Labem] zu werfen. Am 17. dieses Monats wurde sie nun vom tschechischen Kulturminister Lubomir Zaoralek und dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer offiziell eröffnet. Der Titel der ersten an die nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Deutschböhmen erinnernden Dauerausstellung in Tschechien bezieht sich auf den ersten Präsidenten der Tschechoslowakei, Tomas Masaryk, der 1918 die Deutschböhmen als „unsere Deutschen“ bezeichnet hatte.

Jahrhundertlang hatten die Deutschböhmen zum Habsburgerreich gehört. Ab 1918 waren sie Staatsbürger der Tschechoslowakei, in der sie ein Viertel der Bevölkerung stellten. Ihre Parteien saßen im Prager Parlament und stellten Minister in Koalitionsregierungen. Als sie 1945 aus ihrer mehr als tausendjährigen Heimat vertrieben wurden, waren sie tschechoslowakische Staatsbürger. Diese Staatsbürgerschaft haben sie und ihre Nachkommen auch nach der Samtenen Revolution von 1989 nicht wieder zurückerhalten.

15 Jahre Vorbereitung

Eineinhalb Jahrzehnte hat die Vorbereitung der Ausstellung in Aussig gedauert, so vermint ist das Feld bis heute. Rund ein Dreivierteljahrhundert nach der Vertreibung der Deutschböhmen und mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende des

kommunistischen Regimes hat sich der tschechische Blick auf die gemeinsame Geschichte gewandelt.

Komplizierte Konstruktion

Es bedurfte eines Tricks, der Gründung des „Collegium Bohemicum“ als einen gemeinnützigen Trägerverein, dem sich die Stadt Aussig und die dortige Universität, die Gesellschaft für Geschichte der Deutschen in Böhmen sowie das Kulturministerium der Tschechischen Republik anschlossen. Finanziert wurde das umgerechnet rund zwei Millionen Euro teure Projekt unter anderem vom tschechischen Kulturministerium und dem Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds.

Das Konzept der Ausstellung hat ein Team aus tschechischen, bundesdeutschen und österreichischen Historikern erarbeitet. Die Eröffnung des Museums war ein historisches Ereignis, weil sich

Tschechien erstmals offiziell seiner deutschböhmenischen Vergangenheit gestellt hat. Seit den Vertreibungen nach 1945 war dieses Thema tabu gewesen.

Auf mehr als 1500 Quadratmetern, in 20 Räumen werden Kultur und Leben der einstigen deutschen Bevölkerung Böhmens und Mährens über acht Jahrhunderte hinweg – vom böhmischen König und römisch-deutschen Kaiser Karl IV. bis hin zum 20. Jahrhundert – in animierter Form präsentiert. Unter den mehr als 500 Exponaten gibt es Urkunden, Briefe und handschriftliche Originale, unter anderem ein Bewerbungsschreiben von Franz Kafka auf Deutsch und Tschechisch. Es war seine Bewerbung um eine Stelle bei der „Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für das Königreich Böhmen“, für die er ab 1908 gearbeitet hat. Zu sehen ist auch eines der auffallend langen Motorräder der Marke

Böhmerland des deutschböhmenischen Mechanikers Albin Hugo Liebisch (siehe PAZ-Ausgabe vom 22. Oktober, S. 21).

Den Begrifflichkeiten ist ein eigener Teil der Ausstellung gewidmet – darunter die Diskussion, ob es nach 1945 zu einer „Vertreibung“ oder einem „Abschub“ der Deutschen kam. Das ist bis heute ein Streitpunkt. Ein Drittel der ehemals deutschböhmenischen Dörfer wurde nach der Vertreibung der Einwohner nach 1945 nicht mehr besiedelt, weil es an Siedlungswilligen und Bevölkerungsmasse fehlte. Von der Entvölkerung zeugen bis heute Siedlungsruinen im Erzgebirge und im Böhmerwald. Auch sie sind Gegenstand der Ausstellung.

Diskussion über Begriffe

Diese Entvölkerung war auch ein Grund für den wirtschaftlichen Niedergang der einst wirtschaftlich hochentwickelten deutschböhmenischen Gebiete. Die Schichtwerke in Aussig gehörten in den 1930er Jahren zu den weltweit größten Herstellern von Drogeriewaren und Kosmetikartikeln. Obwohl die Schichtwerke zum britischen Konzern Unilever gehörten, wurden sie 1945 enteignet. Damit begann der Niedergang. Dieser Niedergang geht bis heute weiter. Er ist auch der Grund der immer noch vorhandenen antideutschen Stimmungen in Tschechien am äußersten sowohl rechten als auch linken Rand des politischen Spektrums. Beide Richtungen sind in den deutschböhmenischen Regionen, die heute immer noch als abgehängt gelten, besonders stark. Die Region Aussig gehört dazu. Deshalb ist die Ausstellung über die Geschichte der Deutschböhmen auch eine aktuelle Schau für die heutigen Einwohner, die ihnen erklärt, warum sich Vertreibungen weder in der Vergangenheit noch heute lohnen. Vertreibungen aus Gründen von Rache sind ein zweiseitiges Schwert.

20 Räume mit 1500 Quadratmetern

Der Ausstellungsort Aussig ist ein geschichtsträchtiger Ort. Dort kam es am 31. Juli 1945 nach einer von tschechischen Provokateuren verübten Explosion in der vormaligen Zuckerfabrik im Stadtteil Schönepriesen zu einem schrecklichen Massaker. Bei den Ausschreitungen in der Innenstadt und auf einer der Elbbrücken, von der deutsche Zivilisten in die Elbe geworfen wurden, starben nach Schätzungen tschechischer Historiker 40 bis 100 Menschen. Die deutschen Schätzungen liegen bei einem Vielfachen.



Im Stadtmuseum von Aussig vor einem Motorrad der Marke Böhmerland: Der Direktor des Collegium Bohemicum, Petr Koura (r.), führt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier samt Ehefrau Elke Bündenbender (l.) sowie den tschechischen Außenminister Jakub Kulhanek (3.v.r.) durch die offiziell noch nicht eröffnete Ausstellung „Unsere Deutschen“

DEKOLONIALISIERUNG

Als der größte Teil Ex-Deutsch-Ostafrikas unabhängig wurde

Vor 60 Jahren entließen die Briten Tanganjika in die Unabhängigkeit – Heute gehört es zu Tansania

Deutsch-Ostafrika grenzte an die Kolonialreiche Großbritanniens, Belgiens und Portugals. Die drei europäischen Mächte gehörten zu den Siegermächten des Ersten Weltkrieges. So lag es nahe, dass alle drei ihre Grenzen arrondieren konnten, als das Deutsche Reich im Versailler Diktat mit seinen anderen Kolonien auch Deutsch-Ostafrika verlor. Belgien erhielt vom Völkerbund, dem Vorläufer der Vereinten Nationen, die an Belgisch-Kongo angrenzenden Gebiete Burundi und Ruanda. Und Portugal erhielt als Kriegsschadung das an Portugiesisch-Ostafrika angrenzende 395 Quadratkilometer große Kionga-

Dreieck. Den ganzen großen Rest erhielt Großbritannien.

Es stellte sich die Frage nach der Benennung. „Deutsch-Ostafrika“ kam wegen der neuen Besitzverhältnisse ebenso wenig in Frage wie die Entsprechung „Britisch-Ostafrika“, denn so hieß bereits eine nördlich angrenzende Kolonie. Englands damaliger Kolonialminister Alfred Milner wünschte sich einen einheimisch klingenden Namen mit Lokalbezug. Da das Gebiet im Westen an den Tanganjikasee grenzt, entschied er sich für „Tanganyika Territory“. Gut vier Jahrzehnte übten die Briten dort die Herrschaft aus, also länger als die Deutschen.

Im sogenannten Afrika-Jahr 1960 ließen die Kolonialherren auch in Tanganjika eine beschränkte Selbstregierung zu. Aus Parlamentswahlen ging die Tanganyika African National Union (TANU) als Sieger hervor. Deren Parteichef Julius K. Nyerere wurde Ministerpräsident. Anfänglich stand der Afrikaner allerdings nur an der Regierungsspitze eines autonomen Gebiets. In die Unabhängigkeit entlassen wurde Tanganjika dann vor 60 Jahren, am 9. Dezember 1961, im Rahmen eines Festaktes, an dem als Vertreter der Queen deren Ehemann teilnahm.

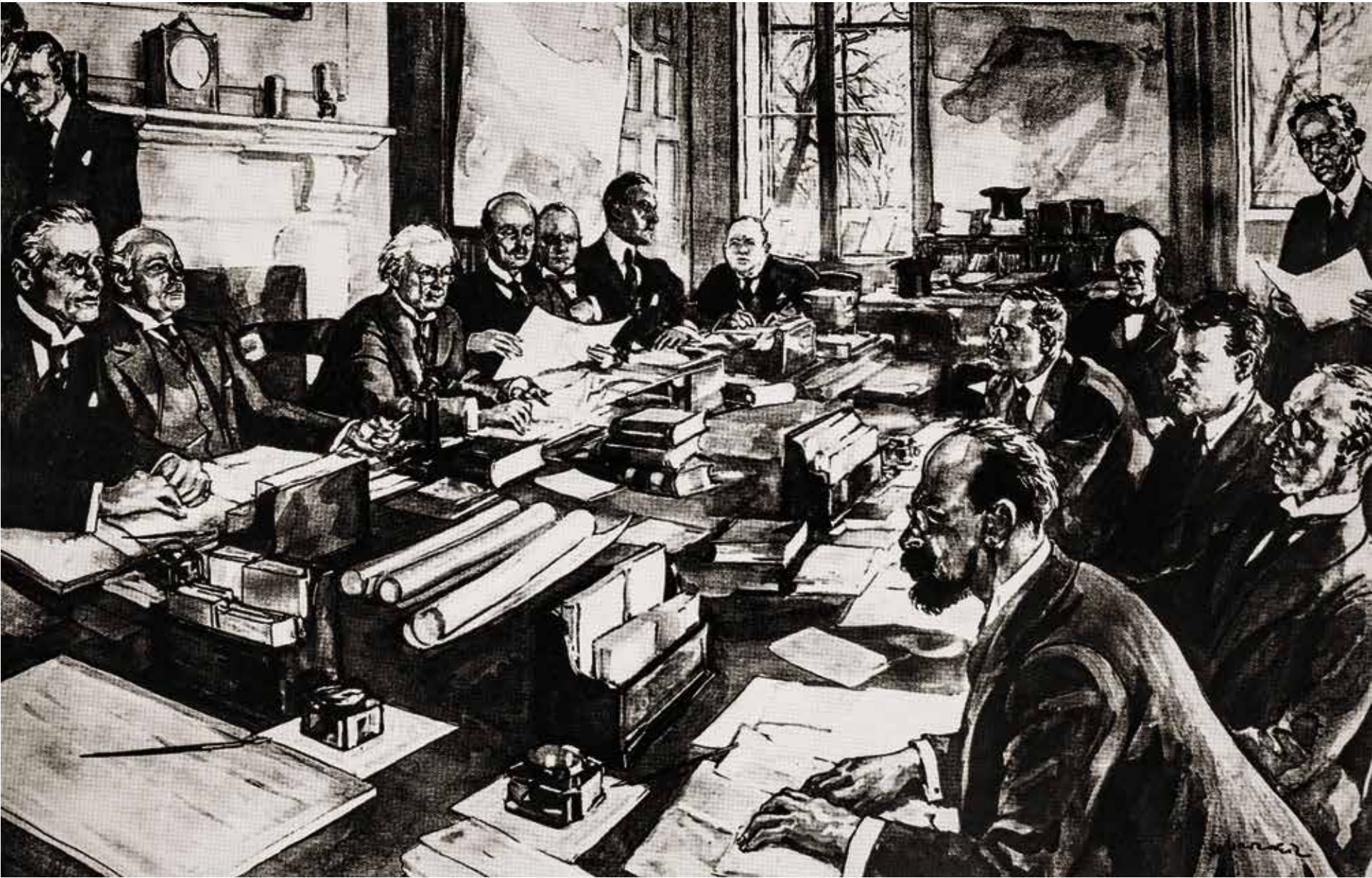
Ein halbes Jahr später wurde die heute nicht mehr bestehende Republik Tan-

ganjika gegründet. Aus den noch im selben Jahr durchgeführten Präsidentenchaftswahlen ging der bisherige Ministerpräsident Nyerere als Sieger hervor.

Vor der Küste Tanganjikas liegt die Insel Sansibar. Sansibar erlangte 1963 die Unabhängigkeit. Im Gegensatz zum Festland löste auf der Insel jedoch nicht eine schwarzafrikanische, sondern eine arabischstämmige Führung die britischen Kolonialherren ab. Das änderte indes 1964 eine Revolution. Aus dem Sultanat wurde eine Volksrepublik. Nun herrschten auch auf der Insel schwarzafrikanische Anhänger eines Afrikanischen Sozialismus. Das waren gute Vor-

aussetzungen für eine Vereinigung der beiden Staaten. Noch im Jahre der sansibaren Revolution schlossen sich die beiden zur Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar zusammen. Und ebenfalls noch 1964 erhielt der neue Staat seinen heute noch gültigen Namen „Vereinigte Republik Tansania“. „Tansania“ ist ein Kunstwort, zusammengesetzt aus Teilen von „Tanganjika“ und „Sansibar“ sowie „Azania“, einem bereits in der Antike verwendeten Begriff für einen ostafrikanischen Küstenabschnitt unter Einschluss der Küste Tanganjikas beziehungsweise Tansanias.

Manuel Ruoff



Der Anglo-Irische Vertrag wird im Kabinettsaal von Downing Street Nr. 10 verhandelt: Zeichnung von Steven Spurrier in „The Illustrated London News“ vom 5. November 1921

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der gegenwärtige Zustand auf der Grünen Insel, die Spaltung in ein unabhängiges Südirland und ein zu Großbritannien gehörendes Nordirland, wird 100 Jahre alt. Mit dem am 6. Dezember 1921 von Premierminister David Lloyd George, Kolonialminister Winston Churchill und anderen Vertretern der britischen Regierung sowie den Generalbevollmächtigten der Irischen Republik um Arthur Griffith und Michael Collins unterzeichneten Anglo-Irischen Vertrag wurde Südirland in die Unabhängigkeit entlassen, während Nordirland bei Großbritannien verblieb.

Bereits vor der Entlassung Südirlands in die Unabhängigkeit hatte Großbritannien das Land gespalten. So sah der Government of Ireland Act, den das britische Parlament am 23. Dezember 1920 verabschiedete und der am 3. Mai 1921 in Kraft trat, vor, dass der nördliche und der südliche Landesteil jeweils eigenständige Regierungen unter der Oberherrschaft des britischen Empire erhalten.

Die Teilung in einen nördlichen und einen südlichen Teil resultierte aus dem Bestreben Londons, sowohl den vor allem im Südeil immer lauter geäußerten Forderungen der irischen Nationalisten nach Eigenständigkeit als auch dem Willen der im Nordteil die Mehrheit bildenden Unionisten, bei Großbritannien zu verbleiben, Rechnung zu tragen.

Statut von Westminster 1931

Das Gesetz gewährte dem Süden jedoch zu wenige Rechte, als dass auf seiner Basis der seit 1919 tobende Irische Unabhängigkeitskrieg hätte beendet werden können. Während des Osteraufstandes 1916 hatten die nationalistischen Rebellen der Sinn Féin bereits eine Irische Republik ausgerufen, und am 21. Januar 1919 hatte das von London als illegal angesehene Parlament der Irischen Republik die Unabhängigkeit von Großbritannien proklamiert. Dahinter wollten die irischen Nationalisten nicht mehr zurück.

Wenn dem Government of Ireland Act auch kein Erfolg beschieden war, so endete der Irische Unabhängigkeitskrieg zwischen der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) und den britischen Sicherheitskräften trotzdem noch in dem Jahr,

IRLAND
Ein Jahrhundert
Unabhängigkeit und Spaltung

Am Nikolaustag des Jahres 1921 unterzeichneten die Parteien des Irischen Unabhängigkeitskrieges in London den Anglo-Irischen Vertrag

in dem das Gesetz in Kraft trat. Am 11. Juli 1921 schlossen beide Seiten einen Waffenstillstand (siehe PAZ-Ausgabe vom 2. Juli, S. 11). Die britische Seite war wegen ihrer zunehmend brutaler werdenden Vorgehensweise international in die Kritik geraten. Und die irischen Republikaner befürchteten ein Ausbluten der in Guerilla-Manier agierenden Irisch-Republikanischen Armee angesichts der Übermacht des Gegners. Die IRA stand kurz vor der Zerschlagung durch die britischen Sicherheitskräfte.

Republic of Ireland Act 1949

Der Waffenruhe folgten Friedensgespräche, die am Nikolaustag des Jahres 1921 in den Anglo-Irischen Vertrag mündeten. Das Übereinkommen sah Folgendes vor: Der nunmehr zu bildende Irische Freistaat sollte den Status eines Herrschaftsgebietes mit eigenständiger Regierung innerhalb des Britischen Empire nach dem Vorbild von Kanada, Neufundland, Australien, Neuseeland und Südafrika erlangen, aber weiterhin formell der britischen Krone unterstehen. Ebenso behielt das Vereinigte Königreich die Kontrolle über die drei großen irischen Tiefwasserbeziehungsweise Vertragshäfen Berehaven, Queenstown und Lough Swilly. Außerdem wurde vereinbart, dass Nordirland die Möglichkeit erhält, binnen eines Monats aus dem Freistaat auszutreten, was es dann auch tat.

Bedenkt man, dass die IRA kurz vor der Zerschlagung stand, waren die Briten der irischen Seite in dem Vertrag weit entgegengekommen. Allerdings waren auf der Seite der irischen Republikaner nicht alle bereit, eine Spaltung Irlands, ein Fortbestehen der konstitutionellen Abhängigkeit vom englischen Königshaus sowie Einschränkungen der Hoheitsrechte hinzunehmen. Der Streit zw-

—
So wie die
innerostpreußischen
ist auch die
innerirische zur EU-
Außengrenze
geworden

schen Unterstützern und Gegnern der Übereinkunft mit den Briten wurde erbittert geführt und mündete im Juni 1922 im Irischen Bürgerkrieg. Diese blutige Auseinandersetzung endete im Mai 1923 mit dem Sieg der Vertragsbefürworter.

Die volle gesetzgeberische Unabhängigkeit von Großbritannien erhielt der Irische Freistaat mit dem am 11. Dezember 1931 durch das britische Parlament erlassenen Statut von Westminster. Am 29. Dezember 1937 trat eine Verfassungsänderung in Kraft, durch die der Name des Staates in „Irland“ geändert wurde. Das war als Vorstufe für ein geeintes Irland gedacht, dem auch die sechs Grafschaften im Norden angehören sollten.

Karfreitagsabkommen 1998

Mit dem Republic of Ireland Act schied der Staat am 18. April 1949 aus dem Commonwealth aus. Damit war die totale Lösung der Bande zum britischen Monarchen abgeschlossen.

Dahingegen blieb Nordirland bei Großbritannien. Das stieß nicht nur im Südeil der Insel auf Ablehnung. Daraus resultierte der ab 1969 immer stärker eskalierende Nordirlandkonflikt, in dem sich probritische Loyalisten und Verfechter einer irischen Wiedervereinigung gegenüberstanden. Dieser politische Kon-

flikt ist zusätzlich religiös aufgeladen, da Erstere in der Regel Protestanten und Letztere meist Katholiken sind.

Zu einer spürbaren Deeskalation führte das Karfreitagsabkommen vom 10. April 1998. Gegen humanitäre Zugeständnisse verzichtete Südirland darin auf seine Forderung nach einer Wiedervereinigung mit dem Norden. Allerdings wird die Möglichkeit zu einer Wiedervereinigung offengelassen, wenn denn die Mehrheit der Nordiren sich dafür ausspricht.

Brexit 2020

Ab 1973 waren Südirland und Großbritannien zudem Partner in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beziehungsweise Union. Das änderte sich allerdings mit dem Brexit. Beim vorausgegangenen Referendum vom 23. Juni 2016 stimmten 55,8 Prozent der Nordiren für den Verbleib in der EU – nicht zuletzt, um zu verhindern, dass die innerirische Grenze zu einer harten EU-Außengrenze mit permanenten Zollkontrollen und dergleichen wird. Durch das Protokoll zu Irland und Nordirland, das zu Beginn dieses Jahres in Kraft trat, soll ebendies verhindert werden.

Inwieweit dies auf Dauer gelingt, muss die Zukunft weisen. Wenn Großbritannien an seine große Tradition des Freihandels anknüpft, die Europäische Union hingegen angesichts von Energie- und Überregulierung an Wettbewerbsfähigkeit verliert und darauf nach französischem Vorbild mit protektionistischen Maßnahmen wie Schutzzöllen und anderen Handelshemmnissen reagiert oder umgekehrt Großbritannien sich gezwungen sieht, sich durch ein Hochziehen der Grenzen vor Migranten aus der EU zu schützen, könnte das schwierig werden.

FLUCHT AUS DER DDR

**Durchbruch
mit der
Dampflok**

Es war eine der spektakulärsten Fluchten aus der DDR in die Bundesrepublik: Am Abend des 5. Dezember 1961 durchfuhr ein Personenzug die letzte Station Albrechtshof ohne Halt, beschleunigte weiter und durchbrach die Grenze nach Westberlin in Richtung Spandau. Harry Deterling, der die Dampflok steuerte und vom Heizer Hartmut Lichy unterstützt wurde, hatte das Ganze geplant.

Die Vorgeschichte: Bedrückt durch die Verhältnisse in der DDR, hatte sich der Lokführer Deterling geweigert, die geforderte Zustimmung zur Grenzschließung vom 13. August zu bekunden. Ihm drohte eine Strafversetzung in ein Ziegelwerk. Ende November erfuhr er, dass eine für den Interzonenzug Hamburg-Berlin genutzte Strecke in den nächsten Tagen endgültig gekappt und der entsprechende Verkehr anderweitig abgewickelt werden sollte. Noch waren die Gleise über die Grenze allerdings in Betrieb und lediglich durch ein Eisentor und Stacheldraht abgesperrt.

Deterling beschloss, die Gelegenheit zu nutzen. Unter der Vorgabe, zur Einsicht gelangt zu sein, meldete er sich zu Wiedergutmachungs-Sonderschichten und wurde tatsächlich mit seiner Ersatz-S-Bahn auf dem für ihn relevanten Abschnitt eingesetzt.

Seine Frau, seine vier Kinder, Verwandte und weitere Eingeweihte befanden sich in dem Zug, der den eigentlich vorgeschriebenen Endhalt ignorierte. Die Notbremsen waren so manipuliert, dass weder der Zugführer noch NVA-Soldaten und ein Polizist,



Harry Deterling 2000 Foto: pa

die an der vorletzten Station zugestiegen waren, etwas ausrichten konnten. Von den überraschten Grenzern wurden Lok und Waggons beschossen, die Passagiere legten sich auf den Boden, Lokführer und Heizer verschanzten sich im Tender. Zu Schaden kam niemand. Um 20.45 Uhr brachte Deterling den Zug vor dem Einfahrtssignal Spandau-West zum Stehen. 25 Personen war die Flucht in die Freiheit geglückt. Einige unbeteiligte Fahrgäste, Zugführer, Soldaten und der Polizist gingen in die DDR zurück.

Bereits am Morgen des Folgetags wurden die Schienen der Fluchtstrecke demontiert. Auf Transitstrecken baute man Entgleisungsweichen ein. Nie wieder durchbrach ein Zug die Grenze.

Noch lange bedrohte die Stasi die Familie Deterling, die in die Bundesrepublik ausgeflogen wurde. So war etwa geplant, eines der Kinder zu entführen. Deterling wurde durch die DDR-Justiz in Abwesenheit zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Familie lebte schließlich abgeschirmt in Süddeutschland.

Der Journalist Bodo Müller hat die Ereignisse in einem Kapitel seines 2000 erstmals aufgelegten Buchs „Faszination Freiheit“ anschaulich geschildert. Schon 1963 war die Flucht Grundlage des Spielfilms „Durchbruch Lok 234“. Erik Lommatzsch

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der anatomisch moderne Mensch (*Homo sapiens*) existiert seit mindestens 300.000 Jahren und wäre in der Anfangsphase seiner Entwicklung mehrmals um ein Haar ausgestorben – vor allem während längerer Kältephasen. Möglicherweise lebten streckenweise nur wenige hundert Vertreter unserer Spezies auf der Erde. Darauf deutet der sogenannte „Genetische Flaschenhals“ hin, welcher für die erstaunlich geringe genetische Vielfalt des Menschen steht.

Seit rund 40.000 Jahren kennt die Bevölkerungskurve dann freilich nur noch eine Richtung, nämlich nach oben. Zur Zeit von Christi Geburt umfasste die Menschheit wohl bereits um die 300 Millionen Exemplare, zwischen 1800 und 1850 wurde die Schwelle von einer Milliarde überschritten. Dem bisherigen kontinuierlichen, aber langsamen Wachstum folgte ein nachgerade explosionsartiger Anstieg seit der Mitte des 20. Jahrhunderts: Zwischen 1940 und 2010 kam es zu einer Verdreifachung der Erdbevölkerung von 2,26 auf 6,96 Milliarden. Und nunmehr leben schon rund 7,8 Milliarden Menschen auf der Erde.

Angesichts des damaligen Geburtenüberschusses sagte der englische Nationalökonom Thomas Robert Malthus 1798 katastrophale globale Hungersnöte voraus, weil die Nahrungsmittelproduktion künftig nicht mehr mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten könne. Doch damit lag er falsch. Zwar traten tatsächlich immer wieder schwere lokale Versorgungskrisen durch Missernten, Kriege und politische Fehlentscheidungen auf, wie in Indien (1866, 1876–1878 und 1943/44) oder China (1876–1879, 1896/97, 1928/29 und 1959–1961) mit möglicherweise über hundert Millionen Toten. Dennoch kam es deswegen zu keinem Stopp der deutlichen Zunahme der Gesamtbevölkerung auf unserem Planeten infolge eines globalen Mangels an Nahrungsmitteln.

Horrorszenario blieb aus

Die sich rasant vermehrende Menschheit tappte also nicht in die „Malthusianische Falle“, obwohl sie viel Agrarland durch Übernutzung oder Überweidung veröden ließ und auch sonst nur wenig schonend mit den natürlichen Ressourcen umging. Dieser Erfolg wird zumeist auf massive Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft zurückgeführt. Als deren Ursache wiederum gelten vor allem eine effektivere Arbeitsteilung, innovative Anbau- und Haltungsmethoden sowie deutliche Verbesserungen bei der Bekämpfung von Schädlingen beziehungsweise beim Tier- und Pflanzenschutz.

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Mindestens genauso positive Ef-



So ertragreich wie noch nie in der Geschichte: Mais-Ernte im US-Bundesstaat Illinois

Foto: imago/stock&people

GLOBALES KLIMA

Wie Kohlendioxid die Menschheit vor Hungerkatastrophen bewahrt

Klima-Apokalyptiker sprechen von CO₂, als sei es ein Teufelszeug, das den Planeten dem Untergang weihet. Ein Blick in die Menschheitsgeschichte und jüngste Forschungsergebnisse offenbaren etwas anderes

fekte zeitigte die mittelalterliche Klimaerwärmung zwischen etwa 900 und 1400, als es noch keine Technisierung in der Landwirtschaft gab. Die Warmphase sorgte nicht nur für höhere Erträge an traditionellen Standorten, sondern auch für eine lange nachwirkende Ausweitung der nutzbaren Bodenfläche.

Und dann wäre da noch das Kohlendioxid (CO₂), welches angeblich für die aktuelle „Erderhitzung“ verantwortlich ist – ganz egal, ob es nun aus natürlichen Quellen stammt oder vom Menschen durch die Verbrennung fossiler Energieträger freigesetzt wird. Der CO₂-Anteil in der Atmosphäre soll seit Beginn der Industrialisierung um 1750 von rund 280 ppm (parts per million oder Teile pro Million) auf jetzt deutlich über 400 ppm gestiegen sein, wobei die Zunahme seit 2000 von den Klimaforschern auf zwei bis zweieinhalb ppm pro Jahr geschätzt wird. Pflanzen benötigen CO₂ für die Photosyn-

these, bei der mit Hilfe von Licht aus energiearmen anorganischen Stoffen wie eben Kohlendioxid und Wasser energiereiche organische Verbindungen entstehen, welche die Grundlage der Ernährung von Tier und Mensch darstellen. Ganz abgesehen davon, dass „nebenher“ auch noch der ebenfalls unverzichtbare Sauerstoff in die Atmosphäre abgegeben wird.

50 Prozent mehr Mais durch CO₂

Daraus lässt sich logisch schlussfolgern, dass ein Anstieg des CO₂-Anteils in der Lufthülle unseres Planeten zu Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft führen müsste. Und tatsächlich haben verschiedene Forscher diesen Effekt bereits nachgewiesen. Allerdings wurde dessen Stärke bislang deutlich zu gering angesetzt. Das ergibt sich aus einem jetzt veröffentlichten Arbeitspapier des US-amerikanischen National Bureau of Economic Research (NBER) in Cambridge (Massa-

chusetts) mit dem Titel „Environmental Drivers of Agricultural Productivity Growth: CO₂ Fertilization of US Field Crops“ (Ökologische Triebkräfte des landwirtschaftlichen Produktivitätswachstums: CO₂-Fertilisierung von Feldpflanzen in den USA).

Darin zeigen Charles A. Taylor und Wolfram Schlenker von der Columbia-Universität in New York zunächst anhand statistischer Daten des US-Landwirtschaftsministeriums, dass der Ertrag bei Mais in den USA seit 1940 um 500 Prozent gestiegen ist, bei Winterweizen und Sojabohnen immerhin um 200 Prozent. Danach setzen die beiden Umwelt- und Agrarökonom diese Entwicklung in Relation zum Anstieg des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre. Die Zahlenangaben über den Anstieg stammen unter anderem vom Forschungssatelliten der US-Weltraumbehörde NASA sowie der Nationalen Ozean- und Atmosphärenbehörde.

Um den Einfluss anderer Faktoren auf die Ertragslage, wie jährliche Wetteranomalien und Ähnliches, angemessen gewichten zu können, operieren Taylor und Schlenker mit einem selbstentwickelten mathematischen Modell. So kommen sie zum Ergebnis: 50 Prozent der höheren Erträge bei Mais gehen auf den Anstieg des Kohlendioxidgehaltes in der Atmosphäre um vermutlich rund 100 ppm zurück. Im Falle von Sojabohnen und Winterweizen liegt die rein CO₂-bedingte Steigerung sogar bei 60 beziehungsweise 80 Prozent.

Die Studie ist ein schwerer Schlag für Klima-Apokalyptiker, welche im Anstieg des CO₂-Gehalts in der Luft lediglich etwas Fürchterliches sehen, dem mit aller Macht begegnet werden müsse. Denn unüberlegter „Klimaschutz“ kann offenbar direkt in die Hungerkatastrophe führen. Vor allem, wenn nicht parallel auch Maßnahmen gegen die Bevölkerungsexplosion ergriffen werden.

WIRTSCHAFT

Mit einem Trick umgehen große Unternehmen die Quote

Flucht ins EU-Recht: Mit der „Societas Europaea“ fallen Frauen-Pflichtanteil an der Konzernspitze und Mitbestimmung weg

„Europäische Lösungen“ und „mehr EU“ gelten unter vielen deutschen Politikern noch immer als wichtige Ziele. Erleben müssen diese Politiker nun aber auch zunehmend, wie die Übertragung von immer mehr Kompetenzen an die EU hierzulande ihre eigenen Politikziele torpediert. Deutlich wird dies bei den Bemühungen der deutschen Politik, großen Unternehmen eine Frauenquote aufzuzwingen.

Noch in der Großen Koalition hatten sich erst im Mai dieses Jahres die SPD und die Unionsparteien auf eine Frauenquote für die Vorstände großer Unternehmen geeinigt. Die Regelung sieht vor, dass bei börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen künftig ab vier

Vorstandsmitgliedern mindestens eine Frau in der Spitze vertreten sein muss. Als Bundesjustizministerin hatte Christine Lambrecht (SPD) diese Regelung als „Meilenstein für die Frauen in Deutschland“ und „große Chance sowohl für die Gesellschaft als auch für die Unternehmen selbst“ gelobt.

In der Realität des Wirtschaftslebens erweist sich dies Regelung dann doch als wesentlich unbedeutender, als dies die markigen Worte der SPD-Politikerin suggerieren. Wie eine aktuelle Analyse des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung (IMU) und der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung zeigt, umgehen nämlich immer mehr

deutsche Großunternehmen eine paritätische Mitbestimmung und damit auch die Pflicht zu einer Frauenquote.

Nur noch vier von 40 DAX-Betrieben

Zurückgreifen können die Unternehmen dabei auf die Rechtsform der Societas Europaea. Die Europäische Aktiengesellschaft, auch bekannt unter der Abkürzung SE, wurde nach der Jahrtausendwende in Brüssel per EU-Verordnung ins Leben gerufen. Laut der nun vorgelegten Untersuchung existieren bereits 424 deutsche SE-Unternehmen.

Sebastian Sick vom IMU sieht hinter dem Trend deutscher Großunternehmen zur SE in den meisten Fällen die Haupt-

absicht, die Arbeitnehmermitbestimmung in Aufsichtsräten zu umgehen. Aber: „Sie schließen damit zugleich die Anwendung der Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen aus“, so Sick.

Für deutsche Unternehmen gilt seit Jahrzehnten die Pflicht, dass ab einer Zahl von 501 inländischen Mitarbeitern im Aufsichtsrat des Unternehmens auch Arbeitnehmervertreter vertreten sein müssen. Bei den Aktiengesellschaften nach EU-Recht ist die Mitbestimmung dagegen eine Verhandlungssache, über die sich Geschäftsführung und Arbeitnehmer verständigen müssen. Als Resultat gibt es immer mehr Großunternehmen ohne eine paritätische Beteiligung im Aufsichts-

rat. Laut IMU haben nur noch vier der 40 DAX-Unternehmen einen paritätisch besetzten Aufsichtsrat. Dabei handelt es sich um Allianz, BASF, E.on und SAP.

Beachten müssen deutsche Politiker in ihrem Eifer nach immer neuen Gesetzen und Regelungen noch einen anderen Faktor. Nach dem Willen der EU war die Unternehmensform der Societas Europaea von Anfang an auf Mobilität im Binnenmarkt ausgelegt. Dementsprechend lässt sich eine Europäische Aktiengesellschaft relativ schnell in ein anderes EU-Land verlegen – etwa, weil dem Konzern die nationale Gesetzgebung in seinem bisherigen Heimatland nicht mehr passt.

Norman Hanert



KÖNIGSBERGER EISENBAHN

Stau auf der Schiene sorgt für Verdruss

Beladene Waggonen stehen bei Avtotor – wichtige Verbrauchsgüter aus Litauen fehlen

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Im Königsberger Gebiet gestaltet sich die Lage im Schienengüterverkehr derzeit schwierig. Der große Rangierbahnhof kann die Frachtsströme nicht mehr bewältigen und ist überlastet. Die regionale Niederlassung des Verbands der Industriellen und Unternehmer sowie die Industrie- und Handelskammer von Königsberg bestätigen die problematische Situation.

Laut Angaben der Königsberger Eisenbahn stauen sich Waggonen mit Containern im nördlichen Ostpreußen, weil Litauen aufgrund von Reparaturarbeiten an mehreren Abschnitten der litauischen Eisenbahn seit Monaten keine leeren Waggonen aus dem Königsberger Gebiet passieren ließ. Infolgedessen ist die Exklave mit stehenden Eisenbahnwaggonen überfüllt. Eine der Ursachen der Streckenüberlastung ist die Tatsache, dass die Königsberger Eisenbahn dem chinesischen Transitverkehr entlang der sogenannten Neuen Seidenstraße dient. Der Warentransit durchs nördliche Ostpreußen hat in letzter Zeit deutlich zugenommen.

Einfluss der Neuen Seidenstraße

Mitte September meldete die Unternehmensgruppe Avtotor, das größte Industrieunternehmen der Region, als erstes Probleme. Wegen des schleppenden Bahntransports standen die Züge mit den bei Avtotor montierten Pkw tagelang auf den Gleisen. Würde das Werk die Produktion einstellen, hätte das zur Folge, dass der Königsberger Hafen mit beladenen Containern voller Autoteilen überfüllt wäre und keine neuen Schiffe mehr den Hafen anlaufen könnten.



Stillstand: Waggonen so weit das Auge reicht in Königsberg

Foto: J.T.

Auch in umgekehrter Richtung gab es Probleme bei der Lieferung von Produkten ins Königsberger Gebiet, die nicht in der Region hergestellt werden können. Insbesondere die Bauunternehmen der Region beklagten einen Mangel an Zement und warnten davor, dass sich die Situation auf das Bautempo und die Endkosten von Wohnungen auswirken könne. Es wurde auch von Treibstoffmangel berichtet. Erst nachdem all diese Beschwerden bekannt geworden waren, fand in Königsberg eine Sitzung der Regionalre-

gierung statt, an der regionale Behörden, Verkehrsunternehmen und Vertreter der Eisenbahn teilnahmen. Resultat: Die Situation sollte zunächst beobachtet werden.

Hat die Bahn sich übernommen?

Wirtschaftsvertreter der Region geben der Russischen Eisenbahn eine Mitschuld an der Krise. In den vergangenen Monaten sei der Transit von Containern aus China nach Europa über das Königsberger Gebiet forciert worden. Die Bahn sei auf einen solchen hohen Anstieg des

Containertransports nicht vorbereitet gewesen.

In diesem Jahr blickt die Exklave auf beeindruckende Ergebnisse im Containertransit zurück. In den ersten sieben Monaten hat sich das Volumen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum vervierfacht. Doch trotz dieser unbestrittenen Erfolge wies ein Wirtschaftsvertreter darauf hin, dass viele Probleme bei der Versorgung der russischen Exklave mit wichtigen Gütern nicht konsequent gelöst werden konnten.

● MELDUNGEN

Orgelspieler in Heiligelinde

Heiligelinde – In Heiligelinde fand am Pult der 300-jährigen Orgel zum zweiten Mal ein Wettbewerb statt. Es spielten 14 Berufsmusiker, oft Träger bekannter Preise. Auf dem Gebiet des südlichen Ostpreußens ist das der einzige Wettbewerb eines solchen Ranges. Zum Heiligelinder Musik-Wettbewerb kommen nur Musiker auf besondere Empfehlung. Es wird in zwei Kategorien gespielt, Bekanntes und Improvisationen. In diesem Jahr teilten sich zwei Teilnehmer den ersten Preis. Wiktoria Rynska, Absolventin der Fryderyk-Chopin-Musik-Universität, und Jakub Woszczalski, Absolvent der Krakauer Musik-Akademie. Die Preisträger wurden zu einem Auftritt während der Heiligelinder Sommer-Konzerte eingeladen. PAZ

Sorge um das Krankenhaus

Goldap – Umgerechnet 214.000 Euro Verlust verbucht die Gesellschaft „Goldmedia“, die das Kreiskrankenhaus in Goldap trägt. Wegen der schlechten finanziellen Lage bat der Goldaper Landrat den Bürgermeister und die Stadtverordneten um Hilfe. Einen Großteil des Verlusts fuhr die Kinderabteilung aufgrund zu geringer Patientenzahl ein. Das Landratsamt wollte die Pädiatrie deshalb schließen, was der Protest der Einwohner verhinderte. Eine vor Wochen stattfindende Begegnung der Politiker beider Kommunen brachte nichts Neues. Der Landrat bat in seinem Schreiben um Antwort bis zum Jahresende. PAZ

UMBETTUNG IM KREIS LYCK

Letzte Ruhestätte in Zielhausen

Friedhof von Dorntal wurde bei Straßenbauarbeiten zerstört

Durch das Dorf Czernien, ab 1929 Dorntal [Czernie], führt die sogenannte Via Baltica, eine Fernstraße von Mitteleuropa ins Baltikum. Der Bau der Straße führte mitten durch das bereits 1493 gegründete Oratzen Dorf im Kreis Lyck. Der Bau erfolgte ohne vorhergehende, detaillierte archäologische Untersuchungen, sodass die Straßenführung quer durch den ehemaligen deutschen Friedhof des Ortes verläuft, der bis zur Vertreibung der Deutschen 1945 genutzt wurde. Sämtliche Orte des Kreises Lyck, nahezu 160, hatten eigene Friedhöfe. Während der Straßenbauarbeiten wurde wenig Rücksicht genommen und immer mit großem Gerät gearbeitet.

Dorntal hatte über die Jahrhunderte immer etwa 100 Einwohner, dementsprechend wurde der Friedhof schon öfter gebraucht. Der Vorschlag ehemaliger Bewohner, die Gebeine der Verstorbenen nach Kalkofen umzubetten, weil der Friedhof in Kalkofen im Register der historischen Denkmäler aufgeführt ist, wurde aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt. Unter anderem hieß es, dass die Umbettung nach Kalkofen wegen rechtlicher und finanzieller Komplikationen nicht möglich sei.

Die polnischen Behörden fanden letztendlich eine vortreffliche Lösung, indem sie

beschlossen, die menschlichen Überreste aus Dorntal nach Zielhausen, östlich am Stadtrand von Lyck, umzubetten. In einer würdevollen Feier fand die Umbettung Anfang Oktober statt.

Vertreter der Behörden wohnten der Umbettung bei. Pastor Pysz von der evangelischen Kirche in Johannisburg zelebrierte die feierliche Einwohnung der Gedenkstät-

te. Auf einer dort angebrachten Tafel steht: „Hier ruhen die Reste von den verstorbenen Personen, die aufgefunden wurden bei den archäologischen Arbeiten auf dem ehemaligen evangelischen Friedhof in Czernie, deutsch Dorntal“. Die Feier wurde professionell durchgeführt, die Überreste sind in etwa 150 Grabschachteln eingebettet.

Reinhard Donder



Gedenkstätte in Zielhausen: Hier wurden die Überreste aus Dorntal bestattet

BURG BALGA

Teil-Wiederaufbau in Sicht

Erste Veränderungen schon im kommenden Jahr

Der Architekt Arthur Sarnitz und sein Geschäftspartner Walerij Scherbatych haben in Balga Großes vor. Auf dem Gelände der verfallenen Deutschordensburg soll ein historischer Park entstehen und die Burg teilweise wiederaufgebaut werden.

Was sich noch wie eine ehrgeizige Utopie anhört, könnte doch bald Wirklichkeit werden. Erste Veränderungen sollen nämlich bereits im kommenden Jahr sichtbar sein.

Im Oktober wurde bekannt, dass die Ruinen der an der Ostsee in der Nähe von Heiligenbeil gelegenen Burg Balga und von Fort Nr. 1 Stein in Königsberg an den gemeinnützigen Verein „Festungserbe im Kaliningrader Gebiet“ für die Dauer von 49 Jahren verpachtet wurden. Auf dem Gelände des Fort Stein hat der Verein bereits erste Aufräum- und Sicherheitsarbeiten vorgenommen. Eine Öffnung für Besichtigungen ist für das Frühjahr 2022 vorgesehen.

In Balga muss laut Sarnitz zunächst einmal das Gelände um die Ruine in Ordnung gebracht und die Ruinen vor dem weiteren Verfall gesichert werden. Dann soll eine wissenschaftliche Untersuchung samt Dokumentation erfolgen, die in erster Linie Erhaltungs- und Sicherheitsmaßnahmen gilt. Zurzeit wachsen Bäume

in den Mauerresten und drohen diese weiter zu zerstören. Später soll ein gepflegter Rasen und alles ringsum so angelegt werden, dass Besucher die Burgreste ohne Gefahr besichtigen können.

An einen kompletten Wiederaufbau der im Jahr 1235 vom Deutschen Orden eingenommenen und im Laufe der Jahre befestigten Burg sei auf keinen Fall zu denken, glaubt Scherbatych. Für den Teil-Wiederaufbau sollen alle Experten, die sich daran beteiligen möchten, gehört werden.

Bereits Mitte des 16. Jahrhunderts begann der Verfall der Burg, zumal ab 1700 Steine aus Balga zum Festungsbau in Pillau dienten. 1836 erhielt die Turmuine ein neues Dach. In den Jahren 1931 bis 1945 war in den Stockwerken des Turms ein Heimatmuseum untergebracht. Während des Zweiten Weltkriegs stand die Burg unter heftigem Artilleriebeschuss, sodass der Turm wieder verfiel. Als in den Ruinen nach dem Bernsteinzimmer gesucht wurde, führte dies zur endgültigen Zerstörung.

In Balga sind heute noch Reste des Turms, der Vorburg und der Kirche erhalten, die allerdings stark überwuchert sind, sodass sich Sarnitz und Scherbatych eine Mammutaufgabe gestellt haben.

Manuela Rosenthal-Kappi

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Breuer, Emma, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Dittrich, Charlotte, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Olschewski, Günter, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Walpuski, Heinrich, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Loetz, Heinz, aus Mortung, Kreis Mohrungen, am 6. Dezember
Olk, Edith, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember
Wolff, Christel, geb. **Olk**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Blumenstein, Margarete, geb. **Polixa**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 6. Dezember
Kiesling, Erna, geb. **Barkus**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember
Petrick, Gertrud, geb. **Witt**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 5. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Klein, Gertrud, geb. **Winkler**, aus Trenk, Kreis Fischhausen, am 5. Dezember
Lütke, Meta, geb. **Schulz**, aus Ankern, Kreis Mohrungen, am 5. Dezember
Schwill, Horst, aus Königsberg, am 6. Dezember
Spangehl, Erhardt, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Klemz, Gerda, geb. **Findeisen**, aus Treuburg und aus Fischhausen, am 3. Dezember
Maschlinski, Erich, aus Bobern, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Panneck, Willy, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Preussner, Dr. Kurt, aus Mohrungen, am 7. Dezember
Schliwinski, Heinrich, aus Mulden, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Umlauff, Ilse, aus Mulden, Kreis Lyck, am 7. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Becker, Roland, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember
Hartmann, Hildegard, geb. **Stacklies**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember
Jorkowski, Herbert, aus Moddekau, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Kamann, Alfred, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Kawloth, Eleonore, geb. **Diesing**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Moehrke, Karl-Heinz, aus Lyck, am 5. Dezember
Peper, Kurt, aus Sarkau, Kreis Fischhausen, am 6. Dezember
Roggon, Erika, geb. **Ruchatz**, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember
Seiler, Margarete, geb. **Bolz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember
Staschik, Hilde, geb. **Kalinowski**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Teske, Hildegard, geb. **Suchert**, aus Rudau, Kreis Fischhausen, am 7. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Liebner, Hannelore, geb. **Rogalla**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Schulze, Dieter, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 6. Dezember
Zehdow, Christel, geb. **Samorski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember
Zintarra, Helmut, aus Ortelsburg, am 4. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bär, Edith, geb. **Beyer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember
Eisner, Karl-Heinz, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 8. Dezember
Gustke, Christel, geb. **Dikomey**, aus Treuburg, am 3. Dezember
Krutzinna, Werner, aus Lyck, Karl-Freyburger-Straße 6, am 3. Dezember
Rosenfeld, Ingeborg, aus Lötzen, am 6. Dezember
Schirmer, Hildegard, geb. **Czarnetzki**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Stetza, Karl, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brennig, Hildegard, geb. **Trott**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Dyck, Albrecht, aus Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Dezember

Gerkens, Hildegard, geb. **Petrusch**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 6. Dezember
Gerull, Christel, aus Adlig Linkunnen, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember
Gerull, Gerda, aus Adlig Linkunnen, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember
Haase, Maria, geb. **Kurzbach**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 5. Dezember
Hofmann, Erika Christa, geb. **Leibenath**, aus Ribben, Kreis Ebenrode, am 3. Dezember
Nikulla, Erich, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember
Rieck, Ursula, geb. **Pliquet**, aus Ebenrode, am 4. Dezember
Roders, Johanna, geb. **Kurzbach**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 5. Dezember
Schreiber, Erika, geb. **Prenge**, aus Allenstein, am 5. Dezember
Schwietzer, Ursula, geb. **Plessa**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Benecke, Elisabeth, geb. **Schrade**, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 4. Dezember
Gubernatis, Marianne, geb. **Karau**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Gutt, Erwin, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Dezember
Jakobeit, Siegfried, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember
Klein, Werner, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 3. Dezember
Kohse, Helmut, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember
Lasarzewski, Helmut, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Leng, Manfred, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau, am 8. Dezember
Malliaris, Margot, geb. **Koprek**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember
Möhrstedt, Helene, geb. **Biallas**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 7. Dezember
Nötzel, Ruth, geb. **Kerlies**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 7. Dezember



Ihnen allen einen schönen zweiten Advent Foto: Myriams-Fotos/pixabay

Rogowski, Anneliese, geb. **Dölle**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Salk, Eitel, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Schoenherr, Hans-Georg, aus Lötzen, am 8. Dezember
Sembritzki, Ulrich, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Supplie, Charlotte, geb. **Buschkowski**, aus Preußisch Mark, Kreis Mohrungen, am 8. Dezember
Volkmer, Irma, geb. **Förster**, aus Herzogswalde, Kreis Mohrungen, am 4. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brock, Horst, aus Schallensee, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Dorka, Hedwig, geb. **Olbrisch**, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Ebert, Horst, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 5. Dezember
Heckes, Else, geb. **Möglich**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Heske, Gerhard, aus Windkeim/Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 3. Dezember
Kaulbach, Dora, geb. **Bartel**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember
Klopf, Erna, geb. **Behrendt**, aus Banners, Kreis Mohrungen, am 1. Dezember
Krannich, Waltraut, geb. **Rimkus**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember
Milewski, Else, geb. **Skorzinski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Niklaus, Edeltraut, geb. **Schreiber**, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember
Polley, Ella, geb. **Stahlhut**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Royla, Werner, aus Kielen, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Wassermann, Ingrid, geb. **Mucha**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Westphal, Hans-Joachim, aus Adela, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember
Westphal, Wolfgang, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 4. Dezember
Wydra, Gertrud, geb. **Chlebowitz**, aus Trossen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember

ANZEIGE

seit 1912

Gehlhaar

Original Königsberger Marzipan

Pralinen, Butter- & Marzipanstollen, Baumkuchen, Edelkuvertüren & Gebäck.
Reine Handarbeit. Versand in alle Welt. Garantiert ohne Konservierungsstoffe!

Werner Gehlhaar GmbH, Klarenthaler Straße 3
65197 Wiesbaden; früher Königsberg/Preußen
Telefon 06 11 / 44 28 32 · Fax 06 11 / 44 14 13 · www.gehlhaar-marzipan.de

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bode, Edeltraut-Johanna, geb. **Wicktor**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Bondzio, Rudolf, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Brasgalla, Walter, aus Niostoy, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember
Brozio, Annemarie, geb. **Jungkeit**, aus Karmitten, Kreis Fischhausen, am 5. Dezember
Christochowitz, Ruth, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Dukowski, Manfred, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember
Ehlert, Klaus, aus Paulken, Kreis Mohrungen, am 6. Dezember
Hammler, Max, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember
Jeworutzki, Inge Auguste, geb. **Krzykowski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember
Kirkow, Gertrud, geb. **Sdunkowski**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Krafzik, Christel, geb. **Kutrieb**, aus Ortelsburg, am 6. Dezember
Leder, Norbert, Landsmannschaft Kassel, am 4. Dezember
Lubojanski, Ursula, geb. **Bussulat**, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 7. Dezember
Moysig, Edith, geb. **Biernat**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Niedzwetzki, Gerhard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Pusch, Egon, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 8. Dezember
Reich, Ingrid, geb. **Küchel**, aus Perkallen, Kreis Gumbinnen, am 1. November
Rihm, Christel, geb. **Wolff**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 9. Dezember
Rogalla, Prof. Dr. Winfried, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember
Sander, Gert, aus Ebenrode, am 6. Dezember
Serowy, Elly, geb. **Kobus**, aus Gelten, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember

Siems, Renate, geb. **Suck**, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 8. Dezember
Speicher, Christa, geb. **Scherotzki**, aus Lyck, am 4. Dezember
Wende, Christel, geb. **Kubillus**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember
Taruttis, Werner, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Wegener, Christel, geb. **Philipsen**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 2. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Barabaß, Lothar, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember
Brüssow, Brigitte, geb. **Bachr**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 3. Dezember
Eckloff, Hans-Albert, aus Kerpen, Kreis Mohrungen, am 4. Dezember
Frenzel, Siegfried, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember
Frisch, Wilhelm, aus Buchenhagen, Kreis Sensburg, am 3. Dezember
Papendorf, Ursel, geb. **Gacioch**, aus Auerswalde, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Pettkus, Klaus, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember
Powierski, Hannelore, geb. **Kunz**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Röbke, Ingrid, geb. **Türling**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember
Rogowski, Gerd, aus Königsberg, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Schulz, Erna, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 9. Dezember
Schwaja, Edwin, aus Lötzen, am 6. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gentzik, Monika, geb. **Polic**, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember
Osygus, Manfred, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080, E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 50/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 50/2021 (Erstverkaufstag 17. Dezember) **bis spätestens Dienstag, den 7. Dezember**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen.
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



ADVENT

Lasst uns froh und munter sein

Zum Nikolaustag werden Kinder beschenkt

Der Nikolaustag lässt schon in der Vorweihnachtszeit die Kinderaugen leuchten. Kekse und Lebkuchen werden gebacken, vielleicht auch Thörner Katherinchen und Königsberger Marzipan. Lieder wie „Lasst uns froh und munter sein“ rufen den Menschen ins Gedächtnis, dass nun die Zeit der Freude anbricht. Die Geburt des Heilands rückt immer näher, und der Advent sowie der Nikolaustag rufen uns auf, „uns recht von Herzen“ zu freuen.

Stiefel oder Pantoffeln werden geputzt und auf die Fensterbank oder vor die Tür gestellt. Manch-

mal sind es auch Teller, die der Heilige St. Nikolaus den Kindern auffüllt. „Er bringt euch Äpfel, Feigen, Nüss‘ und gutes Backwerk, zuckersüß. Doch für das böse, schlimme Kind legt er die Rute hin geschwind.“ Die Internetseite www.nikolaus-von-myra.de gibt vielfältige Informationen rund um den Nikolaustag.

„Auslöser dieses Kultes und Brauchtums ist die Figur jenes heiligen Nikolaus, der seit dem 6. Jahrhundert in Legenden auftaucht.“ Heute ist bekannt, dass der legendäre Nikolaus „eine Kompilation aus zwei historischen Per-

sonen: dem Bischof Nikolaus von Myra im kleinasiatischen Lykien, der wahrscheinlich im 4. Jahrhundert gelebt hat, und dem gleichnamigen Abt von Sion, der Bischof von Pinora war, und am 10. Dezember 564 in Lykien starb.“

Den Kindern damals wie heute ist die Legende präsent und so sagen sie noch heute Gedichte auf wie dieses von Christian Fürchtegott Gellert:

Ach, du lieber Nikolaus,
komm ganz schnell in unser Haus!
Hab so viel an dich gedacht,
hast mir auch was mitgebracht?

CRS



„Ach, du lieber Nikolaus, komm ganz schnell in unser Haus! Hab so viel an dich gedacht, hast Du mir was mitgebracht?“: Vielleicht sagt das Marjellchen Karin dem Nikolaus am Telefon Gellerts Gedicht auf

Fortsetzung von Seite 15

schichten vorgetragen. Falls noch nicht geschehen, bitten wir um Anmeldung.

Adventsfeier

Oldenburg – Mittwoch, 8. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel: Adventsfeier. Lieder, Gedichte und Geschichten rund um Advent und Weihnachten sollen im Mittelpunkt stehen. Die genaue Gestaltung, eventuell mit Verkaufsbasar, können wir nur kurzfristig planen. Eine telefonische Anmeldung ist unter (0441) 2047676 erforderlich.

**Nordrhein-Westfalen**

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Advent-Nachmittag

Bielefeld – Montag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Gasthaus Bültmannshof Das Wirtshaus 1802, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Advent-Nachmittag der Gruppe der Ost- und Westpreußen bei Kaffee und Kuchen, gestaltet mit heimatischen Weihnachtsbräuchen, Gedichten und sonstigen Überraschungen. Zu erreichen mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“,

Landesgruppen

Haltestelle „Bültmannshof“. Es gilt die 2-G Corona-Auflage.

Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder, Bekannte und Freunde Ostpreußens. Bitte Voranmeldung bei Barbara Dörr, Telefon (0521) 82026, oder bei Gertrud Riede, Telefon (05202) 5584. Der Vorstand freut sich auf Ihr Kommen.

Advents- und Weihnachtsfeier Essen – Freitag, 10. Dezember, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Ost- und Westpreußen zur Advents- und Weihnachtsfeier.

**Schleswig-Holstein**

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Adventsfeier fällt aus

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 14. Dezember: Coronabedingt müssen wir leider die Adventsfeier der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig absagen.

Wir wünschen unseren Mitgliedern ein gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein gesundes neues Jahr und hoffen, dass wir uns recht bald wieder treffen können!

Brigitte Christensen

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Dienstag, 7. Dezember, 15 Uhr, TSB-Heim, Eckener Straße: Adventsfeier mit Kaffeeta-

fel und textlichen Beiträgen. Es gelten die für Flensburg gültigen 2G-/3G-Regeln.

BDV

Rentenfrage bleibt offen

Bonn – Der vorgelegte Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP bietet gute Ansätze, lässt aber entscheidende Fragen offen.

Es ist gut, dass sich die Ampel-Koalition ausdrücklich hinter das „kulturelle Erbe der Vertriebenen, Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“ stellt. Wir legen jedoch Wert auf die Feststellung, dass auch Heimatvertriebene, Aus- und Spätaussiedler Teil unserer vielfältigen Gesellschaft sind.

Ebenso wichtig ist es, dass die Koalition den sozialpolitischen Impuls der letzten Bundesregierung, einen Härtefallfonds auch für rentenrechtlich benachteiligte Spätaussiedler einzuführen, aufgreift und umsetzen will. Ausgeschlossen sollen laut Koalitionsvertrag weiterhin alle deutschen Aussiedler bleiben – also die von Rentenbenachteiligungen Betroffenen, die vor 1993 in Deutschland Aufnahme gefunden haben.

Dies ist ein wichtiger Kritikpunkt, der bereits in der letzten Wahlperiode mit Nachdruck angemeldet wurde. Diese Gerechtigkeitslücke muss dringend geschlossen und sämtliche Aussiedler und Spätaussiedler dabei einbezogen werden.

BdV

Rätsel

Fluss zur Rhone	▼	jagen; schleichen	▼	maschinelle Wirkware	▼	gleichlaufende Gerade	▼	Rohrverbindungsstück	▼	Rassehund	▼	rätselhafte Weisung	▼	Treib-, Gärungsmittel	▼	Stadt in Bayern, am Bodensee	▼	egyptische Göttin	▼	eine Zahl	▼	Notwendigkeit, Erfordernis	▼	Singvogel, Dompfaff
wenig verbrauchend	▶		▼						▶	Tischlerwerkzeug	▶					behördl. Prüfung von Messgeräten	▶							
▶						veraltet: Lärm, Unruhe	▶							sportlicher Endspurt	▶					Eingang			Opfer-tisch	
Kinderbuchgestalt				Auto	▶												züchtig; wohl-erzogen			▼				
▶						kleines Lasttier	▶			orientalisches Färbemittel				kürzlich errichtetes Haus	▶	Binde-wort				Kraft-sport-gerät		verbleibend, restlich		
kalte ital. Würzpaste		durch, mit (lateinisch)		Fremd-wort-teil: fern	▶			salopp: Minuspunkte	▶							Bruder Jakobs im A. T.		am jetzigen Tage						
leere Redensart	▶							Verbindung von Atomen	▶									Bodenfläche, Gelände	▶					
▶								früher				Gefäß; Container		Wildhüter	▶	bayerisch: Almhirt	▶			Lobrede			ausreichen	
Meeresstachelhäuter				Schauspiel-, Ballettschüler	▶					chem. Zeichen für Aluminium		Verein, Zweckverband	▶									Schwermetall	▼	

1. japanische Hafenstadt

2. Verletzung mit Bluterguss

3. Kornobstgewächs

4. ungebunden

5. Muskel (Flexor)

6. unerwünscht; nicht statthaft

7. anfeuchten

8. Nutzfisch, Kaviarlieferant

9. japanische Hafenstadt

10. Bücherfreundin; Abonnentin

11. Zucker-rüben-saft

12. sizilianischer Vulkan

13. munter, lebhaft

14. deutscher Dichter

15. Beleg

16. ital. Autor (Umberto)

17. Verfas-sungs-urkunde

18. anfeuchten

19. Nutzfisch, Kaviarlieferant

20. Bucherfreundin; Abonnentin

21. Zucker-rüben-saft

22. sizilianischer Vulkan

23. munter, lebhaft

24. Segel-befehl

25. früherer Lanzen-reiter

26. deutscher Dichter

27. Beleg

28. ital. Autor (Umberto)

29. Verfas-sungs-urkunde

30. anfeuchten

31. Nutzfisch, Kaviarlieferant

32. Bucherfreundin; Abonnentin

33. Zucker-rüben-saft

34. sizilianischer Vulkan

35. munter, lebhaft

36. Segel-befehl

37. früherer Lanzen-reiter

38. deutscher Dichter

39. Beleg

40. ital. Autor (Umberto)

41. Verfas-sungs-urkunde

42. anfeuchten

43. Nutzfisch, Kaviarlieferant

44. Bucherfreundin; Abonnentin

45. Zucker-rüben-saft

46. sizilianischer Vulkan

47. munter, lebhaft

48. Segel-befehl

49. früherer Lanzen-reiter

50. deutscher Dichter

51. Beleg

52. ital. Autor (Umberto)

53. Verfas-sungs-urkunde

54. anfeuchten

55. Nutzfisch, Kaviarlieferant

56. Bucherfreundin; Abonnentin

57. Zucker-rüben-saft

58. sizilianischer Vulkan

59. munter, lebhaft

60. Segel-befehl

61. früherer Lanzen-reiter

62. deutscher Dichter

63. Beleg

64. ital. Autor (Umberto)

65. Verfas-sungs-urkunde

66. anfeuchten

67. Nutzfisch, Kaviarlieferant

68. Bucherfreundin; Abonnentin

69. Zucker-rüben-saft

70. sizilianischer Vulkan

71. munter, lebhaft

72. Segel-befehl

73. früherer Lanzen-reiter

74. deutscher Dichter

75. Beleg

76. ital. Autor (Umberto)

77. Verfas-sungs-urkunde

78. anfeuchten

79. Nutzfisch, Kaviarlieferant

80. Bucherfreundin; Abonnentin

81. Zucker-rüben-saft

82. sizilianischer Vulkan

83. munter, lebhaft

84. Segel-befehl

85. früherer Lanzen-reiter

86. deutscher Dichter

87. Beleg

88. ital. Autor (Umberto)

89. Verfas-sungs-urkunde

90. anfeuchten

91. Nutzfisch, Kaviarlieferant

92. Bucherfreundin; Abonnentin

93. Zucker-rüben-saft

94. sizilianischer Vulkan

95. munter, lebhaft

96. Segel-befehl

97. früherer Lanzen-reiter

98. deutscher Dichter

99. Beleg

100. ital. Autor (Umberto)

101. Verfas-sungs-urkunde

102. anfeuchten

103. Nutzfisch, Kaviarlieferant

104. Bucherfreundin; Abonnentin

105. Zucker-rüben-saft

106. sizilianischer Vulkan

107. munter, lebhaft

108. Segel-befehl

109. früherer Lanzen-reiter

110. deutscher Dichter

111. Beleg

112. ital. Autor (Umberto)

113. Verfas-sungs-urkunde

114. anfeuchten

115. Nutzfisch, Kaviarlieferant

116. Bucherfreundin; Abonnentin

117. Zucker-rüben-saft

118. sizilianischer Vulkan

119. munter, lebhaft

120. Segel-befehl

121. früherer Lanzen-reiter

122. deutscher Dichter

123. Beleg

124. ital. Autor (Umberto)

125. Verfas-sungs-urkunde

126. anfeuchten

127. Nutzfisch, Kaviarlieferant

128. Bucherfreundin; Abonnentin

129. Zucker-rüben-saft

130. sizilianischer Vulkan

131. munter, lebhaft

132. Segel-befehl

133. früherer Lanzen-reiter

134. deutscher Dichter

135. Beleg

136. ital. Autor (Umberto)

137. Verfas-sungs-urkunde

138. anfeuchten

139. Nutzfisch, Kaviarlieferant

140. Bucherfreundin; Abonnentin

141. Zucker-rüben-saft

142. sizilianischer Vulkan

143. munter, lebhaft

144. Segel-befehl

145. früherer Lanzen-reiter

146. deutscher Dichter

147. Beleg

148. ital. Autor (Umberto)

149. Verfas-sungs-urkunde

150. anfeuchten

151. Nutzfisch, Kaviarlieferant

152. Bucherfreundin; Abonnentin

153. Zucker-rüben-saft

154. sizilianischer Vulkan

155. munter, lebhaft

156. Segel-befehl

157. früherer Lanzen-reiter

158. deutscher Dichter

159. Beleg

160. ital. Autor (Umberto)

161. Verfas-sungs-urkunde

162. anfeuchten

163. Nutzfisch, Kaviarlieferant

164. Bucherfreundin; Abonnentin

165. Zucker-rüben-saft

166. sizilianischer Vulkan

167. munter, lebhaft

168. Segel-befehl

169. früherer Lanzen-reiter

170. deutscher Dichter

171. Beleg

172. ital. Autor (Umberto)

173. Verfas-sungs-urkunde

174. anfeuchten

175. Nutzfisch, Kaviarlieferant

176. Bucherfreundin; Abonnentin

177. Zucker-rüben-saft

178. sizilianischer Vulkan

179. munter, lebhaft

180. Segel-befehl

181. früherer Lanzen-reiter

182. deutscher Dichter

183. Beleg

184. ital. Autor (Umberto)

185. Verfas-sungs-urkunde

186. anfeuchten

187. Nutzfisch, Kaviarlieferant

188. Bucherfreundin; Abonnentin

189. Zucker-rüben-saft

190. sizilianischer Vulkan

191. munter, lebhaft

192. Segel-befehl

193. früherer Lanzen-reiter

194. deutscher Dichter

195. Beleg

196. ital. Autor (Umberto)

197. Verfas-sungs-urkunde

198. anfeuchten

199. Nutzfisch, Kaviarlieferant

200. Bucherfreundin; Abonnentin

201. Zucker-rüben-saft

202. sizilianischer Vulkan

203. munter, lebhaft

204. Segel-befehl

205. früherer Lanzen-reiter

206. deutscher Dichter

207. Beleg

208. ital. Autor (Umberto)

209. Verfas-sungs-urkunde

210. anfeuchten

211. Nutzfisch, Kaviarlieferant

212. Bucherfreundin; Abonnentin

213. Zucker-rüben-saft

214. sizilianischer Vulkan

215. munter, lebhaft

216. Segel-befehl

217. früherer Lanzen-reiter

218. deutscher Dichter

219. Beleg

220. ital. Autor (Umberto)

221. Verfas-sungs-urkunde

222. anfeuchten

223. Nutzfisch, Kaviarlieferant

224. Bucherfreundin; Abonnentin

225. Zucker-rüben-saft

226. sizilianischer Vulkan

227. munter, lebhaft

228. Segel-befehl

229. früherer Lanzen-reiter

230. deutscher Dichter

231. Beleg

232. ital. Autor (Umberto)

233. Verfas-sungs-urkunde

234. anfeuchten

235. Nutzfisch, Kaviarlieferant

236. Bucherfreundin; Abonnentin

237. Zucker-rüben-saft

238. sizilianischer Vulkan

239. munter, lebhaft

240. Segel-befehl

241. früherer Lanzen-reiter

242. deutscher Dichter

243. Beleg

244. ital. Autor (Umberto)

245. Verfas-sungs-urkunde

246. anfeuchten

247. Nutzfisch, Kaviarlieferant

248. Bucherfreundin; Abonnentin

249. Zucker-rüben-saft

250. sizilianischer Vulkan

251. munter, lebhaft

252. Segel-befehl

253. früherer Lanzen-reiter

254. deutscher Dichter

255. Beleg

256. ital. Autor (Umberto)

257. Verfas-sungs-urkunde

258. anfeuchten

259. Nutzfisch, Kaviarlieferant

260. Bucherfreundin; Abonnentin

261. Zucker-rüben-saft

262. sizilianischer Vulkan

263. munter, lebhaft

264. Segel-befehl

265. früherer Lanzen-reiter

266. deutscher Dichter

267. Beleg

268. ital. Autor (Umberto)

269. Verfas-sungs-urkunde

270. anfeuchten

271. Nutzfisch, Kaviarlieferant

272. Bucherfreundin; Abonnentin

273. Zucker-rüben-saft

274. sizilianischer Vulkan

275. munter, lebhaft

276. Segel-befehl

277. früherer Lanzen-reiter

278. deutscher Dichter

279. Beleg

280. ital. Autor (Umberto)

281. Verfas-sungs-urkunde

282. anfeuchten

283. Nutzfisch, Kaviarlieferant

284. Bucherfreundin; Abonnentin

285. Zucker-rüben-saft

286. sizilianischer Vulkan

287. munter, lebhaft

288. Segel-befehl

289. früherer Lanzen-reiter

290. deutscher Dichter

291. Beleg

292. ital. Autor (Umberto)

293. Verfas-sungs-urkunde

294. anfeuchten

295. Nutzfisch, Kaviarlieferant

296. Bucherfreundin; Abonnentin

297. Zucker-rüben-saft

298. sizilianischer Vulkan

299. munter, lebhaft

300. Segel-befehl

301. früherer Lanzen-reiter

302. deutscher Dichter

303. Beleg

304. ital. Autor (Umberto)

305. Verfas-sungs-urkunde

306. anfeuchten

307. Nutzfisch, Kaviarlieferant

308. Bucherfreundin; Abonnentin

309. Zucker-rüben-saft

310. sizilianischer Vulkan

311. munter, lebhaft

312. Segel-befehl

313. früherer Lanzen-reiter

314. deutscher Dichter

315. Beleg

316. ital. Autor (Umberto)

317. Verfas-sungs-urkunde

318. anfeuchten

319. Nutzfisch, Kaviarlieferant

320. Bucherfreundin; Abonnentin

321. Zucker-rüben-saft

322. sizilianischer Vulkan

323. munter, lebhaft

324. Segel-befehl

325. früherer Lanzen-reiter

326. deutscher Dichter

327. Beleg

328. ital. Autor (Umberto)

329. Verfas-sungs-urkunde

330. anfeuchten

331. Nutzfisch, Kaviarlieferant

332. Bucherfreundin; Abonnentin

333. Zucker-rüben-saft

334. sizilianischer Vulkan

335. munter, lebhaft

336. Segel-befehl

337. früherer Lanzen-reiter

338. deutscher Dichter

339. Beleg

340. ital. Autor (Umberto)

341. Verfas-sungs-urkunde

342. anfeuchten

343. Nutzfisch, Kaviarlieferant

344. Bucherfreundin; Abonnentin

345. Zucker-rüben-saft

346. sizilianischer Vulkan

347. munter, lebhaft

348. Segel-befehl

349. früherer Lanzen-reiter

350. deutscher Dichter

351. Beleg

352. ital. Autor (Umberto)

353. Verfas-sungs-urkunde

354. anfeuchten

355. Nutzfisch, Kaviarlieferant

356. Bucherfreundin; Abonnentin

357. Zucker-rüben-saft

358. sizilianischer Vulkan

359. munter, lebhaft

360. Segel-befehl

361. früherer Lanzen-reiter

362. deutscher Dichter

363. Beleg

364. ital. Autor (Umberto)

365. Verfas-sungs-urkunde

366. anfeuchten

367. Nutzfisch, Kaviarlieferant

368. Bucherfreundin; Abonnentin

369. Zucker-rüben-saft

370. sizilianischer Vulkan

371. munter, lebhaft

372. Segel-befehl

373. früherer Lanzen-reiter

374. deutscher Dichter

375. Beleg

376. ital. Autor (Umberto)

377. Verfas-sungs-urkunde

378. anfeuchten

379. Nutzfisch, Kaviarlieferant

380. Bucherfreundin; Abonnentin

381. Zucker-rüben-saft

382. sizilianischer Vulkan

383. munter, lebhaft

384. Segel-befehl

385. früherer Lanzen-reiter

386. deutscher Dichter

387. Beleg

388. ital. Autor (Umberto)

389. Verfas-sungs-urkunde

390. anfeuchten

391. Nutzfisch, Kaviarlieferant

392. Bucherfreundin; Abonnentin

393. Zucker-rüben-saft

394. sizilianischer Vulkan

395. munter, lebhaft

396. Segel-befehl

397. früherer Lanzen-reiter

398. deutscher Dichter

399. Beleg

400. ital. Autor (Umberto)

401. Verfas-sungs-urkunde

402. anfeuchten

403. Nutzfisch, Kaviarlieferant

404. Bucherfreundin; Abonnentin

405. Zucker-rüben-saft

406. sizilianischer Vulkan

407. munter, lebhaft

408. Segel-befehl

409. früherer Lanzen-reiter

410. deutscher Dichter

411. Beleg

412. ital. Autor (Umberto)

413. Verfas-sungs-urkunde

414. anfeuchten

415. Nutzfisch, Kaviarlieferant

416. Bucherfreundin; Abonnentin

417. Zucker-rüben-saft

418. sizilianischer Vulkan

419. munter, lebhaft

420. Segel-befehl

421. früherer Lanzen-reiter

422. deutscher Dichter

423. Beleg

424. ital. Autor (Umberto)

425. Verfas-sungs-urkunde

426. anfeuchten

427. Nutzfisch, Kaviarlieferant

428. Bucherfreundin; Abonnentin

429. Zucker-rüben-saft

430. sizilianischer Vulkan

431. munter, lebhaft

432. Segel-befehl

433. früherer Lanzen-reiter

434. deutscher Dichter

435. Beleg

436. ital. Autor (Umberto)

437. Verfas-sungs-urkunde

438. anfeuchten

439. Nutzfisch, Kaviarlieferant

440. Bucherfreundin; Abonnentin

441. Zucker-rüben-saft

442. sizilianischer Vulkan

443. munter, lebhaft

444. Segel-befehl

445. früherer Lanzen-reiter

446. deutscher Dichter

447. Beleg

448. ital. Autor (Umberto)

449. Verfas-sungs-urkunde

450. anfeuchten

451. Nutzfisch, Kaviarlieferant

452. Bucherfreundin; Abonnentin

453. Zucker-rüben-saft

454. sizilianischer Vulkan

455. munter, lebhaft

456. Segel-befehl

457. früherer Lanzen-reiter

458. deutscher Dichter

459. Beleg

460. ital. Autor (Umberto)

461. Verfas-sungs-urkunde

462. anfeuchten

463. Nutzfisch, Kaviarlieferant

464. Bucherfreundin; Abonnentin

465. Zucker-rüben-saft

466. sizilianischer Vulkan

467. munter, lebhaft

468. Segel-befehl

469. früherer Lanzen-reiter

470. deutscher Dichter

471. Beleg

472. ital. Autor (Umberto)

473. Verfas-sungs-urkunde

474. anfeuchten

475. Nutzfisch, Kaviarlieferant

476. Bucherfreundin; Abonnentin

477. Zucker-rüben-saft

478. sizilianischer Vulkan

479. munter, lebhaft

480. Segel-befehl

481. früherer Lanzen-reiter

482. deutscher Dichter

483. Beleg

484. ital. Autor (Umberto)

485. Verfas-sungs-urkunde

486. anfeuchten

487. Nutzfisch, Kaviarlieferant

488. Bucherfreundin; Abonnentin

489. Zucker-rüben-saft

490. sizilianischer Vulkan

491. munter, lebhaft

492. Segel-befehl

493. früherer Lanzen-reiter

494. deutscher Dichter

495. Beleg

496. ital. Autor (Umberto)

497. Verfas-sungs-urkunde

498. anfeuchten

499. Nutzfisch, Kaviarlieferant

500. Bucherfreundin; Abonnentin

501. Zucker-rüben-saft

502. sizilianischer Vulkan

503. munter, lebhaft

504. Segel-befehl

505. früherer Lanzen-reiter

506. deutscher Dichter

507. Beleg

508. ital. Autor (Umberto)

509. Verfas-sungs-urkunde

510. anfeuchten

511. Nutzfisch, Kaviarlieferant

512. Bucherfreundin; Abonnentin

513. Zucker-rüben-saft

514. sizilianischer Vulkan

515. munter, lebhaft

516. Segel-befehl

517. früherer Lanzen-reiter

518. deutscher Dichter

519. Beleg

520. ital. Autor (Umberto)

521. Verfas-sungs-urkunde

522. anfeuchten

523. Nutzfisch, Kaviarlieferant

524. Bucherfreundin; Abonnentin

525. Zucker-rüben-saft

526. sizilianischer Vulkan

527. munter, lebhaft

528. Segel-befehl

529. früherer Lanzen-reiter

530. deutscher Dichter

531. Beleg

532. ital. Autor (Umberto)

533. Verfas-sungs-urkunde

534. anfeuchten

535. Nutzfisch, Kaviarlieferant

536. Bucherfreundin; Abonnentin

537. Zucker-rüben-saft

538. sizilianischer Vulkan

539. munter, lebhaft

540. Segel-befehl

541. früherer Lanzen-reiter

542. deutscher Dichter

543. Beleg

544. ital. Autor (Umberto)

545. Verfas-sungs-urkunde

546. anfeuchten

547. Nutzfisch, Kaviarlieferant

548. Bucherfreundin; Abonnentin

549. Zucker-rüben-saft

550. sizilianischer Vulkan

551. munter, lebhaft

552. Segel-befehl

553. früherer Lanzen-reiter

554. deutscher Dichter

555. Beleg

556. ital. Autor (Umberto)

557. Verfas-sungs-urkunde

558. anfeuchten

559. Nutzfisch, Kaviarlieferant

560. Bucherfreundin; Abonnentin

561. Zucker-rüben-saft

562. sizilianischer Vulkan

563. munter, lebhaft

564. Segel-befehl

565. früherer Lanzen-reiter

566. deutscher Dichter

567. Beleg

568. ital. Autor (Umberto)

569. Verfas-sungs-urkunde

570. anfeuchten

571. Nutzfisch, Kaviarlieferant

572. Bucherfreundin; Abonnentin

5

Heimatkreisgemeinschaften



Insterburg-Stadt / Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. **Gst.:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag–Freitag von 8 bis 12 Uhr

Ortsgruppe

Zwickau – Sonnabend, 11. Dezember, 12 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau OT Marienthal: Weihnachtsfeier mit Mittagessen, Ehrung von Mitgliedern, weihnachtlichen Liedern und Gesang. Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Volkstrauertag in Memel

14. November, ein nebelverhangener Tag in Memel. Es war nicht nur das Wetter, was diesem Tag besondere Bedeutung gab. Es war auch die prekäre Situation an Polens und Litauens Grenzen zu Weißrussland. Die Zeichen stehen auf Eskalation, so kam dem heutigen Gedenktag eine sehr besondere Bedeutung zu: Erinnern, Bewusstmachen, Deeskalieren, nie wieder Krieg. Die Assoziation VOKIETUVA lud ein zur Gedenkveranstaltung auf dem Soldatenfriedhof. Der Vorsitzende, Manfred Wagener, begrüßte die Gäste:

Die Abordnung der Litauischen Marine, Hauptmann Schaefer vom Verteidigungsattachestab der Deutschen Botschaft in Vilnius, Klaus Grudzinskas, Vorsitzender des „Vereins der Deutschen in Klaipėda“, Heiko Kressin, Vorsitzender des kürzlich neugegründeten „Deutschen Kulturverein Memel“ sowie weitere private Gäste, darunter auch Mr. Alan Lent, ehemaliger US Marine mit seinen beiden acht und zehn Jahre alten Töchtern.

Und gerade von diesen beiden Mädchen unserer jüngsten Gene-

ration kamen nach der Veranstaltung die entscheidenden Fragen: „Papa, was ist das, ein Krieg?“, „Was ist ein Weltkrieg?“, „Wieviele Weltkriege gab es denn?“ und „Warum sind denn so viele Menschen in den Kriegen gestorben?“ Fragen, die unsere ältere Generation den jungen Generationen beantworten muss, Generationen, die eher an Pokemon, Tuf Gaming, LOL interessiert sind, als am geschichtlichen Weltgeschehen, die erst dann sich von ihren Vorlieben abwenden, wenn sie betroffen werden von einer anderen Wirklichkeit, die kein Spiel mehr ist.

Dann übergab Wagener an Freigattenkapitän a.D. Dirk Bohlmann, dessen Rede den Kern dieser Veranstaltung traf: „Wir sind hier an einem besonderen Ort zusammen, ein Ort, der von zwei Völkern über Jahrhunderte geprägt wurde, ein Ort, der uns immer wieder aufs Neue vereint im Gedenken an diejenigen, die ihr Leben ließen durch Krieg, Verfolgung, Okkupation und Diktatur. Dieser Volkstrauertag, staatlicher Gedenktag, 1922 durch den Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge ins Leben gerufen, diene zunächst dem Gedenken der Toten des Ersten Weltkrieges.

Seit 1945 wird am Volkstrauertag auch der zivilen Opfer des Krieges gedacht. So treten neben die toten Soldaten auch die Frauen, Kinder und Männer, die in den besetzten Ländern und in Deutschland zu Opfern von Krieg und Gewalt wurden, dies im besonderen Maße hier im Baltikum, in Litauen.

Seit 76 Jahren herrscht nun Frieden in Europa, in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 Demokratie und mit dem Mauerfall im Jahr 1989 endete auch der Kalte Krieg, das geteilte Deutschland ist vereint, die Baltischen Länder als Konsequenz des Mauerfalls wurden demokratische souveräne Staaten.

Die Generation meiner Eltern, die diese dunkle Zeit miterleben musste, verlässt langsam nach und nach die Bühne des Lebens. Bald wird es keine Zeitzeugen mehr geben, die ihr Erleben dieser Zeit weitergeben können. Dann ist vielleicht diese Zeit nüchterner Teil der Geschichtsbücher.

Umso wichtiger ist es, sich immer wieder und aufs Neue mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, und das tun wir heute am diesjährigen Volkstrauertag.

Die Nachkriegsgenerationen sind nicht verantwortlich für das in dieser Zeit Geschehene. Aber die Nachkriegsgenerationen, nämlich wir, sind dafür verantwortlich, dass so etwas nie wieder passiert.

Und so möchte ich zum heutigen Volkstrauertag auszugsweise



Das 10-jährige Bestehen des AdM-Archivs wurde am 6. Oktober auf dem Schiff „Sinatra“ gefeiert. Unter den Gästen: Laura Juchnevic, Jurga Bardauskiene, Viktorija Karaliene und Mitarbeiterinnen der Simonaitytes Bibliothek, Arvydas Cesiulis, stellvertretender Bürgermeister von Memel, Honorarkonsul Arunas Baublys, Benediktas Petrauskas, Klaus Grudzinskas, Magdalena Piklaps und Rasa Müller vom Verein der Deutschen in Klaipėda, Hans-Jürgen Müller aus Berlin und Uwe Jurgsties

die traditionellen Worte des Bundespräsidenten von 1952, Theodor Heuss, zitieren, die ihre Gültigkeit nie verlieren werden.

„Wir gedenken der Soldaten, die in den Weltkriegen starben, der Menschen, die durch Kriegshandlungen oder danach in Gefangenschaft, als Vertriebene und Flüchtlinge ihr Leben verloren.

Wir gedenken derer, die ums Leben kamen, weil sie Widerstand gegen Gewaltherrschaft geleistet haben, und derer, die den Tod fanden, weil sie an ihrer Überzeugung oder an ihrem Glauben festhielten.

Wir trauern um die Opfer der Kriege und Bürgerkriege unserer Tage, um die Opfer von Terrorismus und politischer Verfolgung.

Aber unser Leben steht im Zeichen der Hoffnung auf Versöhnung unter den Menschen und Völkern, und unsere Verantwortung gilt dem Frieden unter den Menschen, zu Hause und in der ganzen Welt.“

Diese Worte sind eine Brücke in unsere Tage, sie haben weder an Kraft noch an Bedeutung verloren, sie sind gültig auch heute, wie vor 69 Jahren, als Präsident Theodor Heuss sie formulierte.

Es ist unsere Aufgabe, sie in die Zukunft zu tragen, Vergessen unmöglich zu machen, nur so können wir unsere Kinder und Kindeskin der den Frieden erleben lassen, den auch wir erleben durften.

Ich danke Ihnen.“

Die anschließende feierliche Kranzniederlegung mit Schweigeminute wurde begleitet durch sensibles Trompetensignal des litauischen Musikers, welches der Veranstaltung einen überaus würdigen Abschluss gab. Dirk Bohlmann

10 Jahre Archiv

Im Dezember 2010 besuchten Uwe Jurgsties und Karin Gogolka den damaligen Bürgermeister von Memel Taraskevicius, als uns dort eine Mail vom Direktor der Simonaitytes Bibliothek Juozas Siksnelis erreichte, der Interesse an unserem Archiv bekundete. Noch am gleichen Tag trafen wir uns zum Gespräch und der Besichtigung der vorhandenen Räumlichkeiten für unser Archiv. Bereits im Januar 2011 trafen der AdM-Bundesvorstand, die Kreisvertreter und der Archivar der AdM zusammen und beschlossen, das AdM-Archiv als Dauerleihgabe nach Memel zu verlagern. Am 5. Oktober 2011 erfolgte die offizielle Übergabe. In diesen zehn Jahren wurden durch die Mitarbeiter der Simonaitytes Bibliothek und hier im besonderen durch den früheren Direktor Siksnelis, der heutigen Direktorin Laura Juchnevic sowie durch Jurga Bardauskiene und Viktorija Karaliene

mit sehr viel Herzblut unser Material aufgearbeitet und größtenteils digitalisiert. Es entstanden diverse Wanderausstellungen wie „Transportwege im Memelland“, „Auf den Spuren der alten Schulen“, „Menschen, die ihre Spuren in Memel hinterließen, 100 Jahre Patenschaft Mannheim-Memel“ und „170 Jahre Memeler Dampfboot“. Es sind mehrere Bücher mit Bild- und Textmaterial aus unserem Archiv erschienen. Unser Archiv wird von Besuchern aus Deutschland, aber überwiegend (80 Prozent) von den heutigen Bewohnern der Stadt und des Landes besucht. In einem Monat kommen mehr Besucher als in den 63 Jahren, als sich unser Archiv noch in Deutschland befand. U.J.



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörny 18, 31860 Emmerthal-Börny, Telefon (0171) 7086334

Trauer um Jürgen Kowalek

Am 22. November verstarb unser Kreistagsmitglied Jürgen Kowalek. Die Kreisgemeinschaft Neidenburg (KG) trauert um ihren ehemaligen, verdienten Schriftleiter. Von 2002 bis 2018 hat Kowalek die Heimatbriefe der KG in mühseliger, akribischer Kleinarbeit erstellt. Er war immer auf der Jagd nach interessanten, informativen Berichten. Man konnte sich blind auf ihn verlassen. Er hatte ein feines Gefühl dafür, was die Leser interessierte. Ich persönlich habe viele Jahre als Mitgliedsdatenverwalter eng mit Kowalek zusammengearbeitet. Es war immer eine gute und schöne Zusammenarbeit. Im Jahre 2015 wurde Kowalek mit dem „Silbernen Ehrenzeichen“ der LO geehrt.

Wir von der KG Neidenburg sind Kowalek zu großem Dank verpflichtet und werden sein Andenken immer in Ehren halten. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Ingrid und seiner Familie. Ulrich Pokraka



Jürgen Kowalek Foto: W. Brandt



KG Tilsit-Ragnit ehrt Mitglieder: (v. l.) Mechthild Herzog, Karlheiner Hamel, Stephan Rodde, Bernd Bönkost, Kreisvertreter Dieter Neukamm, Hans-Joachim Scheer, Rotraud Ribbecke Foto: Heiner J. Coenen



Rößel

Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx.de. **Stellv. Kreisvertreter:** Ernst Grünheidt, **Schatzmeister:** Siegfried Schrade, **Schriftführer:** Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin: Ursula Schlempe

Mitgliederversammlung

Neuss – Sonnabend, 11. Dezember, 14 Uhr, Berufsbildungszentrum, R.Ao03/Haupteingang, Hammfeldamm 2, 41460 Neuss: Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung der Mitglieder, 2. Gedenken der Verstorbenen, 3. Bericht des Kreisvertreters E. Neubauer, 4. Bericht der Mitglieder des Kreisausschusses, 5. Jahresrechnung 2020, 6. Bericht der Rechnungsprüfer, 7. Satzungsänderung: Reduzierung des Vorstandes auf zwei oder drei Personen (Kreisvertreter, Schatzmeister und gegebenenfalls Schriftführer), 8. Entlastung des Vorstandes, 9. Wahl des Wahlleiters, 10. Wahl des Kreistages, 11. Wahl des Kreisausschusses/Vorstand, 12. Gestellte Anträge, 13. Verschiedenes.

Anträge zur Tagesordnung sowie Bewerber für den Kreistag/Ausschuss bitte bis zum 4. Dezember an Egbert Neubauer (siehe oben) senden.

Eingeladen sind alle ehemaligen Einwohner aus dem Kreis Rößel sowie Heimat- und Kulturinteressierte. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Selbstverständlich wird die Mitgliederversammlung unter Berücksichtigung der Corona Hygienevorschriften und der 3-G Regeln stattfinden. Falls sich aufgrund der Infektionslage Änderungen ergeben sollten, werden wir Sie kurzfristig, soweit möglich, darüber informieren. Bitte informieren Sie sich auch telefonisch oder im Internet.



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de **Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachimscheer@t-online.de

Kreistagssitzung 2021

Nach mehr als zweijähriger Pause konnte am 13. November dieses Jahres endlich wieder eine Prä-

sidenztagssitzung der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit (KG) abgehalten werden. Viele der 21 Mitglieder hatten ihr Erscheinen aus der Pandemie geschuldeten und altersbedingten Gründen abgesagt, und so waren Erleichterung und Freude umso größer, als schließlich die satzungsgemäß erforderliche Mindestzahl im Seminarraum des Tagungshotels Schützenhof in Eitorf/Sieg versammelt war. Die Regularien waren rasch abgehandelt. Bei den Berichten der Kirchspielvertreter schien immer wieder die Sorge bezüglich der stetig abnehmenden Mitgliederzahl durch. In diesem Zusammenhang wurde die Aussage des Geschäftsführers mit Ernüchterung zur Kenntnis genommen, dass das Durchschnittsalter der Mitglieder der Kreisgemeinschaft bei 82,8 Jahren liegt! Die damit verbundenen, etwas düster gefärbten Zukunftsaussichten konnten dann auch nicht wirklich durch die an sich erfreuliche Tatsache gemildert werden, dass im vergangenen Jahr 18 Neuzugänge zu verzeichnen waren, 6 von ihnen immerhin junge Studenten der Uni Jena. Es ist vorgesehen, im nächsten Frühjahr ein Seminar „Zukunft“ abzuhalten mit der zentralen Fragestellung der Gewinnung neuer, jüngerer Mitglieder.

Der Kreisvertreter bedauerte in seinem Bericht den coronabedingten Fortfall der alljährlichen Begegnungen mit unseren russischen Freunden in der Heimat. Mit Hilfe von Telefon und Internet lässt sich dieser Mangel nur notdürftig beheben.

Für den Fortbestand der Leitung des Vereins und die Besetzung seiner Aufgabenbereiche wird in hinreichendem Maße Sorge getragen. Zwei neue Mitarbeiter, die an der Teilnahme leider verhindert waren, haben sich mit Hingabe den ihnen übertragenen Aufgaben gewidmet.

Ein wesentlicher Punkt der Tagesordnung war die Ehrung von Mitarbeitern, von denen sechs mit dem Verdienstabzeichen der LO und zwei mit dem Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet wurden.

Im Übrigen sind als äußerst erfreulich die Harmonie sowie das freundschaftliche Miteinander unter den Kreistagsmitarbeitern festzuhalten, was sich natürlich besonders bereits am Vorabend und beim gemütlichen Beisammensein nach der Sitzung und dem gemeinsam eingenommenen Abendessen dokumentierte.

Man ging am Folgetag auseinander mit dem Vorsatz, sich bei entsprechenden Veranstaltungen der Landsmannschaft und bei der für Mitte Oktober kommenden Jahres angesetzten nächsten Kreistagssitzung in Verden/Aller wiederzusehen. Dieter Neukamm



In Memel war viel los: Nicht erst zum Volkstrauertag kamen die Menschen im Gedenken zusammen, bereits zum Tag der Deutschen Einheit gab es ein Festprogramm, zu dem AdM Bundesvorsitzenden Uwe Jurgsties (2. v. r.) einen Mund-Nasenschutz in den Farben der Stadt Memel überreicht an (v. l.) Honorarkonsul Arunas Baublys, Bürgermeister Vytautas Grubliauskas und Manfred Wagener. Dazwischen Anja Luther, Kulturbbeauftragte der Deutschen Botschaft in Wilna Foto: U.J.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Süße Privilegien aus Schweidnitz

Pfefferkuchen und Rübenzucker haben ihre Wurzeln in Schlesien – Erste Erwähnung im 13. Jahrhundert

VON CHRIS W. WAGNER

Frägt man heute in der Republik Polen nach dem Ursprung der Pfefferkuchentradition, kommt immer die Antwort Thorn [Toruń]. Das ärgert Monika Wójcik-Bednarz. Die Leiterin der Österreichbibliothek in Oppeln [Opole] organisiert im Advent Backen mit Geschichte für Kinder und Junggebliebene. „In Schlesien war die Pfefferkuchenkultur viel älter als in Thorn oder gar in Nürnberg“, sagt sie und belegt ihr Wissen mit Quellen, aus denen hervorgeht, dass die ersten Erwähnungen dieser Naschereien aus Schweidnitz [Świdnica] kamen: „Mitte des 13. Jahrhunderts, das heißt, dass in dieser Stadt damals schon Pfefferküchler gearbeitet haben“, sagt sie.

Doch es gibt auch Überlieferungen aus anderen schlesischen Städten, die entlang der alten Handelsrouten angesiedelt waren – aus Breslau, Jauer [Jawor], Oppeln oder Ratibor [Racibórz]. Für Wójcik-Bednarz sind Neisser Konfekte, wie man die Lebkuchen dort bis Kriegsende nannte, besonders interessant. „Epitaphien am alten Friedhof in Oppeln und an der St. Jakobskirche in Neisse [Nysa] zeigen, dass die Pfefferküchler damals reich und angesehen waren. Nicht jeder konnte sich eine Grabkapelle auf dem Friedhof leisten.“ Sie sagt, dass Dokumente im Oppelner Staatsarchiv belegten, wie in Oberschlesien Pfefferküchler organisiert waren. „Nicht jeder durfte Pfefferkuchen machen, es gab nur eine bestimmte Zahl von Pfefferküchlern in der Stadt, die das Handwerk ausüben durften. So wollte es das Meilenrecht“, betont Wójcik-Bednarz.

Das Meilenrecht war ein Privileg, welches besagte, dass niemand ohne die Genehmigung der Stadt in einem Umkreis von einer oder mehrerer Meilen um die Stadt ein bestimmtes Gewerbe, Gastronomie oder Handwerk betreiben durfte.

Peter Berg, der die Geschichte der Neisser Pfefferkuchen untersuchte, erklärt in „Der oberschlesische Pfefferkuchen aus



Geschichte „begreifen“: In der oberschlesischen Weihnachtsbäckerei lernen Kinder, wie man Pfefferkuchen herstellt Foto: CWW

Neisse“ (heinersdorfkreisneisse.de), dass aufgrund des Meilenrechts, das erst mit der Verkündung der Gewerksfreiheit vor einem Jahrhundert fiel, selbst der Verkauf von Lebkuchen durch nicht zur Zunft Gehörige verboten war. „Neisser Pfefferkuchen durften also nur in Neisse verkauft werden. Die Bürger anderer Städte mussten ihr eigenes Gebäck genießen, mochten sie auch ein noch so heißes Verlangen nach anderen haben und Geld bieten“, ist bei Berg zu lesen.

Wenn Wójcik-Bednarz mit Kindern arbeitet und nach den Lebkuchenzutaten fragt, nennen die Kleinen neben Mehl und Gewürzen immer Zucker. „Dass es Honig ist, das wissen sie heute nicht mehr. Sie können sich nicht vorstellen, dass es da-

„In Schlesien war die Pfefferkuchenkultur viel älter als in Thorn oder gar in Nürnberg“

Monika Wójcik-Bednarz
Leiterin der Österreichbibliothek in Oppeln

mals keinen Zucker gab und dass erst im 19. Jahrhundert Kristallzucker aus der Zuckerrübe gewonnen wurde“, sagt sie. Sie

muss dann erklären, dass erst der Berliner Wissenschaftler Franz Carl Achard die Technik zur Zuckerherstellung aus weißen Futterrüben entwickelte.

Und auch diese Geschichte ist eine schlesische, denn 1801 ließ Achard im niederschlesischen Kunern [Konary] die erste Rübenzuckerfabrik der Welt errichten. Dieses Wissen wird in den Schulen nicht weitergegeben und so hat es sich die Bibliotheksleiterin zur Aufgabe gemacht, in Arbeitsgruppen mit Kindern Landeskunde zu vermitteln. Am besten gelingt es laut Wójcik-Bednarz dann, wenn hinterher etwas Greifbares entsteht, dann bleibe es länger hängen. Und der Advent bietet sich perfekt für eine Weihnachtsküchlerei an.

ADVENT

Marzipan wie daheim

Für Marzipan benötigt man:

- 500 g Mandeln
- 500 g Puderzucker
- 5 Bittermandeln (Apotheke)
- 50 ml Rosenwasser (nach Bedarf verwenden)
- Zum Verzieren: Zitronat, Orangeat, kandierte Kirschen, Puderzucker und Rosenwasser für den Guss.
- Gesamtzeit: 2 Stunden, 30 Minuten

Zubereitung: Mandeln brühen und häuten, abkühlen lassen und mit dem Puderzucker durch die Mandelmühle drehen. Die Masse mit etwas Rosenwasser durchkneten. Anschließend in Herzen formen, diese mit erhöhtem Rand, der mit einem Messer oder einer Nagelschere eingekerbt wird. Die Teile dicht an dicht auf ein Holzbrett unter den heißen Grill halten, damit die Oberfläche bräunt. Wenn die Herzen hellbraun gefärbt sind, die heißen Ränder mit Rosenwasser bepinseln. Dann schnell ins Kühle stellen und abtrocknen lassen. Dann die Herzen in der Mitte mit sehr festem Zuckerguss (angemischt mit Rosenwasser) füllen und mit kleinen Stücken Orangeat, Zitronat und kandierten Kirschen verzieren. Die fertigen Marzipanherzen in Blechdose mit Pergament zwischen den Lagen schichten.

MRK



Köstlich: Königsberger Marzipan

LAUDATIO ZUM ABSCHIED

Mit viel Liebe zur ostpreußischen Heimat

20 Jahre lang vermittelte Gudrun Breuer bei den Werkwochen der Landsmannschaft Ostpreußen traditionelle Handarbeitstechniken

Liebe Gudrun, neben Dir bin ich die dienstälteste Werk-Lehrerin der Werkwoche, und so möchte ich das Wort ergreifen.

An die 20 Jahre bist Du nun schon dabei, und zwar in einer Qualität, die für uns andere wohl unerreichbar ist: Du beherrscht nämlich fast alle Handarbeitstechniken, die bei der Werkwoche vermittelt werden – Deine Samland-Tracht hast Du Dir selbst genäht, Schürze und Bluse mit der allerfeinsten Hohlraumstickerei versehen, hast genau passende Jostenbänder dazu gewebt, hast eine bildschöne Kollerbluse aus dichtgewebtem Leinen mit Weißstickerei gefertigt, und im Stricken kennen wir von Dir eine unermessliche Vielzahl der schönsten Meisterwerke.

So hast Du viele Jahre lang die stets besonders große Werkgruppe der Strickerinnen geleitet, und zwar in allen Disziplinen. Ob Doppelstricken von Topflappen, Schals oder Westen und Jacken, ob Musterstricken, knifflige Fingerhandschuhe mit allerdünnster Wolle. Außerdem hast Du noch die Kreuzstickerinnen mit betreut und darauf geachtet, dass die Rückseite des Werkstückes genauso gleichmäßig aussieht wie die Vorderseite, und sogar eine Weißstickerin hast Du aufgenommen,

als keine eigene Gruppe dafür angeboten wurde. Wie hast Du diese Vielzahl an Aufgaben nur bewältigt?

Ich selbst konnte zwar nie als lernende Teilnehmerin in Deine Gruppe kommen, aber wie ich von anderen hörte und nur am Rande selbst miterlebte, hast Du mit wahrer Engelsgeduld Dein hohes Können

vermittelt, bei Fehlern beraten und geholfen und tatkräftig dazu beigetragen, dass jede ein schönes selbstgefertigtes Werkstück mit nach Hause nehmen konnte.

Jahr für Jahr bist Du mit dem Auto über viele hundert Kilometer angereist, mit einer großen Fülle von Anleitungen, Wolle und Werkzeug, damit für alle Pro-

jekte auch schwer zu beschaffende Dinge verfügbar waren.

Viele Male bist Du nach Allenstein zur Werkwoche gefahren und hast dort Dein Können vermittelt. Und auch beim Herbstmarkt in Ellingen, im Kulturzentrum Ostpreußen, hast Du für die Werkwoche geworben, Ostpreußen vertreten und eigene wunderschöne und vorbildlich traditionsreiche Handarbeiten verkauft, die Du in langen Tagen zu Hause gestrickt hast – natürlich ohne den wahren Lohn für Deine mühevollen Arbeit erhalten zu können.

Bei unserer Werkwoche hier hast Du darüber hinaus auch einmal als Leiterin fungiert – mit so viel Herzenswärme und liebevoller aufwendiger Vorbereitung. Vielleicht hast Du es selbst gespürt, wie sehr Du uns alle damit berührt hast. In all Deinem Tun spüren wir Deine große Liebe zu Deiner ostpreußischen Heimat, Dein großes Anliegen, die überlieferten Traditionen zu pflegen und weiterzutragen. Nie hast Du Dank dafür verlangt – nur dass alles weitergeht und dass andere die Fackel weiterreichen wie beim Staffellauf. Ein „Multiplikator“ für Ostpreußen bist Du seit vielen, vielen Jahren – und hast Dich stets bemüht, andere zur Nach-

ahmung anzuregen, damit jeder das Seine tut, die Traditionen weiter zu pflegen.

Es ist ja unser aller Anliegen, dass die Handarbeiten, die wir hier bei der Werkwoche erlernen und anfertigen, bald nicht nur noch in Museen zu bestaunen sind, sondern lebendige Tradition bleiben.

Als Du am Ende der letzten Werkwoche Deinen Abschied verkündetest, was Du nur mit Deinen zunehmenden Jahren begründetest, war das ein Schock für alle Anwesenden. Denn Du bist ein Herzstück der Werkwoche, so tätig und engagiert wie sonst niemand hier. Du hast die Latte hoch gehängt für jemanden, der Dir nachfolgen könnte. Und doch hast Du Dir Gedanken darum gemacht, wer die Techniken weiter vermitteln könnte und sollte – denn es soll doch weitergehen. Darum bist Du dieses Jahr doch noch einmal hergekommen, um die Strickerinnen anzuleiten.

Im Namen aller Teilnehmerinnen danke ich Dir dafür von ganzem Herzen – und nachdem letztes Jahr Betroffenheit und Fassungslosigkeit uns stumm machten, habe ich in diesem Jahr doch wenigstens die Gelegenheit, Deine großen Verdienste zu würdigen, für Deine unermüdliche tätige Liebe für die Werkwochen meinen bescheidenen Dank zu sagen.

Marianne Kopp



Im Stricken bewandert: Gudrun Breuer (l.) mit Marianne Kopp

Foto: LO

GESCHICHTE

Pommern im Strom der Zeit

Verschiedene Bezeichnungen im vergangenen Jahrtausend und ein kurzer geschichtlicher Abriss

VON MANFRED WEINHOLD

Pommern der Neuzeit ist, von der polnischen Administration abgesehen, heute die preußische Provinz Pommern, wie sie bis zum Zweiten Weltkrieg bestand. Vor- und Hinterpommern von der Recknitz im Westen bis an den Zarnowitzer See im Osten und von der Ostsee im Norden bis an die Grenze zur Provinz Brandenburg im Süden.

Der Begriff „Pommern“ war zunächst nicht genau festgelegt. Mitte des 11. Jahrhunderts wurde „Pommern“ erstmals erwähnt. Abgeleitet wird Pommern von den Pomoranen, deren Siedlungsgebiet sich von der Oder bis an die Weichsel erstreckte. Der „Slawentheorie“ zufolge wanderten um das Jahr 600 Slawen ein, die das Land Pomorie (Küstenland) nannten, po morzu (am Meer). Noch um das Jahr 1000 umfasste „Pomorie“ das Land zwischen Ostsee, Oder, Weichsel und Warthe/Netze.

Übergang an das Heilige Reich

1170 schlossen sich die pommerschen Fürsten dem Heiligen Römischen Reich an, und mit der Belehnung Pommerns an Bogislav I. durch Kaiser Friedrich I. (Barbarossa) entstand 1181 eine rechtliche Verbindung. Aber bereits vier Jahre später geriet Pommern unter dänische Lehnsherrschaft, die erst mit der geschichtsträchtigen Schlacht von Bornhöved 1227 endete.

Bereits 1181, als Pommern in den Reichsverband eintrat, war Pommern nicht mehr das Gebiet von der Oder bis zur Weichsel, so wie es um das Jahr 1000 bestand. Zu Pommern gehörten zu der Zeit auch die Uckermark und das Land Stargard, das spätere Herzogtum Mecklenburg-Strelitz, jedoch nicht der westliche Teil mit Rügen. Im Osten reichte das Herzogtum Pommern nur bis an den Gollenberg und schloss die Länder Schlawe und Stolp aus.

Zur Unterscheidung von dem angrenzenden Herzogtum Pommern, das auch Ostpommern genannt wurde, hieß das westliche Pommern, also unser Pommern, Westpommern oder Herzogtum Slawien. Ostpommern umfasste die Länder Schlawe, Stolp und Pommerellen.

Pommerellen ist die Verkleinerungsform von Pommern. Mit dem Aussterben der Ratiboriden, einer Nebenlinie des Greifengeschlechts, fielen 1227 die Länder Schlawe und Stolp mit Rügenwalde an Pommerellen und kamen 1317 an das Herzogtum Pommern (Westpommern). Schlawe endgültig 1347.

Im 16. Jahrhundert hatten sich die Bezeichnungen Vor- und Hinterpommern

Stralsund. Nachdem 1335 die rügenschens Fürsten ausgestorben waren, fiel das Fürstentum Rügen mit der Insel Rügen und dem Rügenschens Festland (Barth, Stralsund, Grimmen) an das Herzogtum Pommern-Wolgast. Das Herzogtum Pommern erlebte mehrfach Teilungen, aus denen die Herzogtümer Pommern-Wolgast und Pommern-Stettin als wichtigste hervorgingen.

Es wurde Schwedisch-Pommern beziehungsweise West-Pomerania genannt im Gegensatz zum brandenburgischen Ost-Pomerania.

Pommern und Schweden

Mit dem Frieden von Stockholm 1720, der den Krieg zwischen Schweden und Preußen beendete, musste Schweden Vorpommern südlich der Peene sowie die Inseln

war deckungsgleich mit dem 1932 aufgelösten Regierungsbezirk Stralsund.

Schwedisch-Pommern war nicht dem schwedischen Staat eingegliedert, sondern ein Reichslehen, in dem der schwedische König in Personalunion der Herzog von Pommern war. Kurz vor Auflösung des Heiligen Römischen Reiches 1806 schied Schwedisch-Pommern aus dem Reichsverband aus.

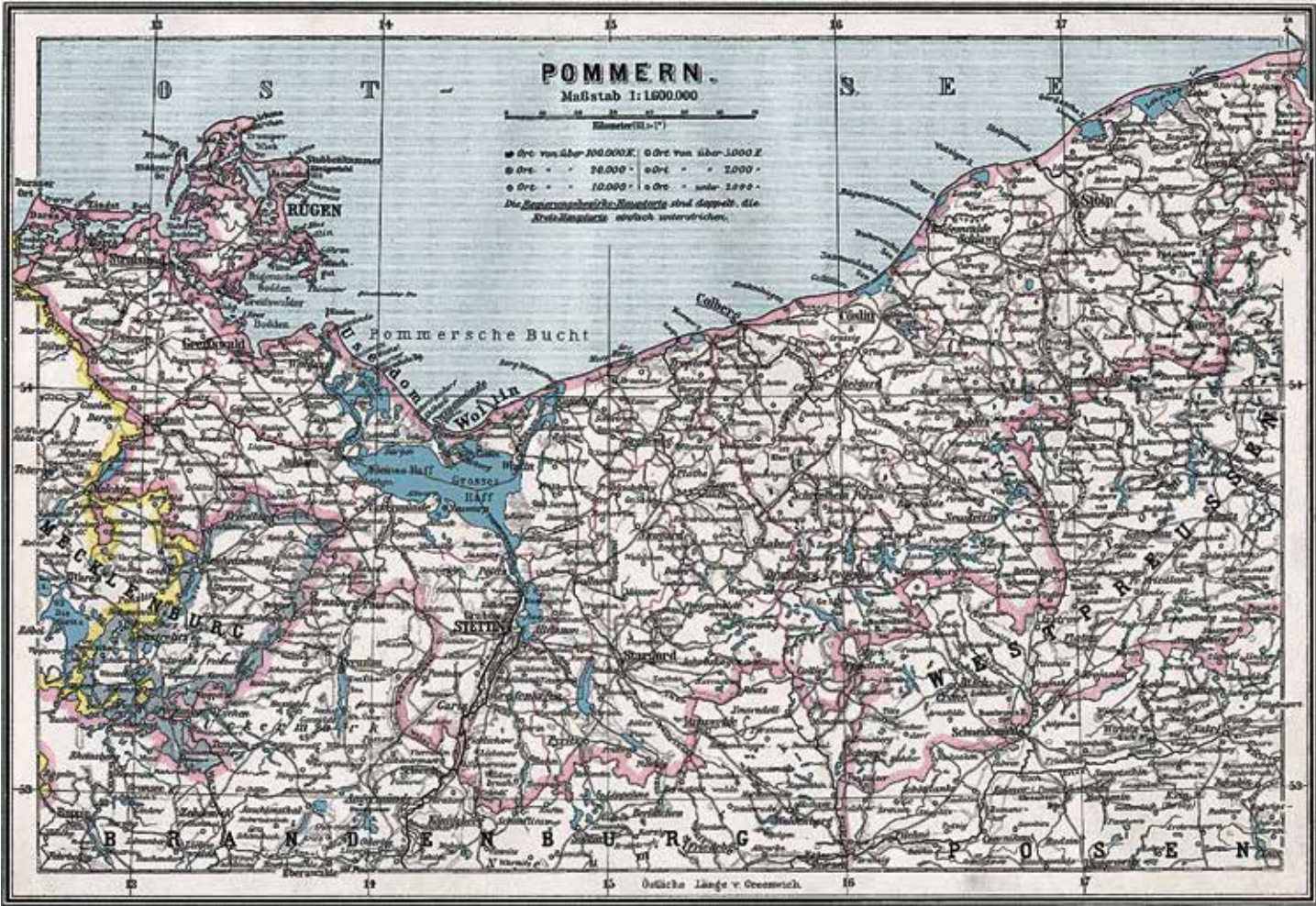
Auch Polen hat für Pommern östlich der Oder verschiedene Bezeichnungen, die aber nicht mit den deutschen gleich sind. 1999 entstanden die 16 heutigen Woiwodschaften, die in ihrem Umfang größtenteils geschichtliche Gebiete umfassen. Davon entfallen allein drei mit „Zachodnia-Pomorskie“ (Westpommern), Pomorskie (Pommern) und Kujawsko-Pomorskie (Kujawien-Pommern) auf Pommern. „Westpommern“ umfasst alle Gebiete der westlichen Hälfte Pommerns, wie es um das Jahr 1000 bestand. „Pommern“ ist überwiegend Pommerellen ohne den südlichen Teil, der zur Woiwodschaft „Pommern-Kujawien“ gehört.

Unterschiedlicher Geschichtsverlauf

Nicht nur Schlawe und Stolp zeigen einen anderen Geschichtsverlauf als das übrige Pommern, sondern auch die Länder Bütow und Lauenburg. Lauenburg gehörte ursprünglich zum Herzogtum Pommerellen, das Land Bütow hingegen zum Herzogtum Schlawe-Stolp.

Mit dem Vertrag von Soldin 1309 fiel Lauenburg mit Pommerellen an den Deutschen Orden. Das Land Bütow folgte 20 Jahre später, 1329, nach kurzfristiger Zugehörigkeit zu Pommern von 1317 bis 1321. Als pommerellischer Ordensbesitz wurden Bütow und Lauenburg mit dem Zweiten Thorer Frieden 1466 vom Ordensstaat (Nachfolger der Samboriden im Herzogtum Pommerellen) getrennt und gelangten an das Herzogtum Pommern.

Mit dem Aussterben des Greifengeschlechts 1637 fielen beide Länder an Polen, aber nach 20 Jahren mit dem Vertrag von Bromberg 1657 mit einer Sonderstellung an Pommern zurück. Bevor Bütow und Lauenburg endgültig zu Pommern kamen, gehörten sie ab 1773 für vier Jahre wieder zum alten Ordensgebiet, zur neuen Provinz Westpreußen.



Die Provinz Pommern 1905

Foto: Wikimedia

durchgesetzt. Besonders wurden die Begriffe Hinterpommern und Ost-Pomerania für die nach dem Dreißigjährigen Krieg 1648 an Brandenburg gelangten Gebiete verwandt.

Vorpommern

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die Namen Ost- und Westpommern gebräuchlich, Ostpommern für den Regierungsbezirk Köslin und Westpommern für die Regierungsbezirke Stettin und

Heute bildet im deutschen Geschichtsverständnis die Oder zwischen Vor- und Hinterpommern die Grenze, jedoch wird vielfach Vorpommern falsch mit dem pommerschen Anteil des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern gleichgesetzt. Bis ins 19. Jahrhundert wurde Vorpommern auch als Vorderpommern bezeichnet. An Schweden gelangte 1648 das westliche Pommern mit den Städten Cammin, Gollnow, Greifenhagen und Bahn über die Oder hinausgreifend.

Usedom und Wollin an Preußen abtreten. Hierfür bürgerten sich die Bezeichnungen Alt-Vorpommern und Preußisch-Vorpommern ein, für den bei Schweden verbliebenen Teil, der erst 1815 mit dem Wiener Kongress zu Preußen kam, Neu-Vorpommern und Schwedisch-Vorpommern.

Neu-Vorpommern hatte innerhalb Preußens bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine Sonderstellung inne. Neu-Vorpommern oder auch Neu-Vorpommern und Rügen, um Rügen hervorzuheben,

HINTERPOMMERN

Die Tauben von Stargard

Einst waren die Stargarder Zitterhalse, ursprünglich Schwanenhals-Tauben genannt, populär in Pommern



Stargarder Straßentauben wissen was schmeckt: Diese beiden Taubenfreunde werden beim Füttern vorm Rathaus regelrecht bedrängt, tiefer in die Keksütze zu greifen

Gehen wir Taubenfüttern auf dem Markt, das sagen sich in Stargard bei Stettin an den Wochenenden gern Taubenfreunde. Mit einer großen Tüte Keksbruch postieren sie sich zwischen Rathaus und Marienkirche, und schon brausen die Vögel schwarmweise herbei. Kopfüber stürzen sie sich auf die Krumen. Tauben zu halten, auch dem Brieftaubensport zu frönen, ist in Polen sehr populär.

Wie in anderen Städten auch, handelt es sich bei den Stargarder Gurrvögeln vielfach um verwilderte Straßentauben, die der Geborgenheit des Schlagdaseins überdrüssig waren und die Freiheit des Vagabundenlebens wählten. Vater und Sohn werden, wie das Bild zeigt, von ihnen regelrecht bedrängt, häufiger und tiefer in die Keksütze zu greifen. Passiert das nicht fix genug, tun sie es sogar selbst oder fressen ihren Gabenbringern aus der Hand, was denen durchaus Vergnügen be-

reitet. Stargarder Zitterhalse, eine bereits im 18. Jahrhundert in der Stadt gezüchtete und in Pommern einst sehr verbreitete Rasse, waren in dem Schwarm aber nicht vertreten. In Deutschland sind Zitterhälse, die durch ihre langen, graziös gebogenen „Schwanenhälse“ auffallen, aber noch immer auf Ausstellungen zu sehen. An den aufwendig restaurierten historischen Bauwerken der Stadt am Ihna-Flüsschen dürften die Tauben jedoch eher ungern gesehen sein, weil ihre Verdauungshinterlassenschaften die Bausubstanz beschädigen können.

K.H. Engel

● Info Wie bei vielen Taubenrassen ist auch beim Stargarder Zitterhals nicht klar belegt, wann und wie sie entstanden sind. Zirkum 1750 trat der Stargarder vermehrt in Pommern um die Stadt Stargard als Flugtaube in Erscheinung und hat daher ihren ersten Teil des Namens. Rasse-



Foto: SV-Stargarder

typisch wird das Schlagen oder auch Zittern genannt, welche den Rassennamen der Tauben abrundet. Derzeit kommt der Stargarder in zwölf Farbschlägen vor (Farbe auf dem Foto:

Rot) und wird auch als kappige und/oder belatschte Strukturvariante gezüchtet. Rassetypisch ist die waagrechte Haltung, die beim Schlagen nicht verändert werden darf. Die Zucht des Stargarders stellt für den Züchter keine allzu große Herausforderung dar, da die Brut und Aufzucht der Jungtiere mit einer fast beispiellosen Zuverlässigkeit und Sorgfalt durch das Taubenpaar erfolgt. www.sv-stargarder.de

„Welcher Tätigkeit geht Steinmeier eigentlich nach?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich möchte Ihnen danke sagen für die wieder so zahlreichen brillanten Beiträge zum politischen Zeitgeschehen“

Gisela Löffelmacher, Flensburg



Ausgabe Nr. 46

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

BEI IHM FÄRBTE NICHTS AB ZU: VERZERRTES GEDENKEN (NR. 46)

Sie treffen mit Ihren Ausführungen den Nagel auf den Kopf. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier fängt mit einseitiger Vergangenheitsbewältigung wieder an. Bei der TV-Übertragung seiner Rede zum Volkstrauertag in der Frankfurter Paulskirche konnte ich nur abschalten.

Selbst der patriotische Ort der Paulskirche, wo 1848 die Deutsche Nationalversammlung begann, färbte auf das Staatsoberhaupt nicht ab. Nun, 1848 liegt länger zurück als das Thema des Volkstrauertages, und linke Geister kommen mit dem Patriotismus ob mangelnder Einsicht nie klar.

Heinz-J. Bringewatt, Bielefeld

SCHLECHTE HALTUNG ZU: VERZERRTES GEDENKEN (NR. 46)

Als Leser Ihrer Zeitung danke ich Ihnen, dass Sie über die nicht hinnehmbaren Äußerungen des Bundespräsidenten zum Volkstrauertag berichtet haben. Es erschließt sich mir nicht, wie es zu dieser Haltung des Staatsoberhauptes gegenüber unserem Volk kommen konnte. Welcher Tätigkeit, außer uns schlecht zu machen, geht Steinmeier eigentlich noch nach?

Harald Pust, Bad Zwischenahn

RÄTSELN ÜBER STEINMEIER ZU: VERZERRTES GEDENKEN (NR. 46)

Dass es am Volkstrauertag zunehmend nicht mehr nur um deutsche Gefallene und Opfer zweier Weltkriege geht, sondern dass dieser Tag mehr und mehr „internationalisiert“ wird und es mehr um deutsche Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges geht, ist dem Zeitgeist geschuldet und scheint zum Standardrepertoire von Gedenktagsreden zu gehören.

Nun aber fallen die Opfer des eigenen Volkes, für deren Gedenken dieser Tag

einmal ins Leben gerufen wurde, gänzlich unter den Tisch, wie zuletzt bei der Rede des Bundespräsidenten. Dadurch erhält der Gedenktag für viele eine beklagenswerte politische Dimension.

Rätseln darf man darüber, warum Steinmeier das ganz große Besteck auspackte und in die offizielle Gedenkformel zusätzlich noch die Opfer von Rassismus und Antisemitismus einbauen ließ, für die unser Land nicht nur seiner Meinung nach permanent anfällig ist.

H. Dieter Albers, 21271 Hanstedt

WÜRDELOSE REDE ZU: VERZERRTES GEDENKEN (NR. 46)

Die Haltung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier am Rednerpult und dessen Rede zum Volkstrauertag entbehrten jede Würde dem deutschen Volk gegenüber. Die Quintessenz ist, dass die Verpackung noch so gut sein kann, sie verliert ihre Wirkung, wenn der Inhalt nichts taugt.

Gebhard Knull, Buxtehude

VIELE FALSCHES VERSPRECHEN ZU: PLAN- UND KONZEPTLOS IN DEN NÄCHSTEN CORONA-WINTER (NR. 46)

Das Vermeiden von Infektionen durch die „genbasierte Impfung“ wird nicht einmal in den Beipackzetteln der zugelassenen Arzneimittel oder der WHO behauptet, und es zeigt sich derzeit mit den rasant steigenden Inzidenzen, dass die G2-Menschen in falscher Sicherheit gewiegt wurden. Zwei neuere Arbeiten belegen die vorher schon vermutete Tatsache, dass Geimpfte, also nach zwei Spritzen „komplett Geschützte“ sehr wohl infiziert werden können, eine hohe, den Ungeimpften gleiche Viruslast produzieren und andere damit anstecken. Damit ist das epidemiologische Argument, „sich impfen zu lassen, um andere zu schützen“, entkräftet.

Es liegen keine Endpunktstudien zu den Behauptungen vor, dass man vor

schwerer Krankheit und dem Infektionstod geschützt sei. Auffälligerweise liegen in Regionen mit hoher Impfquote die Todeszahlen höher als in Regionen mit niedrigerer Impfquote. Im Jahr 2020 gab es ohne Impfung keine Übersterblichkeit und keine so hohen Inzidenzen, wie es jetzt zu beklagen ist. Viele Fragezeichen tun sich auf, die einer weiteren Impfunkritischen Haltung und einer Impfpflicht entgegenstehen.

Viele Versprechen darüber, dass die Covid-19-Impfung wieder zur Normalität und Freiheit zurückführen würde, wurden nicht eingehalten. Kann man da noch an die Zusicherung glauben, die Covid-19-Impfung sei sicher und (hoch)wirksam?

Dr. med. Bernhard Sturn, Kitzingen

EIN STÜCK MUSIKGESCHICHTE ZU: DIE AUFERSTEHUNG VON VIER POP-LEGENDEN (NR. 46)

Bei dem Artikel zu dem neuen ABBA-Album „Voyage“ merkt man, dass sich der Autor ernsthaft mit dem Werk beschäftigt hat und seine Rezension nicht irgendwo abgeschrieben hat. Auch die Erwähnung des Klassikers „The day before you came“ von 1982, heute in Fachkreisen als minimalistisches Kunstwerk der modernen Musik anerkannt, verdient ein Lob.

In Königsberg kaufte ich vor zwei Jahren bei einer alten russischen Frau auf dem Zentralmarkt der ehemaligen Wrangel-Kaserne eine Matroschka-Puppe mit den Konterfeis dieser vier Künstler. Wo beim Handel die Sprachkenntnisse haken, führten wir die Transaktion unter dem heiteren Singen des ABBA-Hits „Fernando“ zu Ende. Es ist sicherlich zulässig, diesen kleinen Moment ins Große zu übertragen. Am 5. November erschien „Voyage“. Aus dem Stand heraus wurde das Album die Nr. 1 in 52 Ländern weltweit. Das bringt einen zu der Überlegung, welche zeitlose und völkerverbindende Kraft diese Musik offensichtlich hat. Und ob diese Kraft nicht viel mehr zur Verständigung beiträgt als mancher ehrgeizige Politiker.

Wie es Ihr Artikel auch bestätigt: ABBA bleiben ihrer Identität treu. Sie versuchen gar nicht erst, etwas anderes zu sein, oder sich irgendwo anzubiedern. Das finale Stück des Albums, „Ode to Freedom“, führt Elemente der klassischen europäischen Musikgeschichte selbstbewusst in die Zukunft.

In dreieinhalb Minuten wird die Idee der Freiheit vermittelt, die nicht in Worte eingefasst werden kann. Diese Reflexionen werden in einer fast sphärischen Komposition überbracht – und erreichen den einfachen, arbeitenden Menschen unmittelbar. Ein Wert, den der Verfasser gut erkannt hat. Kompliment und Dank für den Hörtripp an die PAZ!

Jörn Pekrul, Berlin

MEDIALE BERUHINGUNGSPILLE ZU: KRANK ODER „RECHTS“ (NR. 45)

Die Messerstecherei im ICE in Bayern geschah an einem Sonnabend. Die nächste Tageszeitung erschien am Montag. Für diesen Tag hatten die „Kieler Nachrichten“ auf der ersten Seite das Thema Corona und anderes platziert. Erst auf Seite 28 hieß es dann in einem Beitrag: Ein syrischer junger Mann habe gerufen, „ich bin krank, ich brauche Hilfe“. Da er nun als unzurechnungsfähig gilt, wurde er nicht in Untersuchungshaft genommen, sondern ins Krankenhaus Regensburg eingewiesen. Ein Staatsanwalt sagte über den in Damaskus geborenen jungen Mann: „Er leidet an einer paranoiden Schizophrenie mit wahnhaften Vorstellungen.“

Moment mal! Für einen derartigen Befund, der dazu führt, in eine Heilanstalt eingewiesen zu werden, benötigen Sachverständige in der Regel Tage oder Wochen – jedenfalls ein langes Diagnoseverfahren. Im aktuellen Fall betätigte sich aber der Staatsanwalt am Sonntag nach wenigen Stunden als Diagnostiker. Wir müssen ja nicht alles glauben. Aber diese mediale Beruhigungsspiel wird verabreicht, wenn es in den Kram passt: „Nur Angriff im Wahn. Kein islamischer Hintergrund.“ Es passt.

Karl-Heinz Rieger, Kiel

ANZEIGE



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Politik und Pharmaindustrie blind zu vertrauen, könnte der schlimmste Fehler Ihres Lebens sein

■ Der *New-York-Times*-Bestsellerautor Dr. Joseph Mercola und Ronnie Cummins, Gründer und Leiter der Organic Consumers Association, haben sich zusammengetan, um die Wahrheit über Covid-19 zu enthüllen und den Wahnsinn zu beenden.

In diesem Buch finden Sie aktuelle und neu enthüllte Beweise dafür, dass:

- der wahre Ursprung des SARS-CoV-2-Virus vertuscht wurde
- PCR-Tests, die Angaben der Fallzahlen, die Sterblichkeit und die Impfsicherheit massiv manipuliert und falsch dargestellt wurden
- die weltweite Pandemie von den globalen Eliten schon lange vorhergesehen und dazu benutzt wurde, um die größte Wohlstandsumverteilung in der Geschichte der Menschheit zu ermöglichen und zu verschleiern
- die Wirksamkeit der Impfstoffe stark übertrieben wurde und wichtige Sicherheitsfragen unbeantwortet geblieben sind.

»Sobald Tyrannen die Hebel der Macht in der Hand halten, verhängen sie eine Orwell'sche Zensur und machen sich daran, Andersdenkende in den Wahnsinn zu treiben.«

Robert F. Kennedy jr. in seinem Vorwort

Letztlich sind es die von Politikern und Medien geschürte Angst und Panik, die uns unsere Menschen-

rechte nehmen und eine Gesellschaft in den Totalitarismus treiben. Die einzige Möglichkeit, diesem Schicksal zu entgehen, besteht darin, tapfer Widerstand zu leisten.

Die staatlichen Maßnahmen kommen einer nie da gewesen Beschränkung der Bürger- und Freiheitsrechte gleich.

So muss es nicht sein. Wir haben die Macht, uns zusammenzuschließen und zu kämpfen – nicht nur für unsere Gesundheit, sondern auch für unsere Freiheit und für die Demokratie.

Covid-19: Die ganze Wahrheit ist eine Einladung an Sie, sich mit anderen zusammenzuschließen, die sich für eine gesunde, gerechte, demokratische und freie Zukunft einsetzen.

Seien Sie das Licht, das dem »dunklen Winter« ein Ende bereitet!

Dr. Joseph Mercola & Ronnie Cummins: Covid-19: Die ganze Wahrheit gebunden • 395 Seiten • Best.-Nr. 984 700 • 22.99 €



SCHULE

Lernaufpasser für hippelige Kinder

Schulbegleiter für verhaltensauffällige Kinder gesucht! – Die Nachfrage nahm schon vor Corona-Zeiten extrem zu

VON STEPHANIE SIECKMANN

Wenn die kleine Marie Grabowski zur Schule geht, dann geht sie nie alleine. Monika Zimmermann ist stets an ihrer Seite. Gemeinsam machen sich die Zwölfjährige und die 55-Jährige auf den Weg zur Gesamtschule in Köln. Im Klassenzimmer der 6b sitzt die zweifache Mutter neben Marie und unterstützt die Schülerin. Mal hilft sie, wenn es darum geht, eine Aufgabenstellung der Lehrerin zu verstehen. Mal ist sie zur Stelle, wenn im Umgang mit Mitschülern Verständnisfragen aufkommen.

Schulbegleiter wie Monika Zimmermann werden deutschlandweit händeringend gesucht. Auch jetzt, kurz nach dem Start des neuen Schuljahrs, sind viele Stellen noch nicht besetzt. Jahr für Jahr steigt die Anzahl der Schüler, denen ein erhöhter Betreuungsbedarf zugesprochen wird. Die Frage, weshalb das so ist, erfordert einen Blick hinter die Kulissen.

Rasanter Anstieg von Problemfällen

Die Inklusion, die Teilhabe zusichert, ist vor zwölf Jahren von den Vereinten Nationen beschlossen worden und seit 2015/2016 im deutschen Schulgesetz verankert. Diese Maßnahme macht es möglich, dass Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf Anspruch darauf haben, durch einen Lern-Assistenten, den sogenannten Schulbegleiter, im Schulalltag unterstützt zu werden und so auf der Schule zu bleiben können, die zu den allgemeinen weiterbildenden Schulen gehört.

Die Unterstützung verbessert die Chancen dieser Schüler auf gute Schulnoten, auf einen Schulabschluss an einer normalen Schule, mit dem sie Aussicht darauf haben, einen Beruf zu erlernen. Der Besuch einer Förderschule und ein dort erworbener Abschluss soll weit weniger gute Aussichten mit sich bringen. Langfristig soll der Einsatz der Schulbe-



Stiller Beobachter im Hintergrund: Schulbegleiter mit Förderkind an einer integrierten Gesamtschule Foto: imago/Sebastian Willnow

gleiter ein sicheres Einkommen und eine sichere Zukunft bedeuten – so zumindest der fromme Wunsch.

In den vergangenen zehn Jahren ist der Bedarf an sogenannten Schulbegleitern oder Schulassistenten rasant angestiegen. In manchen Kreisen und Städten hat er sich verzehnfacht. Betroffen sind sowohl Kinder in Grundschulen wie auch in weiterführenden Schulen. Daraus könnte man schlussfolgern, dass die Inklusion in Deutschland sehr gut umgesetzt wird.

Doch der Schein trügt. Anträge auf Unterstützung durch eine Schulbegleitung sind nicht nur dann erfolgreich, wenn ein Kind körperliche oder geistige

Einschränkungen oder Behinderungen mitbringt, wenn zum Beispiel bei einem Kind Autismus diagnostiziert wurde. Auch Beeinträchtigungen wie Lese- und Rechtschreibschwäche, Konzentrationsstörungen, ADHS oder andere Verhaltensauffälligkeiten werden als ausreichender Grund akzeptiert. Dazu kommen Kinder, bei denen seelische oder emotionale Belastungen festgestellt werden, zum Beispiel durch die Trennung der Eltern.

Kinder mit emotionalem und sozialem Förderbedarf – dazu zählen neben Ängsten, Isolation, Drogenkonsum auch Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensauffälligkeiten wie Aggressionen – machen inzwischen einen Großteil der

Fälle aus. Die Definition von Inklusion – Schüler mit und ohne Behinderung lernen gemeinsam –, die dem Gedanken der Schulbegleitung zugrunde liegt, wird offenbar sehr weit ausgelegt.

Förderhilfen in Milliardenhöhe

Auf der Webseite des Statistischen Bundesamtes Destatis finden sich dazu interessante Zahlen. Im Schuljahr 2019/2020 lag die Zahl der Schüler mit spezieller Förderung über alle Schularten hinweg bei 557.100 – ein Anstieg um 19,2 Prozent gegenüber 2009. Dazu zählten neben Kindern mit Sprach-, Hör- oder Sehbehinderungen auch solche mit Entwicklungsverzögerungen. In diese Kategorie fallen so-

ziale, emotionale, geistige oder körperliche Probleme. Die Zahlen sorgen inzwischen auch deswegen für Aufsehen, weil der rasante Anstieg bereits im Vor-Corona-Jahr zu beobachten war. Die Pandemie-Lage dürfte es nicht zum Besseren gewendet haben.

Die steil nach oben zeigende Kurve beim zunehmenden Förderbedarf der Schüler verschlingt viel Geld. Nicht weil Schulbegleiter üppig verdienen, sondern weil die Masse der Bewilligungen die Kassen strapaziert. Schulbegleiter werden von den Kommunen finanziert, die Länder leisten jedoch Ausgleichszahlungen an die Kommunen.

Für die Unterstützung der Schüler wird kräftig in die Tasche gegriffen. Der Verdienst schwankt, auch nach Qualifikation der Bewerber. Im Durchschnitt erhalten die Schulbegleiter zwischen 2100 und 2500 Euro. Während der Ferien verdienen die Integrationshelfer dabei kein Geld. Trotzdem: Die Kosten für die Kreise explodieren. Das Teilhabegesetz sorgt auf diese Weise dafür, dass Ausgaben für andere soziale Projekte gestrichen werden.

Der Informationsdienst Jugendhilfe KomDat gibt an, dass die Ausgaben für alle Eingliederungshilfen nach Paragraph 35a von 517 Millionen Euro im Jahr 2006 auf 1,4 Milliarden Euro im Jahr 2016 angestiegen seien. Überschlägt man die Summe der Ausgaben für die 2018/2019 gewährten 109.200 Eingliederungshilfen, ergibt sich bereits eine Summe von rund zwei Milliarden Euro.

Die auf den ersten Blick vorbildliche, weil steigende Inklusionsquote kann bei genauerem Hinsehen nicht durchweg optimistisch stimmen. Offensichtlich gibt es in Deutschlands Schulen Probleme, die durch die Hintertür eine Lösung im Bereich der Inklusion suchen. Wenn zunehmend bei den Schülern der Regelschulen ein Förderbedarf attestiert wird, muss das Schulsystem genauer unter die Lupe genommen werden.

SCHWEIZER ADVENT

Wo der Weihnachtsbaum plötzlich singt

Die Schweizer lassen sich von Corona nicht entmutigen und ziehen Weihnachtsmärkte konsequent durch

Die Schweiz kann sich glücklich schätzen, denn anders als in Österreich dürfen in dem anderen Alpenland dieses Jahr wieder Weihnachtsmärkte stattfinden. Nachdem auch in der Schweiz im Vorjahr Pandemie-bedingt die Buden gar nicht erst aufgebaut wurden, werden sie jetzt wieder in der Adventszeit ihre Türen öffnen und können in der Regel mit einem gültigen COVID-Zertifikat besucht werden.

Wer aus dem Ausland einreist, benötigt in Basel sogar ein EU-Zertifikat oder ein Schweizer COVID-Zertifikat, das man gegen eine Bearbeitungsgebühr von 30 Franken beantragen kann. Dafür erlebt man mitten in der Innenstadt, eingebettet in die vorweihnachtlich geschmückte historische Altstadt, den malerischen Weihnachtsmarkt auf dem Barfüsserplatz und auf dem Münsterplatz. Auf Letzterem leuchtet ein prachtvoller, vom bekannten Dekorateur Johann Wanner geschmückter Weihnachtsbaum. Auf dem Claraplatz im Kleinbasel findet man zudem ein feines kulinarisches Angebot in der Sennenhütte (www.basel.com/de/veranstaltungen/weihnachten/weihnachtsmarkt).

Auch nach beinahe 40 Jahren ist der Berner Münster Weihnachtsmarkt ein Geheimtipp. Hier werden ausschließlich

Unikate verkauft, die in den Ateliers der lokalen Kunsthandwerker hergestellt worden sind. Die Organisation und Finanzierung des Marktes liegt bei den Beteiligten, die sich verpflichtet haben, weitgehend selbst vor Ort anwesend zu sein. Der Markt besticht durch seine leise und feinsinnige Atmosphäre, die eine Art „Kultur-Oase“ in der hektischen Zeit bilden soll. Der Berner Münster Weihnachtsmarkt ist bis Heiligabend geöffnet, das Außengelände des Marktes kann voraussichtlich ohne Zertifikat besucht werden (www.berner-weihnachtsmarkt.ch).

Von den Ufern des Genfersees bis zu den umliegenden Bergen dehnt sich in Montreux der größte Weihnachtsmarkt der französischsprachigen Schweiz aus. Das Zentrum von „Montreux Noël“ erstreckt sich auf einer Länge von über einem Kilometer entlang der Seepromenade. Hier finden Besucher in 150 festlich beleuchteten und dekorierten Chalets Handwerkskunst und Geschenkideen. Unverzichtbarer Bestandteil des Weihnachtsmarktes ist ein Treffen mit dem Weihnachtsmann auf dem Gipfel des Rochers-de-Naye auf über 2000 Metern. Allein schon der Aufstieg mit der Zahnradbahn ist den Ausflug wert. Der Markt fin-

det täglich bis Heiligabend statt, das Haus des Weihnachtsmannes ist von Mittwoch bis Sonntag geöffnet. Für Innenräume und Veranstaltungen gilt die 3G-Regel, das Außengelände des Weihnachtsmarktes kann auch ohne COVID-Zertifikat besucht werden (www.montreuxnoel.com).

Im Advent wird St. Gallen jeweils zur stimmungsvollen „Schweizer Sternestadt“. Über 600 Sterne leuchten dann über den Plätzen und Gassen der Altstadt und tauchen die historischen Fassaden der UNESCO-Welterbestadt in ein weihnachtlich-festliches Lichtermeer. Direkt vor den imposanten Barocktürmen der Kathedrale sorgt auf dem Klosterplatz die



Im Anflug auf Montreux: Père Noël

große Weihnachtstanne für zusätzlichen Glanz. Geschichten und Anekdoten rund um die Sternestadt erfahren die Gäste auf dem Rundgang „Weihnachtliches St. Gallen“. Für den Besuch dieses Weihnachtsmarktes benötigt man ein COVID-Zertifikat (www.sternenstadt.ch).

In Zürich finden mehrere Weihnachtsmärkte statt. Glanzstück des Christkindlimarktes in der Bahnhofshalle ist der 16 Meter hohe und mit rund 7000 Swarovski-Kristallen geschmückte Weihnachtsbaum. Wer entlang der Bahnhofstraße flaniert, kommt früher oder später am einzigartigen „Singing Christmas Tree“ vorbei: Auf einem haushohen, abgestuften Gerüst mit Tannenbaumverkleidung bieten verschiedene Chöre aus der Region abends das Beste aus ihrem Weihnachtsrepertoire. Beim „Wienachtsdorf“ auf dem Sechseläutenplatz fühlen sich die Gäste vor der Kulisse des Opernhauses wie beim Nikolaus zu Hause. Neben vielen Marktständen findet sich auch eine Eisbahn. Die Zürcher Weihnachtsmärkte sind bis 23. Dezember, der Christkindlimarkt bis 24. Dezember geöffnet, ein COVID-Zertifikat wird vorausgesetzt (www.myswitzerland.com/de-de/erlebnisse/weihnachten-in-zuerich). H. Tews

PREUSSISCHER ADVENT

Zu Besuch bei Kaisers

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg lädt nach zwei Jahren wieder zu stimmungsvollen Erlebnissen rund um die Schlösser ein. Dabei fiel allerdings der bereits für dieses Adventswochenende angekündigte Weihnachtsmarkt am Beldere auf dem Pfingstberg in Potsdam der angespannten Corona-Lage zum Opfer: Er entfällt. In den Schlössern, im Schlosstheater des Neuen Palais und in der Friedenskirche laden dafür zahlreiche Konzerte mit vielfältigen Programmen zu besinnlichen Stunden in der Vorweihnachtszeit ein. Geplant sind unter anderem eine Märchenaufführung von „Hänsel und Gretel“ im Jagdschloss Grunewald (5.12.), eine „Taschenlampenführung“ für Kinder im Schloss Rheinsberg (11., 12., 26. und 28.12.), eine Aufführung von Bachs „Weihnachtsoratorium“ in der Friedenskirche im Schlosspark Sanssouci (15. und 16.12.) und Festtagskonzerte im Schloss Charlottenburg (24., 25. und 26.12.). Das gesamte Weihnachtsprogramm inklusive aktuellen Corona-bedingten Änderungen sowie Kartenbestellungen im Internet unter: www.spsg.de/weihnachten tws

● FÜR SIE GELESEN

Den Nerv der Zeit getroffen

Mittlerweile herrschen in der Bundesrepublik Verhältnisse, die bei jedem einigermaßen klar denkenden Menschen Entsetzen auslösen – und zwar ganz unabhängig vom aktuell grassierenden Corona-Wahnsinn. Insofern trifft ein Buch mit dem Titel „Unhaltbare Zustände!“ durchaus den Nerv der Zeit. Und es muss logischerweise von jemandem stammen, der nicht auf der Welle des linken Mainstreams surft. So ein Autor ist Bernd Kallina, Politologe, Journalist und Medienberater – sowie im Übrigen auch Verfasser von Artikeln in der *Preußischen Allgemeinen*.

Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, der einseitigen linken Deutungsdominanz hierzulande etwas Konservatives beziehungsweise Rechtes entgegenzusetzen, womit selbstverständlich nichts Rechtsextremes gemeint ist, wie die Linken oder Linksextremen gerne fälschlicherweise behaupten. Zu diesem Zweck legt Kallina eine Sammlung von Interviews mit prominenten Gesprächspartnern vor. Dazu gehören die Professoren Konrad Löw, Alfred de Zayas, Günter Zehm, Werner Patzelt, Michael Wolffsohn, Günter Rohrmoser und Hans-Helmuth Knütter sowie weitere Persönlichkeiten von Gernot Facius (früher Stellvertretender Chefredakteur der „Welt“) über Günther Dechner (ebenfalls einst bei der „Welt“), Rüdiger Proske (Wissenschaftsjournalist), Karl Wilhelm Fricke (Journalist und Stasi-Opfer), Paul Hampel (Außenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion), Christian Jung (Buchautor), Erika Steinbach (langjährige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen) sowie Peter Streichan (vom konservativen Seeheimer Kreis der SPD) bis hin zu Rolf Stolz (Mitbegründer und jetzt Kritiker der Grünen) und Vera Kosova (Vorsitzende der Bundesvereinigung Juden in der AfD).

In den Unterredungen geht es um Themen, welche von den deutschen Medien fast nur noch aus linker Perspektive behandelt werden, was zu einer völlig verzerrten Darstellung führt. Dazu gehören die NS- und DDR-Vergangenheitsbewältigung beziehungsweise die Geschichtspolitik hierzulande, die forcierte Multi-Kulturalisierung der Bundesrepublik durch die Merkel-CDU samt ihrer heimlichen Spießgesellen in der Antifa und die gesellschaftlichen Reaktionen hierauf, das Komplettversagen der Altparteien und der Aufstieg der AfD sowie dann zu guter Letzt noch der Umgang mit der Fälschungskeule im Zuge der Selbsterfleischung des bürgerlichen Lagers.

Aufschlussreich ist zudem auch der Hintergrundbeitrag „Linksradikale Kräfte in der SPD – Warum Deutschlands Geheimdienstchef Hans-Georg Maaßen entlassen wurde“. Darin finden sich unter anderem Hinweise darauf, wie stark das Unbehagen im deutschen Sicherheitsapparat inzwischen schon ist, was die Politik der Bundesregierung betrifft. Das lässt hoffen, dass es vielleicht doch noch couragierte Kräfte gibt, welche dem andauernden Verfassungsbruch über kurz oder lang ein Ende bereiten

Wolfgang Kaufmann

Bernd Kallina: „Unhaltbare Zustände! Interviews und Beiträge im deutschen Interesse“, Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2021, broschüriert, 236 Seiten, 16,99 Euro



Gespräche mit Handschriften

Auf den Spuren von zwölf Dokumenten des Mittelalters und eine Aufforderung, sich selbst auf den Weg zu machen

FOTO: FOLIO 199V OF THE ST. AUGUSTINE GOSPELS, CAMBRIDGE, CORPUS CHRISTI COLLEGE, MS 286, PORTRÄT DES EVANGELISTEN LUKAS (M.)



Mittelalterliches Leben Auf unglaublich unterhaltsame Art und Weise führt Christopher de Hamel seine Leser durch ausgewählte Handschriften des Mittelalters. 25 Jahre lang hat der Autor im Aktionshaus Sotheby's Handschriften gesichtet und katalogisiert. „An-

mut und Pracht“ vereint Biographisches und Reiseberichte mit Beschreibungen der Werke, dazu gibt es einen umfangreichen Anhang, der den Leser zu einem eigenen Besuch der in Museen ausgestellten Handschriften ermuntert.

CRS

Christopher de Hamel: „Anmut und Pracht. Begegnungen mit zwölf Handschriften des Mittelalters“, C. Bertelsmann Verlag, München 2018, gebunden, 751 Seiten, 48 Euro

MEDIZINGESCHICHTE

Die großen Ärzte halfen allen

Ronald D. Gerste stellt die Heilkunde des ausgehenden 19. Jahrhunderts dar und vergleicht sie mit der heutigen kommerzialisierten Medizin

VON DIRK KLOSE

Der Schriftsteller Gottfried Benn las kurz vor Kriegsende in einem „alten Schulbuch“: „Eine beliebige Seite, sie handelt vom Jahr 1805. Da findet sich: einmal Seesieg, zweimal Waffenstillstand, einer marschiert, einer rückt heran, einer nimmt ein, einer erobert ein Lager, einer wird kriegsgefangen, einer wird zurückgedrängt, einer wird hingerichtet, einer tötet sich – all dies auf einer einzigen Seite. Das Ganze ist zweifellos die Krankengeschichte von Irren.“ Wie viel freundlicher klänge doch eine Menschheitsgeschichte zur Kunst, zur Technik oder zur Medizin. Das zeigt jedenfalls das Buch von Ronald D. Gerste. Er ist Arzt und Sachbuchautor.

Heute können wir uns gar nicht mehr vorstellen, wie die Menschen noch vor 200 Jahren in ständiger Angst lebten. Geringste Krankheiten konnten Todesurteile sein. Typhus, Tuberkulose, Kinderlähmung, Kindbettfieber, Diphtherie, Cholera – es waren Geißeln der Menschheit. Wie deren Ursachen erkannt, wie in mühseligen Forschungen Lösungen gefunden wurden, erzählt der Autor anschaulich und mit vielen Informationen zu den einzelnen Bereichen. Er berichtet, wie lebensrettende Äußerlichkeiten (humanere Krankenpflege, sauberes Trinkwasser, hauchdünne Handschuhe im OP-Saal, das Internationale Rote Kreuz) den medizinischen Fortschritt begleiteten. Natürlich sind die großen Deutschen wie Rudolf Virchow, Robert Koch, Wilhelm Röntgen, Ignaz Sem-

melweis und Ludwig Rehn präsent, aber auch große Briten (John Snow, Joseph Lister, Florence Nightingale), Amerikaner (John Warren) und Franzosen (Louis Pasteur) stehen ebenbürtig daneben. Der Leser erappt sich, dass er sich regelrecht mitfreut, als es Joseph Lister mit einer waghalsigen Operation gelang, einem verunfallten Jungen ein Leben als Krüppel zu ersparen. Viele solche Einzelfälle machen das Buch zu einer animierenden Lektüre.

Gerste sieht Medizingeschichte als Teil der allgemeinen Geschichte, und so finden sich auch Kapitel zur Erfindung von Fotografie und Eisenbahn, zum Krimkrieg, zum Krieg 1870/71 und zum amerikanischen Bürgerkrieg. Er zeigt, dass gerade Kriege den medizinischen Fortschritt beschleunigten, weil Ärzte und medizinische Versorgung überlebenswichtig waren. Was immer wieder verblüfft: Ob Queen Victoria oder Slumbewohner – die großen Ärzte halfen allen. Gerstes bittere Bemerkung zur Gegenwart: „Die Heilkunde des späten 19. Jahrhunderts wirkt humanitärer und egalitärer als jene des frühen 21. Jahrhunderts in Ländern, wo die Medizin hochkommerzialisiert und für breite Bevölkerungsschichten nicht zugänglich ist.“



Ronald D. Gerste: „Die Heilung der Welt. Das Goldene Zeitalter der Medizin 1840–1914“, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2021, gebunden, 400 Seiten, 24 Euro

BIOGRAPHIE

Wissenswertes über Chinas Staatschef

Stefan Aust und Adrian Geiges verfolgen anhand unzähliger Quellen den Aufstieg des Kommunisten Xi Jinping an die Spitze der Volksrepublik

VON F.-W. SCHLOMANN

Der mächtigste Mann der Welt? Ein solcher wird Chinas Diktator Xi Jinping in dem Buch von Stefan Aust und Adrian Geiges genannt, das sich auf verfügbare Quellen über dessen Lebensgeschichte und Politik stützt. Die Autoren wollen ihn indes nur vorstellen, urteilen soll der Leser selbst.

Xi Jinping wurde in kommunistisch-privilegierten Verhältnissen geboren. Als Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) studierte er Chemie und promovierte in Jura. Er heiratete die Tochter des Botschafters Chinas in London. Die Scheidung ist noch heute ein Staatsgeheimnis in der Volksrepublik. Später erfolgte die Heirat mit einer beliebten Sängerin der Armee. Unbekannt in China ist, dass die Tochter an der Harvard-Universität studiert.

Politisch bekannt wurde Xi mit einem Artikel über Korruptionsskandale höherer Funktionäre. Die Partei griff er jedoch nicht an. Sein steiniger Weg ließ ihn zum KPCh-Generalsekretär und sogar zum Staatspräsidenten werden.

Als Ende 2019 eine Ärztin in Wuhan das Coronavirus feststellte, wären Millionen Menschen nicht gestorben, wenn Xi Chinas Verpflichtungen gegenüber der WHO erfüllt hätte. Aber erst am 7. Januar erfuhr die Parteispitze von der Katastrophe. Im Gegensatz zu all seinen Reden wurde seine diesbezügliche nicht veröffentlicht, ist sie doch ein Dokument des Versagens. Anstelle des Mao-Kults wurden die „Xi-Jinping-

Gedanken“ Teil der Verfassung, jeder Kritiker zum Partei- und Verfassungsfeind erklärt.

Die oft gelobte Neue Seidenstraße ist „nichts anderes als eine Schuldenfalle“. Durch hochverzinsten Darlehen geraten Länder, die ihre Schulden nicht bezahlen können, in politische Abhängigkeit Chinas. Der Leser erfährt von dem Schicksal der Uiguren und dem Hongkongs, dessen Einwohner trotz aller Versprechen nicht ihr eigenes Parlament frei wählen dürfen.

Die angebliche Furcht Xis vor Taiwan wird nur kurz dargelegt, er will sein Reich vor jedem fremden Einfluss schützen. Taiwan und China, versicherte Xi vor Jahren, sollten sich respektieren. Heute ist es jedoch „eine reale Bedrohung für den Frieden zwischen beiden Seiten“ für ihn, und er warnt vor einem Krieg, als sei die Insel eine militärische Bedrohung für die Volksrepublik. Stolz behauptet Xi, „der chinesische Traum kommt allen Völkern zugute“.

Ist die Diktatur wirklich der freien Gesellschaft überlegen? Zu Recht fordern die Autoren: „Wir müssen unsere Ideen von Freiheit und Menschenrechten offensiv vertreten.“



Stefan Aust/Adrian Geiges: „Xi Jinping - der mächtigste Mann der Welt“, Biografie, Piper-Verlag, München 2021, gebunden, 287 Seiten, 22 Euro

Flehsig Medienvertrieb



Ostpreußen und seine Maler 2022
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Alltag in Ostpreußen“. Format 50 x 35 cm Spiralbindung
Nr. P A1732 25,50 €



Leselupe mit Licht
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung, ohne Batterie
Nr. P A0445 11,95 €



M. und E. Doennig/Gertrud Brostowski
Doennigs Kochbuch
Das ostpreußische Familien-Kochbuch
632 Seiten
Nr. P 1061 Gebunden 12,99 €

Im Jahr 1891 begründeten die Geschwister Doennig in Königsberg eine Kochschule. Sie arbeiteten drei Jahre lang mit solchem Erfolg, dass sie gezwungen waren, wesentlich größere Räume anzumieten, um die stetig wachsende Schülerinnenzahl aufnehmen zu können. Um das zeitraubende Diktieren von Rezepten zu vermeiden, entstand dieses Kochbuch, dass als Standardwerk der Kochkunst in alle ostpreußischen Haushalte Einzug hielt. Das inzwischen in 43. Auflage erschienene Werk enthält über 1.500 Rezepte.



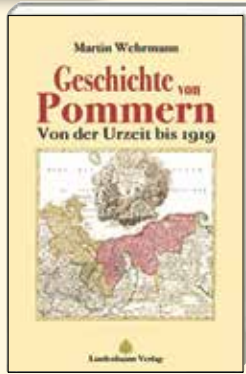
Ingrid Hantke
Im Konsum gibts Bananen
Alltagsgeschichten aus der DDR
320 Seiten/Kartiert
Nr. P A1442 13,90 €

Nicht nur vom Schlangestehen und von Urlaubsfreuden wird in diesem Buch erzählt. Begebenheiten aus mehr als 40 Jahren lassen eine lebendige Zeitreise entstehen. Authentisch, amüsant und leider oft auch bitter geht es durch den sozialistischen Alltag. Spannend wird es in manchen Geschichten, wenn die allgegenwärtige Staatsmacht uniformiert oder als Stasi-Mitarbeiter auftaucht. Wer im Osten aufgewachsen und gelebt hat wird sich mit Schmunzeln an ähnliche Begebenheiten zurückerinnern. Es geht um die ganz einfachen Dinge wie das Einkaufen, Urlaubsreisen oder die alltäglichen Geschehnisse. Die Erzählungen berichten ohne jede Verklärungen vom alltäglichen Leben in der DDR.



Wulf D. Wagner
Die Altertumsgesellschaft Prussia
Einblicke in ein Jahrhundert Geschichtsvereine, Archäologie und Museumswesen in Ostpreußen (1844-1945)
368 Seiten
Nr. P A1495 Gebunden 34,95 €

Das vorliegende Buch anhand umfangreichen Akten- und weitgehend unveröffentlichten Bildmaterials die hundertjährige vielfältige Geschichte der Altertumsgesellschaft Prussia in Königsberg bis 1945. Wir lesen von Burgen der alten Prußen, von Wikingergräbern und Goldfibeln, von überfüllten Museumssälen und glänzenden Ausstellungen, von der Bewahrung alter Bauernhäuser und Kirchenheiligen. Wir lesen von Professoren, die uns in ihrer Freude und ihrer Verzweiflung mitnehmen auf ihre spannende Reise in die Vorzeit, von neugierigen Kindern, die den Archäologen helfen, von ehrenamtlichem Engagement, mit dem neue Wissenschaftszweige aufgebaut werden.



Martin Wehrmann
Geschichte von Pommern
Von der Urzeit bis 1919
610 Seiten
Nr. P A1720 Kart. 29,80 €

Das zweibändige Werk „Geschichte von Pommern“ ist eine grundlegende Arbeit der pommerschen Landeskunde. Es berücksichtigt die geschichtliche Entwicklung Pommerns vom dritten vorchristlichen Jahrtausend bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Wehrmanns Arbeitsweise besticht durch die strikte Orientierung an den historischen Quellen. Das Ergebnis seiner Studien mündet daher in eine wissenschaftlich fundierte Gesamtdarstellung der Geschichte Pommerns. und die zudem auch noch gut lesbar und verständlich formuliert ist. Dr. Martin Wehrmann (geb. 16. Juni 1861, gest. 29. September 1937) war Historiker und Gymnasiallehrer, zuletzt als Direktor des Gymnasiums in Stargard (bis 1926).



Kaffeebecher Ostpreußen
Steingutbecher mit Randverzierung
Nr. P A0652 12,95 €



Kiewel, Stöltig
Wir lesen deutsche Schrift
Ein kleines nützliches Büchlein mit den verschiedensten Leseproben der deutschen Schreib- und Druckschriften. So können die Kinder von heute noch die Briefe ihrer Großeltern lesen.
Nr. P 1714 Kartiert 7,80 €



Kalender Ostpreußen in alten Ansichten 2022
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Ostpreußen. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1708 Kalender 15,90 €



Kaffeebecher mit Wappenrand
Steingutbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 12,95 €



Arndt / Müller-Wusterwitz
Die Orden und Ehrenzeichen des Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck
335 S. 189 Abb.
Nr. P A1610 Gebunden 24,80 €

Dieses Buch beschreibt die dem Eisernen Kanzler im Laufe seines langen Lebens verliehenen deutschen und ausländischen Orden und Ehrenzeichen. Die einzelnen Verleihungen werden jeweils in den historischen Zusammenhang gestellt, und durch persönliche Zitate Bismarcks aus Briefen und anderen Quellen erläutert. Die heute noch vorhandenen Stücke, die sich im Bismarck-Museum auf Schloß Friedrichruh befinden, sind alle in Farbe abgebildet, die vor Jahren in einem spektakulären Einbruch entwendeten und bis heute verschollenen Stücke, in Schwarz-Weiß. Ein bedeutender ordenskundlicher Titel und ein wichtiger Beitrag zur Bismarck-Forschung und zur Erforschung der Geschichte Preußens.



Kalender Ostpreußen in Farbe 2022 (Format 20 x 21 cm)
Mit 12 farbigen Motiven aus Ostpreußen. Die Rückseiten der Kalenderblätter enthalten Erzählungen, Biografien, Rezepte und Informationen zu Brauchtum in der Provinz. Spiralbindung. Wandkalender.
Nr. P A1726 Kalender 12,80 €



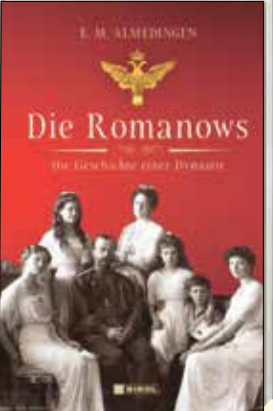
Deutscher Schulatlas
Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
Nr. P 9965 Gebunden 9,99 €

Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten



Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen - die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes
395 Seiten/Kartiert
Nr. P A0544 19,80 €

Über viele Jahrhunderte verteidigten die Prußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Prußen stetig zunehmender Übergriffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten. Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Prußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren.



E.M. Almedingen
Die Romanows
Die Geschichte einer Dynastie
432 Seiten
P A1715Geb. 9,95 €

Dreihundert Jahre Russland im Spiegel der Familiengeschichte der Romanows, die als »Selbstherrscher aller Rußen« die Grenzen ihres Reiches vom Ural bis ans Gelbe Meer erweiterten und das noch unter dem Erbe der Tartarenherrschaft leidende Land dem Einfluss europäisch-westlichen Geistes öffneten. Die Autorin, die einer russisch-englischen Aristokratenfamilie entstammt, ihre Kindheit im St. Petersburg der Vorkriegszeit verbrachte und dort die Zeit der Revolution erlebte, stellt Leben und Taten der gekrönten Häupter der Romanows dar.



Ulrich Magin
Keltische Kultplätze in Deutschland
Geschichte und Mythos einer rätselhaften Kultur
200 Seiten, zahlreiche Farbabbildungen
Nr. P A1682 Geb. 9,95 €

Die Geschichte der »Kelten« in Deutschland währte über 1000 Jahre und deren Kultur und Mythos fasziniert uns noch heute. Ulrich Magin präsentiert in seinem Buch heilige Orte in Deutschland, an denen die Kelten zu ihren Göttern beteten oder Opfer darbrachten. Er stellt Grabhügel, Schanzen und Tempel vor, die den Kelten oftmals als Kultplätze dienten und gibt darüber hinaus einen Überblick über Geschichte, Kultur und Mythos der Kelten.



Kalender Schlesien in alten Ansichten 2022
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1709 Kalender 15,90 €



Ehregott A. Wasianski und Martin Burckhardt
Zuhause bei Kant
143 Seiten/Gebunden
Nr. P A1062 4,95 €

Eine echte philosophische „home-story“: Der Pastor Ehregott Andreas Christian Wasianski, eng verbunden mit dem Philosophen Kant und häufig in seinem Haushalt zugegen liefert unverfälschte Nachrichten über den Menschen und Charakter des Philosophen. Das Werk erschien zuerst im Jahr 1804. Ein kluger, dem Tatsachenbericht von Ehregott A. Chr. Wasianski angefügte moderne Essay von Martin Burckhardt ergänzt die Darstellung. Immanuel Kant, geboren am 22. April 1724 in Königsberg, und verstorben am 12. Februar 1804 war ein deutscher Philosoph der Aufklärung. Kant zählt zu den bedeutendsten Vertretern der abendländischen Philosophie. Sein Werk „Kritik der reinen Vernunft“ kennzeichnet einen Wendepunkt in der Philosophiegeschichte und den Beginn der modernen Philosophie.

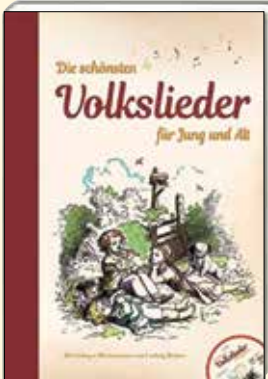


Kalender Pommern in alten Ansichten 2022
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Pommern. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1710 Kalender 15,90 €



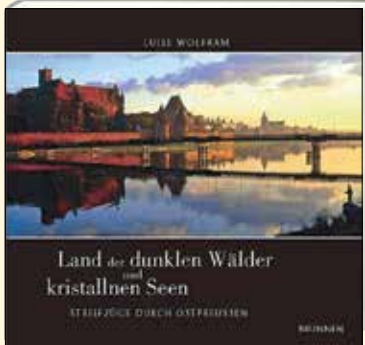
Ulrich Magin
Runen
Geschichte und Mythos einer rätselhaften Schrift
200 Seiten, zahlreiche Farb- und S/W-Abbildungen
Nr. P A1684 Gebunden 9,95 €

Ab dem ersten Jahrhundert nach Christus benutzten Menschen im Süden Skandinaviens und im Norden Deutschlands eine neue Schrift: die Runen. Viele Mythen ranken sich um diese Buchstaben und niemand kennt ihre Ursprünge. Dienten sie weltlichen oder esoterischen Zwecken? Was steht auf Runensteinen und warum wurden sie errichtet? Was ist dran an Runenorakeln oder Runensteinen in Amerika? Ulrich Magin geht auf den neuesten Kenntnisstand zu diesen Fragen ein und beschreibt in diesem Buch zum ersten Mal alle Runensteine Deutschlands.



Die schönsten Volkslieder für Jung und Alt
84 Lieder mit Text und Notensatz Mit nachkolorierten Originalzeichnungen von Ludwig Richter. Mit Audio-CD (78.48 Minuten Laufzeit)
Nr. P A1692 Gebunden 12,95 €

Wer ein Liederbuch für die ganze Familie sucht, der liegt mit dieser schön illustrierten Ausgabe genau richtig: Die schönsten Volksweisen laden zum gemeinsamen Singen ein. Diese Sammlung der bekanntesten und schönsten Volksweisen für die ganze Familie lädt zum gemeinsamen Singen ein. Sie enthält Lieder für jeden Anlass - von Frühlingsliedern über lustige Kinderlieder bis zu ruhigen Schlafliedern. Lassen Sie sich anstecken von der Kraft des gesungenen Wortes!



Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen
Mit diesem stimmungsvollen Bildband führt Luise Wolfram Sie zu den schönsten Schauplätzen der ehemaligen Region Ostpreußens. Hochwertige Naturaufnahmen und begleitende Texte vermitteln das eindrucksvolle Bild einer faszinierenden Landschaft mit den für sie typischen Störchen, Seen und Ordensburg. Viele farbige Abb. 32 Seiten
Nr. P A1632 Gebunden 4,95 €

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
Flehsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
Telefon 09 31/ 45 26 50 35
Telefax 09 31/ 45 26 50 36
Email flehsigmedien@web.de
Internet www.flehsigmedien.de
Lieferung und Rechnung von VDM Heinz Nickel, Zweibrücken

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN

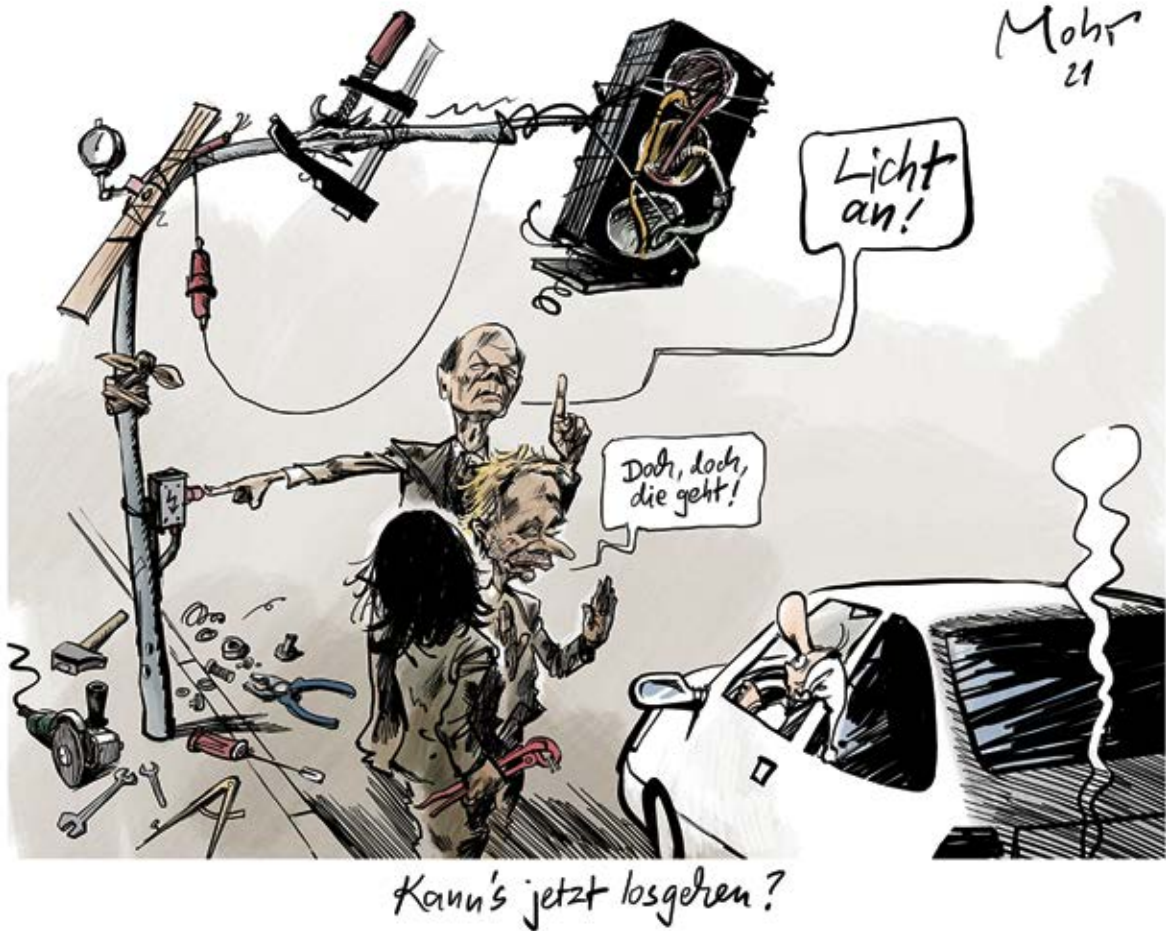
Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

Kennen Sie den Begriff „Gastrosexismus“? Die meisten Phänomene, die darunter zusammengefasst werden, dürften geläufig sein. Und sie stellen für das linke Deutschland offenbar ein arges Problem dar. In der kämpferischen „taz“ war „Gastrosexismus“ unlängst ein großes Thema. Worum geht es? Am Restaurantstisch sitzen ein Mann und eine Frau. Die Bedienung, die die Bestellung bringt, ist eine andere als die, die sie aufgenommen hat. Vor den Mann stellt sie automatisch das Bier, vor die Frau den Aperol Spritz. Die Frau bekommt das vegetarische Essen, der Mann das Fleischgericht. Oder: Das Probierglas für den Wein bekommt der Mann, allerdings auch die Gesamtrechnung. In den meisten Fällen liegt die Bedienung dabei goldrichtig. In den anderen Fällen kann man als Gast einfach lächelnd korrigieren. Man kann das Ganze allerdings auch, so wie die „taz“, aufblasen, sich über „Geschlechterstereotype“ erregen und einen völlig überflüssigen gesellschaftlichen Kleinkriegsschauplatz schaffen.

E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der bekannte Börsenprofi Dirk Müller warnt im „Focus“ (25. November) vor einem neuen Geldzeitalter:

„Wir werden digitale Währungen bekommen. Aber an die Stelle von Münzen und Scheinen werden nicht anonyme Kryptos treten, wie viele Anhänger hoffen, sondern staatlich kontrollierte digitale Währungen. Wir werden also nicht die Freiheit erleben, von der viele Bitcoin-Fans träumen, sondern das Gegenteil: totale Kontrolle. Bitcoin und Co. sind nur das trojanische Pferd.“

Der frühere Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen erklärt im Gespräch mit der „Welt“ (26. November) seine Abneigung gegen die Sprechverbote der Politischen Korrektheit:

„Wenn ein anderer der Auffassung ist, ich rede inkorrekt, kann ich nur sagen: Das ist mir so was von egal. Nach dem Grundgesetz habe ich das Recht, politisch inkorrekt zu sein und das nehme ich für mich in Anspruch ... Ich lasse mir von niemandem meine Meinungsfreiheit durch eine Moral eines anderen einschränken.“

Daniel Witzeling warnt im Wiener „Standard“ (23. November) vor einer riskanten Eskalation der Impfdebatte:

„Wir alle müssen aufpassen, dass wir im Kampf gegen die Pandemie nicht das menschliche Augenmaß verlieren. Denn ähnlich wie man wahrnehmen kann, dass einige beim Kampf gegen Rechts in Methoden abrutschen, die dem Feindbild nicht so fern sind, droht nun der Konflikt zwischen Meinungen und Weltbildern analog zu eskalieren. Der Zweck heiligt nicht die Mittel.“

Der Bundestagsabgeordnete Mario Czaja, der als CDU-Generalsekretär gehandelt wird, sofern Friedrich Merz Parteichef wird, hat die AfD zum „Feind“ erklärt, die Linkspartei ausdrücklich nicht. In der „Jungen Freiheit“ (29. November) erklärt Karlheinz Weißmann, was von der CDU unter der Führung von Merz und Czaja demnach zu erwarten sei:

„Was bleibt, ist programmatische Leere einerseits, die Hoffnung, sie wie immer opportunistisch zu füllen andererseits. Also setzt man darauf, alles, was die anderen machen, auch zu machen, nur etwas langsamer und etwas später, hofft auf die rasche Enttäuschung über die ‚Ampel‘ und das kurze Gedächtnis der Wähler, zeigt niedriges Profil, um in der nächsten Runde wieder ‚dabei‘ zu sein. Das aber nur, wenn nicht der Hauch eines Verdachts besteht, dass die Union nach ‚rechts‘ geht und von der AfD ein scharf konturiertes Feindbild aufrechterhalten wird.“

● WORT DER WOCHE

„Das Impfen wird zum Dauerzustand werden, das ‚Auffrischen‘ (,Boostern‘) also zur Regel, das soll es jedenfalls; zu viel deutet darauf hin.“

Klaus Peter Krause äußert im Magazin „Eigentümlich frei“ (22. November) eine düstere Vorahnung hinsichtlich der weiteren Impf-Praxis

DER WOCHENRÜCKBLICK

Der General im Gestrüpp

Worauf sich Carsten Breuer einlässt, und was wir alles gar nicht wissen wollen

VON HANS HECKEL

In der Politik ist die Inszenierung wichtiger als der Inhalt, und diese Inszenierung hier ist wahrlich gelungen: Mit Carsten Breuer wird ein echter Generalmajor Chef des Corona-Krisenstabes. Als die Entscheidung bekannt gegeben wurde, erfuhren wir übrigens so ganz nebenbei, dass es einen solchen Krisenstab schon seit Februar 2020 gibt und dass er seitdem schon 99 Mal getagt hat.

Haben Sie je von dem Gremium gehört? Oder von dessen Entscheidungen etwas mitbekommen? Ich auch nicht. Schon komisch. Und vor dem Hintergrund noch erstaunlicher, mit welchem Tamtam die Neubesetzung des Stabes dem Volk verkündet wird.

Wozu der große Auftritt? Na, damit setzt man natürlich ein eindrucksvolles Signal: Jetzt geht es los, denn mit dem bei der Krisenbewältigung erfahrenen General kommt endlich ein echter Macher an die Schalthebel.

Ob Breuer aber weiß, worauf er sich eingelassen hat? Vermutlich ja, was für die außerordentliche Tapferkeit dieses Soldaten spricht. Denn ab sofort handelt er im Gestrüpp von Politik und Bürokratie, wo ganz eigene Regeln gelten.

Die allerobere Regel lautet: Sei nie schuld, wenn etwas schiefgeht. Die zweite: Wenn es glattgelaufen ist, dränge dich so weit wie möglich in den Vordergrund, dort hin, wo der Beifall anbrandet und es Lorbeeren regnet.

Breuer kann sich also auf zwei Szenarien gefasst machen. Sollte sein Wirken von Erfolg gekrönt sein, wird der neue Kanzler Olaf Scholz am Mikrofon stehen und huldvoll lächelnd die Ovationen entgegennehmen, derweil der Generalmajor bestenfalls schräg hinter ihm, vielleicht aber auch nur ganz außen am Bildrand oder gleich gar nicht zu sehen sein wird. Sollte die Operation Pandemie-Bewältigung dagegen zum Bauchklatscher mutieren, könnte dem Offizier die Bühne ganz alleine gehören.

Auch beim Verkünden unpopulärer Maßnahmen kann ein öffentlich bekannter Chef des Krisenstabes Gold wert sein. Wir haben ja vor dem großen Treffen am Dienstag erlebt, wie jeder bemüht war, sich hinter einem anderen zu verstecken: die Länderchefs hinter dem Bund und dort die alte Bundesregierung hinter der neuen und umgekehrt. Das Spiel mit der heißen Kartoffel ging so lange

weiter, bis es wirklich nicht mehr ging, weil schlussendlich jeder im Lande das listige Hin und Her durchschaut hatte. So kam es zu dem Telefongipfel vergangenen Dienstag.

Künftig wird das viel einfacher. Scholz wird sagen, diese oder jene hässliche Entscheidung fuße eben „auf der Empfehlung des Corona-Krisenstabes“. Ganz Deutschland wird dann an den Generalmajor denken. Ja, Breuer ist wahrlich ein tapferer Mann, und er wird seine ganze Tapferkeit auch brauchen.

Ein großes Thema ist die Impfpflicht. Insbesondere für die Mitarbeiter in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen soll sie kommen. Frankreichs Präsident Macron hat das für diese Berufsgruppen schon beschlossen. Wer sich von den Betroffenen nicht „piksen“ lassen will, muss zwangsweise zu Hause bleiben – ohne Bezüge. Prompt fehlten Zigtausende Beschäftigte in der Pflege, wo sich die Lage sofort verschärft hat, da man doch sowieso schon knapp an Leuten war.

Und in Deutschland? Sagen wir mal so: Wenn nur noch ganz wenige Angestellte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ohne Impfung herumlaufen, bräuchte man über eine Pflicht gar nicht zu reden. Also dürften es ein paar mehr sein. Aber wie viele?

Keiner weiß es – und niemanden stört’s

Halten Sie sich fest: Das weiß keiner! Das Bundesgesundheitsministerium hat keine Informationen darüber, wie hoch die Impfquote in medizinischen Berufen liegt, wie aus der Antwort der (alten) Bundesregierung auf die Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Konstantin Kuhle hervorgeht. Und das RKI? Das hat darüber auch nur „Stichproben“.

Nun dämmert einem, warum in unserem Land seit Jahren so vieles im Morast landet. Wieso wir immerzu das Gefühl haben, zwischen lautem Gedröhn und verstolperten Maßnahmen hin und her zu schwanken. Diese Figuren auf den Rängen der „Verantwortlichen“ quasseln tatsächlich seit Monaten über einen Impfwang für „sensible Berufsgruppen“, ohne nachzusehen, wie die Lage ist. Sie diskutieren voller Schwung und Pathos den einzuschlagenden Kurs, dabei haben sie noch nicht einmal versucht, unsere Position zu ermitteln. Da kann man die vorhersehbare Havarie jetzt schon ins Logbuch eintragen. Alles andere wäre unverdientes Glück.

Überhaupt die Zahlen: Der Medizinstatistiker Gerd Antes nennt die „Unterlassungs-

—
Wo andere
Länder Studien
und belastbare
Zahlen haben,
da haben wir
Lauterbachs
gruselige
Geschichten



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de